

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen
Entscheidungsprozessen
- Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -**

BACHELORARBEIT

zur Erlangung des Grades einer

Bachelor of Arts (B.A.)

im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Kathrin Majgier

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachter: Herr Andreas Raab

Zweitgutachter: Herr Otto Schweigert

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	V
1 Einleitung.....	1
2 Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung	4
2.1 Unterrichtung der Einwohner – Fundament der bürgerschaftlichen Mitwirkung	5
2.2 Die Bürgerversammlung.....	6
2.2.1 Sinn und Zweck der Norm	7
2.2.2 Folgen einer Bürgerversammlung.....	9
2.3 Der Bürgerantrag.....	9
2.3.1 Sinn und Zweck der Norm	10
2.3.2 Folgen einer Bürgerantrags	11
2.4 Das Bürgerbegehren	12
2.4.1 Die drei unterschiedlichen Arten	13
2.4.2 Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens.....	14
2.4.3 Folgen eines Bürgerbegehrens.....	17
2.5 Der Bürgerentscheid.....	18
2.5.1 Durchführung und Ablauf	18
2.5.2 Das Zustimmungsquorum.....	19
2.5.3 Folgen eines Bürgerentscheids.....	19
3 Die Organe kommunaler Entscheidungen.....	21
3.1 Der Bürgermeister	21
3.2 Der Gemeinderat	24
3.3 Die Sonderformen des Gemeinderats	26

3.3.1	Der Ortschaftsrat.....	27
3.3.2	Der Jugendgemeinderat	29
3.3.3	Der Ältestenrat	30
3.3.4	Die beratenden Ausschüsse	31
3.3.5	Die beschließenden Ausschüsse	32
4	Empirische Untersuchung: Praktische Bedeutung bürgerschaftlicher Mitwirkungsinstrumente	33
4.1	Methodisches Vorgehen	33
4.2	Stichprobenauswahl und -größe	34
4.3	Gestaltung des Fragebogens	35
4.4	Rücklauf der Fragebögen	37
5	Auswertung und Analyse	38
5.1	Auswertung.....	38
5.1.1	Abschnitt A - Unterrichtspflicht.....	39
5.1.2	Abschnitt B - Bürgerversammlungen	40
5.1.3	Abschnitt C - Bürgeranträge	43
5.1.4	Abschnitt D - Bürgerbegehren.....	44
5.1.5	Abschnitt E - Bürgerentscheide.....	45
5.1.6	Abschnitt F – sonstige Mitwirkungsformen.....	47
5.2	Diskussion der Ergebnisse	48
6	Schlussbetrachtung.....	50
	Literaturverzeichnis	52
	Anlagenverzeichnis.....	55

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Aufl.	Auflage
BauGB	Baugesetzbuch
BW	Baden-Württemberg
bearb.	bearbeitet
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
BWGZ	Baden-Württembergische Gemeindezeitung
f.	folgende
ff.	fortfolgende
GemO	Gemeindeordnung, Baden-Württemberg
HS	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
LTDS	Landtagsdrucksache
Rdnr.	Randnummer
sog.	so genannte/r/s
u.a.	unter anderem
überarb.	überarbeitet
v.a.	vor allem
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Größenordnung.....S. 38

Quelle: eigene Darstellung basierend auf den
Erhebungsdaten zu 1.I, Anlage 4, S. 64

Abb. 2: Beurteilung der Unterrichtungspflicht.....S. 40

Quelle: eigene Darstellung basierend auf den
Erhebungsdaten zu A.2, Anlage 4, S. 64

Abb. 3: Information über Bürgerversammlungen.....S. 42

Quelle: eigene Darstellung basierend auf den
Erhebungsdaten zu B.6, Anlage 4, S. 65

Abb. 4: Beurteilung von Bürgeranträgen.....S. 43

Quelle: eigene Darstellung basierend auf den
Erhebungsdaten zu C.5, Anlage 4, S. 66

Abb. 5: sonstige Mitwirkungsformen.....S. 47

Quelle: eigene Darstellung basierend auf den
Erhebungsdaten zu F.1, Anlage 4, S. 69

1 Einleitung

Mit der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung wurde der Grundstein für die kommunalen Partizipationsformen gelegt. Kommunale Selbstverwaltung soll die Einwohnerschaft zur eigenverantwortlichen Erfüllung der örtlichen und öffentlichen Aufgaben zum Wohl der Beteiligten antreiben, so das Bundesverfassungsgericht.¹ Selbstverwaltung kann daher nur bedeuten, dass die kommunale Verwaltung nicht nur von der Volksvertretung gestaltet, sondern dauerhaft von den Einwohnern mitgestaltet wird.

Um solch eine Teilnahme zu ermöglichen, führte BW 1956 als erstes Bundesland die Partizipationsformen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ein. Damit gilt BW als Vorreiter hinsichtlich der demokratischen Mitwirkungsrechte auf kommunaler Ebene. Die Aufnahme solcher plebiszitären Instrumente sollte verhindern, dass die Einwohner in die Rolle eines Zuschauers gedrängt werden, und stattdessen, als örtlich Betroffene, selbst mitwirken.² Mittels Positivkatalogs wurde damals festgelegt, zu welchen Sachgebieten eine bürgerschaftliche Abstimmung zulässig ist. Parallel dazu existierte ein Negativkatalog für all jene Angelegenheiten, die keinem kommunalen Sachentscheid unterstellt werden konnten. Problematische Regelungen hinsichtlich eines Bürgerbegehrens nach § 21 GemO waren damals eine kurze Einreichungsfrist von vier Wochen, das hohe Unterschriftenquorum von 25% sowie das Beteiligungsquorum von 50%. Beim Beteiligungsquorum mussten 50% der Bürger eine gültige Stimme abgeben. 1975 wurde dieses Beteiligungsquorum im Zuge der Demokratisierungsnovelle aufgehoben und durch das Zustimmungsquorum von 30% ersetzt. Gleichfalls wurden mit der Demokratisierungsnovelle die notwendigen Unterschriften auf lediglich 15% gesenkt bzw. nach der Einwohnerzahl

¹ Vgl. BVerfGE 11, 266, 275, zitiert bei: Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 30.

² Vgl. Katz, 50 Jahre Gemeindeordnung BW, in: BWGZ 22/2006 S.866.

gestaffelt. Der Positivkatalog wurde leicht angepasst und blieb weiterhin bestehen.³ 2005 kam es schließlich erneut zu weiteren tiefgründigen Änderungen, die die Mitwirkungsrechte der Bürger erweiterten. Der Positivkatalog des Bürgerentscheids wurde abgeschafft, sodass heute nur noch der Negativkatalog verbleibt. Die Einreichungsfrist verlängerte sich um zwei Wochen auf insgesamt sechs Wochen, das Unterschriftenquorum sank auf 10% und das Zustimmungsquorum auf 25%.⁴

Ziel der vorliegenden Bachelorarbeit ist es, die Bedeutung der Partizipationsinstrumente für kleine Gemeinden im ländlichen Raum aufzuzeigen. Gerade dort wird seltener von den Mitwirkungsformen Gebrauch gemacht. Die oben aufgeführten Änderungen der GemO sollen mithilfe einer empirischen Erhebung hinsichtlich ihrer Akzeptanz untersucht werden. Schwerpunkt der Arbeit ist die rechtliche Auseinandersetzung mit sämtlichen bürgerschaftlichen Mitwirkungsformen an kommunalen Entscheidungsprozessen. Der Leser wird umfassend in die Thematik und Problematik eingeführt.

Die Bachelorarbeit umfasst sechs Kapitel. Im Anschluss an die Einleitung folgt in **Kapitel 2** die Durchleuchtung der bürgerschaftlichen Mitwirkungsinstrumente. Hierbei wird auf sämtliche in der GemO BW verankerten Partizipationsformen eingegangen und deren theoretische Grundlagen erörtert. Die einzelnen Beteiligungsformen werden hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer Auswirkungen auf die Gemeinden analysiert. **Kapitel 3** befasst sich mit den Organen kommunaler Entscheidungen: dem Bürgermeister und dem Gemeinderat. Als Volksvertreter zählen beide im weitesten Sinne ebenfalls zu den Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung in

³ Vgl. Reidinger, Fabian, Bürgerentscheidsbericht 1995-2010, S. 4.

⁴ Vgl. LTDS 13/4385, Abschnitt IV, Ziffer 5.

der Verwaltung. Im Gegensatz zu den Mitwirkungsformen des zweiten Kapitels geht es hierbei um die dauerhafte bürgerschaftliche Beteiligung an der Kommunalpolitik. Speziell wird in diesem Abschnitt auch auf die Sonderformen des Gemeinderats eingegangen, da durch diese mehr Einwohner dauerhaft in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden werden können. Nach der umfassenden, theoretischen Darstellung des Themas wird in **Kapitel 4** die empirische Untersuchung bezüglich der praktischen Bedeutung bürgerschaftlicher Beteiligungsinstrumente vorgestellt. Es wird auf das methodische Vorgehen, die Durchführung der Erhebung und den Rücklauf der Befragung eingegangen. Im Anschluss folgt in **Kapitel 5** die statistische Auswertung der gewonnenen Daten. Diese werden ausführlich dargestellt und bewertet, bevor schlussendlich die zentralen Ergebnisse präsentiert werden. Das **letzte Kapitel** umfasst das persönliche Fazit, unter Einbeziehung der Umfrageergebnisse.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit wird auf geschlechtsspezifische Doppelnennungen verzichtet und ausschließlich die maskuline Form verwendet; gemeint sind stets beide Geschlechter.

2 Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

Zahlreiche Instrumente ermöglichen Einwohnern und Bürgern eine Teilnahme am gemeindlichen Geschehen, sei es passiv als Zuhörer oder aktiv in beratenden oder bestimmenden Funktionen.

Die Instrumente, welche in dieser Arbeit näher beleuchtet werden, sind allesamt in der baden-württembergischen Gemeindeordnung verankert und gesetzlich normiert. Die Unterrichtung der Einwohner ist kein Mitwirkungsrecht im herkömmlichen Sinne, da sie den Einwohner keine Mitbestimmungsrechte einräumt. Aber sie ist das Fundament, auf dem die Mitwirkungsformen Bürgerversammlung, Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid fußen.

Zu den weiteren Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung, die in dieser Arbeit betrachtet werden, zählen der Gemeinderat, der Ortschaftsrat sowie die Ausschüsse, deren Mitglieder aus der Mitte der Bürgerschaft gewählt werden. Für Jugendliche kann die Gemeinde den Jugendgemeinderat einführen, um minderjährigen Einwohnern eine politische Mitwirkung zu ermöglichen und frühzeitig Interesse an der Kommunalpolitik zu wecken. Darüber hinaus können auch einzelne sachkundige Einwohner an der Kommunalpolitik mitwirken, indem sie vom Gemeinderat zu Beratungen hinzugezogen werden (§ 33 Abs. 3 GemO). Hierbei ist auch die Zuziehung Jugendlicher erlaubt, wodurch in Gemeinden ohne Jugendgemeinderat so eine Mitwirkungsform für Jugendliche geschaffen werden kann.⁵ Die Hinzuziehung beschränkt sich lediglich auf eine Auskunftserteilung, die hinzugezogenen Personen dürfen nicht selbst das Wort ergreifen.⁶

⁵ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 33 Rdnr. 9.

⁶ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 33 Rdnr. 11.

2.1 Unterrichtung der Einwohner - Fundament der bürgerschaftlichen Mitwirkung

Die in der Gemeindeordnung gesetzlich vorgeschriebene Unterrichtung der Einwohner ist das Grundgerüst aller Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung. Die in nachfolgenden Kapiteln untersuchten Instrumente der Mitwirkung sind die in gesetzlicher Form verankerte Ausgestaltung des § 20 GemO. Gemäß § 20 Abs. 1 GemO soll der Gemeinderat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde informieren, also solche Angelegenheiten, die sich auf eine Gemeinde spürbar auswirken können. Konkretisiert wird die Unterrichtungspflicht bei wichtigen Vorhaben und Planungen, welche raum- oder entwicklungsbedeutsam sind und ferner das Wohl der Einwohner nachhaltig auf soziale, kulturelle und wirtschaftliche Art beeinflussen können (§ 20 Abs. 2 GemO). Die Unterrichtung soll möglichst frühzeitig erfolgen und ausführlich über die Ziele, Zwecke und Auswirkungen informieren. Falls gewünscht, kann den Einwohnern die Möglichkeit zur Äußerung eingeräumt werden.

Die Vorschrift trägt dazu bei, das Interesse der Einwohner an kommunalpolitischen Prozessen zu wecken.⁷ Nur wenn die Einwohnerschaft ausreichend über die Gemeindeangelegenheiten informiert wird, entsteht das Bedürfnis aktiv zu werden und folglich auch etwas zu verändern oder zu verbessern. Die Wahl des Gemeinderats als Vertretung der Bürger (§ 24 Abs. 1 S. 1 GemO) bedeutet nicht, dass die Bevölkerung für die Zeit bis zur nächsten Wahl nicht an der Kommunalpolitik mitwirken darf. Vielmehr soll mithilfe der Unterrichtungspflicht des Gemeinderats dafür gesorgt werden, dass Beschlüsse nicht einfach gefasst werden, sondern ein Dialog mit den Einwohnern erfolgt. Es ist eher ein Recht, auch mehr

⁷ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20 Rdnr. 2.

Informationen als unbedingt nötig herauszugeben.⁸ Ratsam ist es, die Einwohner besser einmal zu oft als zu wenig zu informieren. Dies sorgt für mehr Bürgernähe und vor allem Transparenz von geplanten Projekten.

Die von Vorhaben tangierten Bedürfnisse können erkannt werden und diese Erkenntnisse fließen anschließend in den Planungsprozess ein.⁹ Dabei dient die frühzeitige Unterrichtung einem allgemeinen und öffentlichen Meinungsbildungsprozess¹⁰ ebenso sehr wie die Erläuterung der Ziele, Zwecke und Auswirkungen nötig ist, um einen Willensbildungsprozess überhaupt anzuregen.¹¹ Mangels gesetzlicher Regelungen steht es dem Bürgermeister frei, wie er die Informationspflicht ausübt. Die Art muss sich in der Praxis nach dem Einzelfall richten, da sich je nach Thematik und Vorhaben die verschiedensten Varianten als geeignet anbieten. Denkbar sind Presseartikel, Informationsveranstaltungen und seit Neuestem auch immer mehr soziale Netzwerke, also Facebook oder Twitter.

2.2 Die Bürgerversammlung

Eine Bürgerversammlung dient der Erörterung von wichtigen Gemeindeangelegenheiten gemeinsam mit den Einwohnern. Sie soll einmal jährlich vom Gemeinderat anberaunt und vom Bürgermeister einberufen werden. In Ortschaften ist eine Anberaumung durch den Ortschaftsrat möglich, sofern sich die Tagesordnung nur auf die Ortschaft bezieht. Der Bürgermeister ist verantwortlich für die Vorbereitung und den Ablauf einer Bürgerversammlung und gibt Zeit, Ort und die Tagesordnung ortsüblich bekannt (§ 20a Abs. 1 GemO). Zusätzlich zur Soll-Vorschrift ist den Bürgern die Möglichkeit gegeben, eine Bürgerversammlung auf

⁸ Vgl. Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 164.

⁹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20 Rdnr. 9.

¹⁰ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20 Rdnr. 8.

¹¹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20 Rdnr. 7.

Antrag einberufen zu lassen. Inhalt eines Antrags dürfen nur solche Themen sein, die nicht bereits in den vergangenen zwölf Monaten Inhalt einer Bürgerversammlung waren. Ein ordnungsgemäßer Antrag ist schriftlich einzureichen und von mindestens 10% der Bürger zu unterzeichnen, wobei es einwohnerabhängige Höchstzahlen gibt (§ 20a Abs. 2 GemO).

2.2.1 Sinn und Zweck der Norm

Eine Bürgerversammlung ermöglicht einen wechselseitigen Informationsfluss zwischen der Gemeindeverwaltung und den Bürgern und Einwohnern. Die gesetzliche Ausgestaltung in Baden-Württemberg stellt sie als vermittelndes Angebot dar¹², denn die Einwohner erhalten eine direkte Gesprächsmöglichkeit und eine Beschränkung auf eine reine Informationsversammlung entfällt. Somit ist die Bürgerversammlung das erste gesetzlich normierte Mitwirkungsinstrument.

Korrekterweise müsste die Bezeichnung Einwohnerversammlung lauten, denn eine Teilnahmebeschränkung nur auf Bürger ist nicht zulässig.¹³ Außerorts wohnenden Interessenten darf der Zutritt verwehrt werden, wenn zuvor eine Beschränkung auf Einwohner ausgesprochen wurde (§ 20a Abs. 1 S. 4 GemO). Wird in der Einberufung nicht auf eine Beschränkung hingewiesen, so dürfen Ortsfremde nicht von der Versammlung ausgeschlossen werden, es gilt der Grundsatz der Öffentlichkeit.¹⁴ Da aber nur Einwohner das Wort erhalten können (§ 20a Abs. 3 GemO), ergeben sich hieraus keine nennenswerten Nachteile.

Der Gemeinderat beschließt über die Abhaltung einer Bürgerversammlung, da diese Aufgabe in seinen Zuständigkeitsbereich fällt.

¹² Vgl. Köppler, Die erfolgreiche Bürgerversammlung, S. 22.

¹³ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 207.

¹⁴ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20a Rdnr. 5.

Ebenso bestimmt er, welche Gegenstände behandelt werden, wobei der Vortrag selbst sowie die Rahmenbedingungen und Leitung der Veranstaltung Aufgabe des Bürgermeisters ist.¹⁵ Grundsätzlich sollen Bürgerversammlungen zu allen wichtigen Gemeindeangelegenheiten abgehalten werden (§ 20a Abs. 1 S.1 GemO). Die Definition von wichtigen Gemeindeangelegenheiten richtet sich selbstverständlich nach der Gemeindegröße. Die Einstufung obliegt dabei dem Gemeinderat und kann nicht klar definiert werden. Wird eine Bürgerversammlung trotz offensichtlich wichtiger Angelegenheit nicht einberufen, so bleibt der Bürgerschaft lediglich die Möglichkeit eine Bürgerversammlung selbst zu beantragen, eine Klagemöglichkeit sieht die GemO hierzu nicht vor.¹⁶ Bei solch einem Antrag wird die Tagesordnung von den Antragsstellern bestimmt, darf aber keine Angelegenheiten des vergangenen Jahres beinhalten. Dieses Verbot schützt die Gemeinden vor einem Missbrauch des Antragsrechts¹⁷, zumal eine Beschränkung auf wichtige Gemeindeangelegenheiten und ein Unterschriftenquorum gilt. Das geforderte Unterschriftenquorum von 10% der Bürger soll gewährleisten, dass der Antrag auf breite Unterstützung trifft und nicht eine Minderheitenmeinung vertritt.¹⁸ Umgekehrt wird durch die Höchstgrenzen, gestaffelt nach der Einwohnerzahl, ein Antrag in Gemeinden mit hohen Einwohnerzahlen erleichtert.

Über die Zulässigkeit eines Antrags entscheidet zwar der Gemeinderat, jedoch darf dieser einen Antrag nicht zurückweisen, wenn alle obigen Antragserfordernisse eingehalten wurden.¹⁹ Die mittels zulässigen Antrags geforderte Bürgerversammlung verpflichtet den Gemeinderat zur Durchführung innerhalb von drei Monaten (§ 20a Abs. 2 S. 5 GemO).

¹⁵ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20a Rdnr. 2.

¹⁶ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20a Rdnr. 3.

¹⁷ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 207.

¹⁸ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20a Rdnr. 11.

¹⁹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20a Rdnr. 12.

2.2.2 Folgen einer Bürgerversammlung

Die Bürgerversammlung ist kein beschließendes Organ einer Gemeinde, geht aber dennoch über eine reine Informationsveranstaltung hinaus.²⁰ Sie ist ein geeignetes Instrument um Kritik zu üben und Vorschläge und Anregungen vorzubringen.²¹ Die Verpflichtung, dass der Gemeinderat die aufgeworfene Angelegenheit innerhalb von drei Monaten behandeln soll, bedeutet nicht, dass der Gemeinderat gezwungen ist eine Entscheidung zu treffen. Es wäre auch zulässig, dass die Angelegenheit zwar auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung gesetzt wird, sich während der Sitzung aber niemand dazu äußert. Der Forderung des Gesetzgebers, die Anregung zu behandeln, wäre damit entsprochen.²² Weit verfehlt wäre aber der dahinterliegende Grundgedanke einer Bürgerversammlung, nämlich, dass sich die Gemeindeorgane ernst- und gewissenhaft mit der Kritik auseinandersetzen.²³ Das jeweils zuständige Gemeindeorgan sollte sich also bemühen, auf die Anregungen und Kritiken einzugehen und sich mit den Denkanstößen der Bürger auseinandersetzen. Fraglich ist allerdings, wie viele Einwohner sich tatsächlich zutrauen, das Wort zu ergreifen und öffentlich Kritik zu üben. Gerade in kleinen Gemeinden, wo sozusagen „jeder jeden kennt“, achten Personen sorgfältig darauf, welche Auswirkungen mögliche Kritik haben kann, sodass viele lieber schweigen.

2.3 Der Bürgerantrag

Der Bürgerantrag erweitert die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger. Damit kann die Bürgerschaft verlangen, dass der Gemeinderat eine konkrete Angelegenheit behandelt. Es darf sich nur um einen Sachverhalt

²⁰ Vgl. VwV GemO zu § 20a Ziffer 4.

²¹ Vgl. Püttner, Kommunalrecht, Rdnr. 196.

²² Vgl. Köppler, Die erfolgreiche Bürgerversammlung, S. 23.

²³ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20a Rdnr. 17.

aus dem Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats handeln, zu welchem innerhalb des letzten Jahres ein Bürgerantrag gestellt wurde und der nicht gemäß § 21 Abs. 2 GemO ausgeschlossen ist (§ 20b Abs. 1 GemO). Für Anliegen aus dem Zuständigkeitsbereich des Ortschaftsrates, kann ein Bürgerantrag in einer Ortschaft gestellt werden (§ 20b Abs. 4 GemO).

2.3.1 Sinn und Zweck der Norm

Im Gegensatz zur Bürgerversammlung, bei der lediglich eine gemeinsame Erörterung eines Streitgegenstandes stattfinden soll, muss der Gemeinderat beim Bürgerantrag das Geforderte tatsächlich behandeln, also eine konkrete Entscheidung treffen. Er kann zwar das mit dem Bürgerantrag geforderte Anliegen ablehnen, ist aber zur Stellungnahme bezüglich einer kritischen Angelegenheit gezwungen.²⁴

Die Zulässigkeitsvoraussetzungen sind, wie bei allen Mitwirkungsinstrumenten, gesetzlich klar definiert. Es darf sich nur um eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde handeln, für die der Gemeinderat zuständig ist. Es ist nicht möglich, den Gemeinderat zur Behandlung von Sachgebieten zu verpflichten, die in den Aufgabenbereich des Bürgermeisters fallen. Zum selben Sachverhalt darf auch nicht in den vergangenen zwölf Monaten bereits ein Bürgerantrag eingereicht worden sein. Andernfalls könnte dieses Initiativrecht missbräuchlich angewandt werden²⁵ und die Arbeit des Gemeinderats würde sehr schwerfällig. Allerdings kann anstelle des Gemeinderats eine Entscheidung auch vom zuständigen beschließenden Ausschuss gefällt werden.²⁶

Die Tatsache, dass bestimmte Angelegenheiten nach § 21 Abs. 2 GemO ausgeschlossen sind, trägt ebenfalls dazu bei, einen Missbrauch zu

²⁴ Vgl. Püttner, Kommunalrecht, Rdnr. 197.

²⁵ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20b Rdnr. 1.

²⁶ Vgl. Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 169.

verhindern. Hat bereits eine Bürgerbeteiligung stattgefunden, beispielsweise bei einem gesetzlich geforderten Anhörungsverfahren bei einem Bebauungsplan, so ist auch hierzu kein Bürgerantrag zulässig.²⁷ Im Allgemeinen dürfte er auch nicht nötig sein, da die Bürger hinreichend informiert sind und Gelegenheit zur Stellungnahme hatten. Ein Bürgerantrag darf sich gegen einen Gemeinderatsbeschluss richten, wobei eine Frist von zwei Wochen einzuhalten ist. Hierdurch wird verhindert, dass Beschlüsse des Gemeinderats zu lange hinausgezögert werden. Erleichtert wird ein Bürgerantrag dadurch, dass im Gegensatz zu einem Bürgerentscheid kein Finanzierungsvorschlag vorgelegt werden muss.²⁸ Der Bürgerantrag muss von einer gewissen Anzahl von Bürgern unterschrieben werden, um kenntlich zu machen, dass es eine Angelegenheit von allgemein wichtiger Bedeutung für die Bürger ist und nicht der Wunsch von Minderheiten. Das erforderliche Unterschriftenquorum richtet sich nach der Zahl der Bürger, die gemäß § 21 Abs. 3 S. 5 GemO für einen Bürgerentscheid erforderlich sind. Das absolute Minimum für die erforderlichen Unterschriften liegt bei 3% aller Bürger.

Die Entscheidung über die Zulässigkeit obliegt allein dem Gemeinderat (§ 20b Abs. 3 GemO). Allerdings hat er keinerlei Spielraum einen Antrag zurückzuweisen, der die gesetzlichen Forderungen erfüllt. Geschieht dies dennoch, können die Unterzeichner des Antrags Verpflichtungsklage erheben.

2.3.2 Folgen eines Bürgerantrags

Der zulässige Antrag und die damit aufgeworfene Problematik soll innerhalb von drei Monaten nach Eingang behandelt werden. Bei der Behandlung im Gemeinderat sollen die Vertreter des Bürgerantrags

²⁷ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20b Rdnr. 5.

²⁸ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20b Rdnr. 7.

angehört werden (§ 20b Abs. 3 GemO). Dies gibt den Unterzeichnern nochmals die Gelegenheit ihre Sichtweise ausführlich darzustellen und zu begründen. Da es sich um eine Anhörung handelt, also die Gelegenheit zur Stellungnahme und nicht um eine gemeinsame Erörterung, ist eine Diskussion zwischen Gemeinderat und Unterzeichnern unerwünscht. Der Gemeinderat muss sich in der Anhörungsphase auf Verständnisfragen beschränken.²⁹ Bei einer offenen, gemeinsamen Diskussion bestünde möglicherweise das Bedürfnis einen Kompromiss zu schließen, was dem Grundgedanken der freien Beschlussfassung des Gemeinderats entgegenläuft.

2.4 Das Bürgerbegehren

Das Bürgerbegehren wird von der Bürgerschaft initiiert um einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Es darf sich dabei nur um Angelegenheiten handeln, für die der Gemeinderat zuständig ist und über die nicht innerhalb der letzten drei Jahre bereits ein durch Bürgerbegehren hervor-
gegangener Bürgerentscheid stattgefunden hat. Im Bürgerbegehren muss eine eindeutig formulierte Frage, eine klare Begründung und in den meisten Fällen ein Kostendeckungsvorschlag enthalten sein. Das Bürgerbegehren muss von zumindest 10% der Bürger unterzeichnet werden, wobei bestimmte Höchstgrenzen erleichternd in größeren Gemeinden gelten (§ 21 Abs. 3 GemO).

Das Bürgerbegehren ist der erste Verfahrensschritt, wenn die Bürger selbst über eine kommunale Angelegenheit abstimmen möchten. Nach einem erfolgreichen Bürgerbegehren ist der Weg offen für einen Bürgerentscheid. Unmittelbar werden die Bürger dadurch in den Willensbildungsprozess in der Gemeinde eingebunden und können den

²⁹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 20b Rdnr. 3.

Gemeinderat in geringem Maße einschränken. Allerdings darf es durch die Mittel unmittelbarer Demokratie nicht soweit kommen, dass die kommunalen Organe blockiert werden.³⁰ Beim Bürgerbegehren können zwei Arten unterschieden werden, denen unterschiedliche Beweggründe zugrunde liegen. Bei einem initiiierenden Begehren soll über einen Sachverhalt entschieden werden, über den der Gemeinderat bisher noch nicht abgestimmt hat. Gibt es bereits einen Gemeinderatsbeschluss und soll dieser aufgehoben werden, um die beschlossene Maßnahme zu verhindern oder durchzuführen, handelt es sich um ein kassierendes Begehren.

2.4.1 Die drei unterschiedlichen Arten

Initiiierende Begehren resultieren aus einem Sachverhalt über den noch kein rechtsgültiger Beschluss des Gemeinderats ergangen ist. Bei solchen Bürgerbegehren muss bezüglich der Sammlung von Unterschriften nicht auf Fristen geachtet werden. Mit initiiierenden Begehren sollen die Bürger neue Ideen und Alternativen für das Gemeindeleben präsentieren und die Abstimmung darüber fordern. Allerdings werden solche Begehren nur selten eröffnet, da der dafür notwendige Kostendeckungsvorschlag in den meisten Fällen als ungenügend eingestuft wird und somit die Durchführung eines Bürgerentscheids verhindert.³¹ Diese Tendenz wird auch vom Landesverband BW bestätigt. Dem Bürgerentscheidsbericht zufolge waren in BW weniger als 10% der Bürgerbegehren in den Jahren 1995 – 2010 initiiender Natur.³²

Kassierende Bürgerbegehren, also jene gegen Gemeinderatsbeschlüsse, bilden die Mehrheit aller Bürgerbegehren. Der Landesverband BW hat

³⁰ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 21 Rdnr. 1.

³¹ Vgl. Reidinger, Bürgerentscheidsbericht 1995-2010, S. 14.

³² Vgl. Reidinger, Bürgerentscheidsbericht 1995-2010, S. 7.

Bürgerbegehren im Zeitraum von 1995 – 2010 untersucht und über 70% davon den kassierenden Begehren zugeordnet.³³ Diese Art von Begehren ist einfacher durchzuführen als initiiierende Begehren, da auf Kostendeckungsvorschläge eher verzichtet werden darf. Richtet sich das Begehren gegen einen Gemeinderatsbeschluss und fordern die Initiatoren den kompletten Verzicht der beschlossenen Maßnahme, ist kein Finanzierungsvorschlag notwendig.³⁴ Kassierende Begehren müssen innerhalb der Sechs-Wochen-Frist eingereicht werden (§ 21 Abs. 3 S. 3 2.HS GemO). Durch diese Ausschlussfrist wird verhindert, dass Gemeinderatsbeschlüsse nach längerer Zeit durch einen Bürgerentscheid aufgehoben werden können und die Ausführung des Beschlusses rückgängig gemacht werden muss.³⁵

Der Gemeinderat kann selbst eine politische Sachfrage der Entscheidung der Bürger unterstellen. Hierzu ist beim Beschluss eine Mehrheit von 2/3 aller Stimmen im Gemeinderat notwendig (§ 21 Abs. 1 GemO). Kommt es zum Bürgerentscheid, wird dies meist als Ratsreferendum bezeichnet.³⁶ Denkbar ist auch, dass der Gemeinderat lediglich eine Bürgerbefragung durchführt um den Standpunkt der Bürgerschaft zu ergründen, aber selbst die endgültige Entscheidung in der Hand behält.³⁷

2.4.2 Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens

Alle Bürgerbegehren sind an eine Reihe von Formvorschriften gebunden. Nur wenn diese Vorschriften exakt erfüllt sind, wird ein Bürgerbegehren als zulässig eingestuft. Es muss stets schriftlich eingereicht werden und eine klar formulierte und begründete Ja/Nein-Frage enthalten. Geeignet ist

³³ Vgl. Reidinger, Bürgerentscheidsbericht 1995-2010, S. 7.

³⁴ Vgl. Paust, Arbeitshilfe Bürgerbegehren und -entscheid, S. 28.

³⁵ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 21 Rdnr. 21.

³⁶ Vgl. Reidinger, Bürgerentscheidsbericht 1995-2010, S. 3.

³⁷ Vgl. Püttner, Kommunalrecht, Rdnr. 199.

eine Formulierung, bei der mit „Ja“ etwas erreicht und mit „Nein“ etwas verhindert werden soll.³⁸ Ein Kostendeckungsvorschlag, genügend Unterschriften (10% der Bürger) sowie eine Sechs-Wochen-Frist bei kassierenden Begehren sind weitere zwingende Formerfordernisse (§ 21 Abs. 3 GemO). Ein Bürgerbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die nicht in den letzten 3 Jahren bereits ein Bürgerentscheid stattgefunden hat (§ 21 Abs. 3 S. 2 GemO). Allerdings gilt diese Beschränkung nur, wenn der Bürgerentscheid aus einem Bürgerbegehren hervorgegangen ist. Ist er aufgrund eines Ratsbegehrens entstanden, ist dies unbeachtlich. Ein immer wiederkehrendes „Nachbohren“³⁹ in gleicher Angelegenheit wird damit verhindert. Der Negativkatalog, aufgeführt in § 21 Abs. 2 GemO zählt abschließend alle Angelegenheiten auf, zu denen kein Bürgerentscheid durchgeführt werden darf. Bürgerbegehren, die inhaltlich eine Sachfrage des Negativkatalogs aufwerfen, müssen als unzulässig zurückgewiesen werden.

Die Mehrheit der Bürgerbegehren scheitert an diesem Negativkatalog, insbesondere an der nach Abschaffung des Positivkatalogs hinzugekommenen Ziffer 6: „Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften“.⁴⁰ Bauleitpläne in diesem Sinne sind der Flächennutzungsplan sowie der Bebauungsplan (§1 Abs. 2 BauGB). Die Aufnahme in den Negativkatalog ist damit begründet, dass solche Entscheidung komplexe Abwägungen erfordern. Darüber hinaus sind sie zu vielschichtig, um auf eine Ja/Nein-Frage reduziert zu werden, die aber zwingende Voraussetzung eines späteren Bürgerentscheids ist. Allerdings räumt die Landesregierung ein, dass Grundsatzbeschlüsse auch nach Einführung des Negativkatalogs bürgerentscheidsfähig bleiben sollen.⁴¹ Überwiegend ist es Sache der Verwaltungsgerichte die Grenze von Grundsatzbeschlüssen und nicht bürgerentscheidsfähigen Planungen abzustecken, wobei zu einer

³⁸ Vgl. Paust, Arbeitshilfe Bürgerbegehren und -entscheid, S. 24.

³⁹ Vgl. Püttner, Kommunalrecht, Rdnr. 200.

⁴⁰ Vgl. Reidinger, Bürgerentscheidsbericht 1995-2010, S. 10.

⁴¹ Vgl. LTDS 13/4385, S. 18.

bürgerunfreundlichen Auslegung tendiert wird. Dem VGH Mannheim zufolge fallen unter Bauleitpläne auch sämtliche dazugehörigen Verfahrensschritte und insbesondere ein Planungsstopp.⁴² Ein Bürgerentscheid ist damit in den seltensten Fällen möglich.

Der Kostendeckungsvorschlag zählt ebenso zu den schwer erfüllbaren Kriterien eines Bürgerbegehrens. Die Bürger sollen sich im Klaren über das finanzielle Ausmaß einer geforderten Maßnahme sein. Da im Vorschlag sowohl Investitions- und Betriebskosten als auch mögliche Folgekosten berücksichtigt werden müssen⁴³, ist dies ohne fachmännische Hilfe kaum zu bewerkstelligen. Kommt es zu einem Bürgerentscheid, ist der Kostendeckungsvorschlag allerdings nicht Bestandteil desselben und nicht bindend für die Verwaltung.⁴⁴ Da ein Kostendeckungsvorschlag entbehrlich ist, wenn eine vom Gemeinderat beschlossene kostenintensive Maßnahme verhindert werden soll, beschränkt sich der Einsatz eines Bürgerbegehrens zumeist auf solch ein „Veto-Instrument“⁴⁵.

Die Sechs-Wochen-Frist zur Einreichung der Unterschriften gilt nur bei kassierenden Begehren. Sie beginnt mit ortsüblicher Bekanntgabe eines Beschlusses und endet mit Ablauf desselben Wochentags sechs Wochen später.⁴⁶ Bürgerbegehren haben keine aufschiebende Wirkung, sodass theoretisch mit dem Bau einer Maßnahme unmittelbar begonnen werden kann, selbst wenn bekannt ist, dass die Mehrheit der Bürger dagegen ist.⁴⁷ Empfehlenswert ist solch ein Vorgehen natürlich nicht, da ein erfolgreiches Bürgerbegehren zum einen finanzielle Folgen für die Gemeinde haben kann, wenn Verträge wieder gelöst werden müssen und zum anderen das Vertrauen der Bürgerschaft in ihre gewählten Vertreter schädigt. Die

⁴² Vgl. Seeger/Füsslin/Vogel, EKBW § 21 E 30.

⁴³ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 213.

⁴⁴ Vgl. Paust, Arbeitshilfe Bürgerbegehren und -entscheid, S. 30.

⁴⁵ Vgl. Reidinger, Bürgerentscheidsbericht 1995-2010, S. 14.

⁴⁶ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 21 Rdnr. 21.

⁴⁷ Vgl. Paust, Arbeitshilfe Bürgerbegehren und -entscheid, S. 22.

Sechs-Wochen-Frist ist aber sinnvoll, da ansonsten lange zurückliegende Beschlüsse angegriffen werden könnten und Beschlüsse nie völlig rechts-sicher vollzogen werden könnten.

2.4.3 Folgen eines Bürgerbegehrens

Bürgerbegehren, die sämtliche Voraussetzungen erfüllen, müssen als zulässig erachtet werden, da dem Gemeinderat bei der Entscheidung kein Ermessen zusteht (§ 21 Abs. 4 S. 1 GemO). Das zulässige Bürgerbegehren gipfelt schließlich im Bürgerentscheid. Der Bürgerentscheid kann bei zulässigem Bürgerbegehren verhindert werden, indem der Gemeinderat die verlangte Maßnahme beschließt (§ 21 Abs. 4 S. 2 GemO). Dem Bürgerentscheid wird die Grundlage entzogen, so dass dieser dann auch förmlich zurückzuweisen ist.⁴⁸ Unzulässige Bürgerbegehren werden durch einen Beschluss des Gemeinderats abgelehnt. Dagegen darf jeder Unterzeichner des Begehrens Widerspruch und ferner Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage erheben (§ 41 Abs. 2 KomWG). Weist der Gemeinderat den Bürgerentscheid zurück, weil er die geforderte Maßnahme beschließen will, kann dennoch eine Anfechtung geboten sein.⁴⁹ Es ist genügt nicht, wenn der Gemeinderat nur Teilmaßnahmen beschließt oder sich nur grundsätzlich zur Forderung bereit erklärt ohne einen Beschluss darüber zu fassen.⁵⁰ Zweifelt der Gemeinderat an der Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens und lehnt es ab, ist ein Ratsbegehren empfehlenswert um die Bürger zu befrieden. Das dadurch initiierte Ratsreferendum entspricht dann dem begehrten Bürgerentscheid.⁵¹

⁴⁸ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 21 Rdnr. 24.

⁴⁹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 21 Rdnr. 25.

⁵⁰ Vgl. Paust, Arbeitshilfe Bürgerbegehren und -entscheid, S. 43.

⁵¹ Vgl. Geitmann, Merkblatt: Bürgerbegehren und -entscheide, S. 14.

2.5 Der Bürgerentscheid

Der Bürgerentscheid ist die Abstimmung der Bürger über eine Sachfrage des Wirkungskreises der Gemeinde. Der Bürgerentscheid resultiert entweder aus einem zulässigen Bürgerbegehren oder aus einem Ratsbegehren. Er wirkt wie ein endgültiger Beschluss des Gemeinderats und darf binnen drei Jahren nur durch erneuten Bürgerentscheid geändert werden (§ 21 Abs. 7 GemO).

2.5.1 Durchführung und Ablauf

Ein Bürgerentscheid wird wie eine Bürgermeisterwahl von der Gemeinde organisiert und durchgeführt (§ 41 Abs. 3 KomWG) und nicht von den Initiatoren eines Begehrens. Dementsprechend obliegen ihr unter anderem die Entscheidungen bezüglich des Abstimmungstags, der Abstimmungsräume und -unterlagen. Der festgelegte Abstimmungstag und -ort wird ortsüblich bekannt gegeben. Der Abstimmungstag darf auf den Tag von anderen Wahlen fallen (§ 41 Abs. 3 S. 2 KomWG), was aufgrund des verminderten Aufwands und der geringeren Kosten empfehlenswert ist. Darüber hinaus kann ein höheres Abstimmungsinteresse erwartet werden.⁵² Auf den Stimmzetteln wird die Abstimmungsfrage des Bürgerbegehrens, die mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden muss, abgedruckt. Die eingereichte Begründung und der Finanzierungsvorschlag erscheinen dagegen nicht auf den Stimmzetteln.⁵³

Bevor ein Bürgerentscheid durchgeführt wird, also vor dem Abstimmungstag, sollen die Gemeindeorgane ihre Auffassungen bezüglich der Streitfrage äußern (§ 21 Abs. 5 GemO). Die volle Verantwortung des Beschlusses kommt den Bürgern zu, die durch ausreichende

⁵² Vgl. Geitmann, Merkblatt: Bürgerbegehren und -entscheide, S. 15.

⁵³ Vgl. Paust, Arbeitshilfe Bürgerbegehren und -entscheid, S. 45.

Informationen die Komplexität der Entscheidung überblicken sollen. Existieren in der Gemeinde gegenteilige Meinungen, sind auch die differierenden Mindermeinungen darzulegen⁵⁴.

2.5.2 Das Zustimmungsquorum

Ein erfolgreicher Bürgerentscheid ist an zwei Voraussetzungen gebunden:

1. Die Mehrheit der gültigen Stimmen muss dem Vorhaben zustimmen.
2. Diese Mehrheit muss 25% aller Stimmberechtigten entsprechen.

Bei Stimmengleichheit ist die Frage mit „Nein“ beantwortet und der Bürgerentscheid abgelehnt (§ 21 Abs. 6 GemO). Insbesondere die Gegner des Bürgerentscheids profitieren von diesem Zustimmungsquorum, da sich praktisch jeder, der nicht abgestimmt hat, für ein „Nein“ ausgesprochen hat.⁵⁵ Gleichwohl kann dieses Zustimmungsquorum hilfreich sein, damit sich keine Minderheiten wegen mangelndem Beteiligungsinteresse durchsetzen.

2.5.3 Folgen eines Bürgerentscheids

Ein erfolgreicher Bürgerentscheid entfaltet die Wirkung eines endgültigen Gemeinderatsbeschlusses. Aus Gründen der Rechtssicherheit darf er innerhalb von drei Jahren nur durch erneuten Bürgerentscheid geändert werden (§ 21 Abs. 7 GemO). Entsprechend hat auch der Bürgermeister gegen solch eine Entscheidung kein Widerspruchsrecht.⁵⁶ Selbst wenn sich die Tatsachen ändern, die für die Entscheidung ausschlaggebend waren, kann der Gemeinderat den Beschluss nicht ändern.⁵⁷ Ein Ratsbegehren mit folgendem Ratsreferendum kann selbstverständlich

⁵⁴ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 211.

⁵⁵ Vgl. Paust, Arbeitshilfe Bürgerbegehren und -entscheid, S. 52.

⁵⁶ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 212.

⁵⁷ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar, GemO § 21 Rdnr. 30.

durchgeführt werden. Wünscht allerdings die Bürgerschaft die Änderung des Beschlusses, ist dies wegen der Sperrwirkung eines Bürgerbegehrens nur möglich, wenn der vorige Bürgerentscheid aus einem Ratsbegehren hervorging.⁵⁸ War der Bürgerentscheid nicht erfolgreich, weil das erforderliche Quorum nicht erfüllt wurde, geht die Entscheidungszuständigkeit wieder auf den Gemeinderat über (§ 21 Abs. 6 S. 3 GemO). Der Gemeinderat muss einen neuen Beschluss fassen, auch dann, wenn mit dem Bürgerentscheid die Aufhebung eines Beschlusses begehrt wurde.⁵⁹ Er sollte hierbei das Stimmverhältnis und die von der Bürgerschaft vorgebrachten Argumente gebührend berücksichtigen. Gerade, wenn der Bürgerentscheid trotz relativ hoher Abstimmungsbeteiligung am Quorum scheitert, ist es ratsam das deutliche Votum zu beachten und im Sinne des Begehrens zu beschließen.⁶⁰

⁵⁸ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 21 Rdnr. 31.

⁵⁹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 21 Rdnr. 28.

⁶⁰ Vgl. Geitmann, Merkblatt: Bürgerbegehren und –entscheide, S. 16.

3 Die Organe kommunaler Entscheidungen

Die in BW geltende „Süddeutsche Ratsverfassung“ entstand im Laufe des 19. Jahrhunderts. Diesem dualen Verfassungssystem entsprechend gibt es zwei Organe, nämlich den Gemeinderat als Hauptorgan und den Bürgermeister als zweites Organ.⁶¹ Diese Organe werden von den Bürgern gewählt und zählen daher ebenfalls im weitesten Sinne zu den Formen der bürgerchaftlichen Mitwirkung, denn die Bürger werden nur die Kandidaten wählen, die ihre Interessen am ehesten vertreten können. Beide Organe sind mittels wechselseitiger Kontroll- und Mitwirkungsrechte eng verzahnt.⁶²

3.1 Der Bürgermeister

Der Bürgermeister ist, neben dem Gemeinderat, ein Verwaltungsorgan der Gemeinde (§ 23 GemO). Gemäß § 42 Abs. 1 GemO ist der Bürgermeister Leiter der Gemeindeverwaltung und Vorsitzender des Gemeinderats, hat Stimmrecht im Gremium und sorgt für eine enge Verknüpfung zwischen der Gemeindeverwaltung und der bürgerchaftlichen Vertretung.⁶³

Er wird von den Bürgern (§ 45 Abs. 1 S. 1 GemO), also mittels Volkswahl, für die Dauer von acht Jahren gewählt. Durch die Volkswahl kann die Bürgerschaft die große Verantwortung der Bürgermeisterstelle demjenigen übertragen, der ihrer Ansicht nach am geeignetsten ist. Die achtjährige Amtszeit erscheint sinnvoll, um den Bürgern in angemessenen Zeiträumen die Ausübung ihres Wahlrechts zu ermöglichen. Ferner soll dem Bürgermeister mit einer ausreichend langen Amtszeit die Möglichkeit gegeben werden, seine Fähigkeiten voll zugunsten der Gemeinde einzusetzen. Die

⁶¹ Vgl. Vogelgesang/Lübking/Ulbrich, Kommunale Selbstverwaltung, Rdnr. 116.

⁶² Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 222.

⁶³ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 23 Rdnr. 8b.

Amtszeit ist aber nicht so lang, dass eine Neubesetzung des Bürgermeisteramts erst wieder nach sehr langer Zeit eintreten kann.⁶⁴

Sind Neuwahlen durch Freiwerden der Bürgermeisterstelle erforderlich, so ist ein gesetzlicher Zeitrahmen festgelegt, der einen Zeitraum von frühestens drei Monaten und spätestens einem Monat vor Freiwerden umfasst, in Sonderfällen spätestens drei Monate nach Freiwerden der Stelle (§ 47 Abs. 1 GemO). Es soll verhindert werden, dass die Stelle zu lange unbesetzt bleibt, denn die Aufgabenfülle verlangt eine weitsichtige Planung. Zudem haben die Wähler das Bedürfnis, das nur derjenige das Amt ausübt, dem sie diese Verantwortung durch die Volkswahl übertragen haben und somit eine fortwährende Vertretung verhindert wird.⁶⁵ Zwar kann im Falle einer langfristigen Vertretung ein Amtsverweser nach § 48 Abs. 2 GemO bestellt werden, jedoch fehlt ihm als wesentliches Merkmal das Stimmrecht im Gemeinderat oder beschließenden Ausschüssen.⁶⁶

Der Bürgermeister ist kraft Organstellung Vertreter der Gemeinde.⁶⁷ Dies ist ein besonders bedeutender Aspekt, denn diese Vertretungsmacht wird ihm von seinen Wählern, also den Bürgern einer Gemeinde, verliehen. Dieses Vertretungsrecht steht dem Gemeinderat, der nur ein Willensbildungsorgan ist, nicht zu, da es sich aus der Organstellung des Bürgermeisters ergibt.⁶⁸ In BW profitiert der Bürgermeister von seiner starken Stellung, die ihm in erster Linie durch die Volkswahl gegeben ist.⁶⁹ Desweiteren wird sie dadurch begründet, dass er als Leiter der Gemeindeverwaltung, Vorsitzender des Gemeinderats und Vertreter der Gemeinde drei bedeutende Funktionen in seiner Person vereint.⁷⁰ Allerdings kann die starke Stellung des Bürgermeisters in Baden-Württemberg auch eine

⁶⁴ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 42 Rdnr. 18.

⁶⁵ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 47 Rdnr. 1.

⁶⁶ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 48 Rdnr. 19.

⁶⁷ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 42 Rdnr. 6.

⁶⁸ Vgl. Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 293.

⁶⁹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO § 43 Rdnr. 6.

⁷⁰ Vgl. Vogelgesang/Lübking/Ulbrich, Kommunale Selbstverwaltung, Rdnr. 165.

effektiv gestaltende Rolle des Gemeinderats verhindern.⁷¹ Insbesondere durch seine Kontrollrechte gegenüber dem Gemeinderat, kann er einen allzu starken Einfluss des Gemeinderats verhindern.⁷² Die Aufgaben des Bürgermeisters sind gesetzlich normiert (vgl. § 44 GemO) und so geregelt, dass ein ordnungsgemäßer Verwaltungsablauf sichergestellt ist und der Gemeinderat nicht mit geringfügigen Aufgaben zusätzlich belastet wird. Auch die Einwohner stellen hohe Anforderung an eine einwandfrei geführte Verwaltung. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass man als Gemeindegewohner kein Wahlrecht bezüglich der zuständigen Verwaltung hat. Es ist beispielsweise nicht möglich, den Personalausweis bei einer anderen Behörde als der Wohnortbehörde zu beantragen. Der Bürgermeister muss also in seiner Funktion als Leiter der Gemeindeverwaltung dafür sorgen, dass er den Ansprüchen voll gerecht wird.⁷³

Die vom Gemeinderat gefassten Beschlüsse werden vom Bürgermeister vollzogen und zu diesem Vollzug ist nur er allein berechtigt. Dieser Aspekt zeigt deutlich die enge Verzahnung der beiden Organe.⁷⁴ Als Kontrollrecht steht dem Bürgermeister die Möglichkeit des Widerspruchs zu, sodass er Beschlüsse des Gemeinderats nicht blind durchsetzen muss (§ 43 Abs. 2 GemO). Vielmehr ist es seine Pflicht, dass Gesetzesverstöße oder für die Gemeinde nachteilige Beschlüsse verhindert werden. Einem nachteiligen Beschluss darf ein Bürgermeister nur einmalig widersprechen. Hält der Gemeinderat trotz Widerspruchs an seinem Beschluss fest, so ist dies bindend, da solche Entscheidungen letztlich der Kompetenz des Gemeinderats unterliegen.⁷⁵

⁷¹ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 350.

⁷² Vgl. Püttner, Kommunalrecht, Rdnr. 209.

⁷³ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 44 Rdnr. 3.

⁷⁴ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 43 Rdnr. 4.

⁷⁵ Vgl. Püttner, Kommunalrecht, Rdnr. 211.

3.2 Der Gemeinderat

Der Gemeinderat ist das Hauptorgan der Gemeinde und die Vertretung der Bürger (§ 24 Abs. 1 S. 1 GemO). Ihm obliegt die kommunalpolitische Führung der Gemeinde⁷⁶ und er plant auf lange Sicht die Geschicke der Gemeinde. Die Amtszeit der gewählten Gemeinderäte beträgt fünf Jahre (§ 30 Abs. 1 GemO).

Das Recht, diese Tätigkeiten auszuüben, wird dem Gemeinderat von den Bürgern mittels Volkswahl übertragen. Er entspricht damit der vom Gesetzgeber geforderten repräsentativen Demokratie in Gemeinden und Kreisen (§ 72 Abs. 1 S. 1 LV). In gewissem Sinne ist der Gemeinderat ein Abbild der unterschiedlichen Gruppen und Gesinnungen innerhalb der Gemeinde, der stellvertretend für die Bürger wichtige Entscheidungen fällt.⁷⁷ Zuständig ist der Gemeinderat im weitesten Sinne für sämtliche die Gemeinde betreffenden Angelegenheiten (§ 24 Abs. 1 S. 2 GemO). Entlastet wird er hierbei durch den Bürgermeister, dessen Zuständigkeitsbereich abschließend gesetzlich geregelt ist und in den nicht eingegriffen werden darf. In Zweifelsfällen, in denen eine alleinige Zuständigkeit des Bürgermeisters nicht eindeutig ist, muss die Zuständigkeit des Gemeinderats vermutet werden.⁷⁸

Sitzungen des Gemeinderats sind grundsätzlich öffentlich (§ 35 Abs. 1 S. 1 GemO) um den Wählern eine Möglichkeit einzuräumen, den Gemeinderat zu beobachten und in gewissem Maße zu überwachen. Darüber hinaus lässt man den Bürger so an der Selbstverwaltung teilhaben und weckt das Interesse an der gemeindlichen Verwaltungsarbeit.⁷⁹ Auch wird den Wählern eine zukünftige anstehende Gemeinderatswahl erleichtert, da sie ihren bevorzugten Kandidaten bei der Arbeit zusehen und beurteilen

⁷⁶ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 23 Rdnr. 7.

⁷⁷ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 24 Rdnr. 4.

⁷⁸ Vgl. VwV GemO zu § 24: Nr. 1.

⁷⁹ Vgl. Sixt/Notheis, Der Gemeinderat in BW, Rdnr. 70.

können.⁸⁰ Unterstützend bei der Kommunikation mit der Bürgerschaft kann eine Fragestunde (§ 33 Abs. 4 S. 1 GemO) oder eine Anhörung (§ 33 Abs. 4 S. 2 GemO) vom Gemeinderat angeordnet werden. Bei der Fragestunde dürfen gestellte Fragen lediglich vom Bürgermeister beantwortet werden, den Gemeinderäten ist kein Antwortrecht zugedacht. Im Rahmen der Anhörung geht es um Individualinteressen, über die der Gemeinderat vor Beschlussfassung informiert sein sollte und welche er berücksichtigen sollte.⁸¹ Auch Ausschüsse dürfen Anhörungen durchführen.⁸²

Zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben sind dem Gemeinderat besondere Rechte und Pflichten zugedacht. Mittels Kontrollrecht kann er die Ausführung seiner Beschlüsse überwachen, da er nicht selbst zu deren Vollzug befähigt ist, sondern nur der Bürgermeister. Kontrolliert werden kann aber nur das Resultat der Ausführung der Beschlüsse. Dieses muss mit dem Willen des Gemeinderats übereinstimmen. Wie dieses Resultat erzielt wird, ist jedoch dem Bürgermeister freigestellt.⁸³ Das Informationsrecht (§ 24 Abs. 3 GemO), verbunden mit dem Recht auf Akteneinsicht, ist von entscheidender Bedeutung für die Entscheidungen des Gremiums. Nur gut informiert können möglichst viele oder alle Aspekte und Auswirkungen eines Beschlusses berücksichtigt werden, was zu wohl durchdachten und akzeptablen Entscheidungen führt. Eine Pflichtaufgabe des Gemeinderats ist es, in der Gemeindeverwaltung auftretende Missstände zu beseitigen. Hier wird die enge Verzahnung des Gemeinderats und des Bürgermeisters deutlich, da der Gemeinderat die Missstände nicht selbst beseitigen kann, sondern den Bürgermeister damit beauftragen muss.⁸⁴

⁸⁰ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 277.

⁸¹ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 290.

⁸² Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 33 Rdnr. 23.

⁸³ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 24 Rdnr. 9.

⁸⁴ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 227.

Der Gemeinderat darf nur in ordnungsmäßig einberufenen Sitzungen beschließen (§ 37 Abs. 1 S.1 GemO). Gemeinderäte können sich zu einer Sitzung verabreden, allerdings können in solchen formlosen Treffen niemals rechtsverbindliche Beschlüsse gefasst werden, selbst wenn der Gemeinderat vollständig versammelt ist.⁸⁵ Die Einberufung muss durch den Bürgermeister erfolgen, der zahlreiche Vorschriften beachten muss, so dass Fehler in dieser Hinsicht leicht zu rechtswidrigen Beschlüssen führen können. Allerdings dienen die meisten Vorschriften dem Schutze der einzelnen Gemeinderäte und können, wenn die Betroffenen sie nicht beanstanden, geheilt werden.⁸⁶ So spielt es beispielsweise keine Rolle, wenn die Sitzungseinladung zu kurzfristig, nicht schriftlich oder ohne die erforderlichen Sitzungsunterlagen ergangen ist. Die Tagesordnung hilft den Gemeinderäten sich durch die Auflistung der Beratungspunkte auf die Sitzung vorzubereiten. Die weitere wichtige Funktion der Tagesordnung ist vorab die Unterrichtung der Öffentlichkeit über geplante Beschlussfassungen. Wenn es einem Beratungspunkt daher an der Bestimmtheit mangelt, beispielsweise bei der Formulierung „Verschiedenes“, darf kein Beschluss dazu ergehen.⁸⁷ Die Bürgerschaft wäre in diesem Punkt dann vorab nicht ausreichend informiert worden und mit einem Beschluss überrascht. Über die Sitzungen müssen Niederschriften angefertigt werden, welche dann auch von den Einwohner eingesehen werden dürfen (§ 38 GemO). Dies führt zu erhöhter Transparenz der Verhandlung gegenüber den Einwohnern.

3.3 Die Sonderformen des Gemeinderats

Als Sonderformen des Gemeinderats sollen hier der Ortschaftsrat, der Jugendgemeinderat, der Ältestenrat und die beratenden und

⁸⁵ Vgl. Bock, Das Verfahren im Gemeinderat, in: BWGZ 12/2009 S. 464.

⁸⁶ Vgl. Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 253.

⁸⁷ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 271.

beschließenden Ausschüsse betrachtet werden. In den vom Gemeinderat abgeleiteten Gremien führt der Bürgermeister den Vorsitz. Nicht alle Möglichkeiten werden in den Gemeinden tatsächlich praktiziert. Besonders in kleineren Gemeinden erscheint es meist unzweckmäßig, Ausschüsse einzurichten, die der Entlastung des Gemeinderats dienen sollen. Die Aufgaben sind dort meist überschaubar und eine Delegation der Aufgaben oft nicht notwendig.

3.3.1 Der Ortschaftsrat

Gemeinden mit räumlich getrennten Ortsteilen können mittels Hauptsatzung Ortschaften einrichten, in welchen Ortschaftsräte gebildet und Ortsvorsteher bestellt werden (§ 68 GemO).

Die Ortschaftsverfassung ist eine besondere Verwaltungsform, welche den Ortschaften eine gewisse Selbstverwaltung ermöglicht.⁸⁸ Im Zuge der Gemeindereform wurden 3379 Städten und Gemeinden eingegliedert, so dass nach der Reform 1111 selbstständige Städte und Gemeinden verblieben.⁸⁹ Um den bisherigen Gemeinderäten, deren Sitze durch Eingliederungen deutlich reduziert wurden, weiterhin politische Mitwirkung zu ermöglichen, wurden mittels Ortschaftsverfassungen die Ortschaftsräte eingeführt.⁹⁰ Heute ist eine Aufhebung der Ortschaftsverfassung nur mit Zustimmung des Ortschaftsrats möglich (§ 73 Abs. 3 GemO), wobei der Ortschaftsrat eher selten seiner eigenen Auflösung zustimmen wird.

Ortschaftsräte werden nicht aus der Mitte des Gemeinderats gewählt werden, sondern sind ein eigenständiges Organ, das aus unmittelbarer Wahl hervorgeht. Alle in der Ortschaft wohnenden Bürger sind wahlberechtigt, auch diejenigen, die kürzlich aus einer anderen Ortschaft der

⁸⁸ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 413.

⁸⁹ Vgl. Metzger/Sixt, Die Ortschaftsverfassung in BW, S. 15.

⁹⁰ Vgl. Metzger/Sixt, Die Ortschaftsverfassung in BW, S. 15

Gemeinde umgezogen sind.⁹¹ Konkrete Auswirkungen aus der Organstellung ergeben sich hinsichtlich der Verschwiegenheitspflicht oder der Befangenheit. Die Befangenheit gilt nur innerhalb des Ortschaftsrates und nicht auch im Verhältnis zum Gemeinderat.⁹² Die Bildung beratender Ausschüsse ist denkbar und kann in größeren Gemeinden sinnvoll sein. Allerdings kann kein Ältestenrat gebildet werden.⁹³ Mit beratender Stimme dürfen auch diejenigen Gemeinderäte teilnehmen, die in der Ortschaft wohnhaft sind, aber keine Ortschaftsräte sind (§ 69 Abs. 4 GemO).

Dem Ortschaftsrat als Organ sind umfassende Rechte zugedacht, die durch die Hauptsatzung bis hin zu beschließenden Zuständigkeiten ausgebaut werden dürfen. Er ist beratend tätig, hat ein Anhörungs- und Vorschlagsrecht und kann beschließend tätig werden (§ 70 GemO). Das Anhörungsrecht bezieht sich auf diejenigen Angelegenheiten, welche die Ortschaft betreffen und kann bei Missachtung zur Rechtswidrigkeit von Gemeinderatsbeschlüssen wegen Verfahrensfehlern führen. Das Vorschlagsrecht ermöglicht es, Anliegen direkt an den Gemeinderat weiterzuleiten und die Initiative zu ergreifen.⁹⁴ Mittels übertragener Beschlussrechte werden dem Ortschaftsrat konkrete beschließende Zuständigkeiten übertragen hinsichtlich der Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen. Nicht übertragbar sind Beschlüsse des Katalogs in § 39 Abs. 2 GemO, Sachentscheidung von gesamtgemeindlicher Bedeutung und Aufgaben, für die der Bürgermeister zuständig ist.

Der Ortsvorsteher wird vom Gemeinderat gewählt. Er muss nicht Ortschaftsrat sein, sondern lediglich zum Ortschaftsrat wählbar sein (§ 71 Abs. 1 GemO). Da er folglich nicht aus Volkswahl hervorgeht, darf er im Ortschaftsrat kein Stimmrecht erhalten, da ihm dieses nicht von den

⁹¹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 69 Rdnr. 4.

⁹² Vgl. Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 362.

⁹³ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 420.

⁹⁴ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 70 Rdnr. 3.

Bürgern übertragen wurde.⁹⁵ Dennoch ist er Vorsitzender des Ortschaftsrats, dieses Recht kann ihm nicht entzogen werden.⁹⁶

3.3.2 Der Jugendgemeinderat

Die Gemeindeordnung Baden-Württembergs eröffnet mit dem § 41a GemO eine Vielzahl kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche. Der Jugendgemeinderat ermöglicht Jugendlichen eine beratende Mitwirkung am kommunalen Geschehen und die Möglichkeit, ihr Wissen über die Kommunalpolitik und –verwaltung zu erweitern.⁹⁷ Dabei sind die Jugendlichen ehrenamtlich tätig. Entscheidungskompetenzen dürfen zwar nicht übertragen werden⁹⁸, aber die Beschlüsse des Jugendgemeinderats sind als Vorschläge für den Gemeinderat bzw. die Gemeindeverwaltung zu betrachten.⁹⁹ Die Entscheidung, ob Jugendliche ins kommunale Geschehen mittels Jugendgemeinderat einbezogen werden sollen, obliegt dem Gemeinderat. Er ist nicht verpflichtet, die Mitwirkung von Jugendlichen zu ermöglichen, so dass sich für interessierte Jugendliche kein Anspruch ergibt, die gesetzlichen Möglichkeiten nutzen zu können.¹⁰⁰ Auch Rede- und Antragsrechte sind ihnen nicht grundsätzlich eingeräumt. Hierzu gab es im Jahr 2010 einen Antrag des Abgeordneten Siegfried Lehmann u.a. (Grüne) um solche Rechte in der Gemeindeordnung zu verankern. Das Innenministerium hat in seiner Stellungnahme deutlich gemacht, dass die Beteiligung von Jugendlichen von großer Bedeutung ist, aber auch, dass für die Ausgestaltung der Art und Weise der Partizipation genügend Spielraum vorhanden ist. Die Vorschrift des § 41a GemO sei daher bewusst offen angelegt worden. Die

⁹⁵ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 424.

⁹⁶ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 68 Rdnr. 6.

⁹⁷ Vgl. Ade, Taschenbuch für Gemeinderäte, S. 81.

⁹⁸ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 41a Rdnr. 3.

⁹⁹ Vgl. Bock, Jugendgemeinderat und Kommunalverfassung, in: BWGZ 1995, S. 699.

¹⁰⁰ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 41a Rdnr. 1.

tatsächliche Ausgestaltung der Vorschriften sollte in jedem Fall den Gemeinden im Rahmen ihrer Selbstverwaltung obliegen.¹⁰¹

3.3.3 Der Ältestenrat

Der Ältestenrat ist ein aus der Mitte des Gemeinderats freiwillig gebildetes Gremium, welches den Bürgermeister in Verhandlungsfragen berät. Die Bildung eines Ältestenrats muss in der Hauptsatzung festgelegt werden (§ 33a GemO). Die Zuständigkeiten des Bürgermeisters werden zwar nicht durch den Ältestenrat eingeengt, aber er wird verpflichtet, ihn bei Aufstellung der Tagesordnung und des Sitzungsablaufs anzuhören.¹⁰²

Der Ältestenrat ist weder Organ¹⁰³ noch Ausschuss¹⁰⁴, da ihm Entscheidungskompetenzen fehlen. Er gibt nur Empfehlungen ab, aber der Bürgermeister wird sich den Vorstellungen des Rates im Sinne guter Zusammenarbeit meist beugen. Daher kann er einen beachtlichen Einfluss auf den Bürgermeister ausüben.¹⁰⁵

Ein Ältestenrat macht meist erst in größeren Gemeinden Sinn, wo er ein Bindungsglied zu den Fraktionen darstellt. Viele und vor allem kleine Gemeinden können Verfahrens- und Verhandlungsfragen auf andere Art lösen, beispielsweise durch eine formlose Besprechung.¹⁰⁶

¹⁰¹ Vgl. LDTS 14/6762.

¹⁰² Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 33a Rdnr. 2.

¹⁰³ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 33a Rdnr. 1.

¹⁰⁴ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 284.
Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 223.

¹⁰⁵ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 33a Rdnr. 5.

¹⁰⁶ Vgl. Bock, Die kommunale Verfassung, in: BWGZ 12/2009, S. 459.

3.3.4 Die beratenden Ausschüsse

Beratende Ausschüsse können zur Vorberatung einzelner Verhandlungsgegenstände oder zur allgemeinen Vorberatung der Verhandlungen des Gemeinderats bestellt werden, die Mitglieder werden aus der Mitte des Gemeinderats gewählt (§ 41 Abs. 1 GemO).

Im beratenden Ausschuss wird nur darüber abgestimmt, welcher Vorschlag dem Gemeinderat letztlich unterbreitet werden soll. Daher kann auch ein beratender Ausschuss wegen Befangenheit beschlussunfähig sein.¹⁰⁷ In solch einem Fall entfällt die Vorberatung.¹⁰⁸ Da die Ergebnisse der beratenden Ausschüsse lediglich Empfehlungen sind, muss der Gemeinderat nicht genauso entscheiden und wird in seiner Beschlussfassung nicht eingeschränkt. Zur Zusammensetzung oder Bildung der beratenden Ausschüsse gibt die GemO keine konkreten Vorgaben, lediglich hinsichtlich der sachkundigen Einwohner. Diese dürfen wider-ruflich in den Ausschuss berufen werden, aber die Gesamtzahl darf nicht die Zahl der Gemeinderatsmitglieder im betreffenden Ausschuss überschreiten. (§ 41 Abs. 1 S.3 GemO). Dies sorgt für eine verstärkte Einbindung der Bürgerschaft in die Verwaltung. Die sachkundigen Einwohner können entweder einmalig zur Beratung eines Verhandlungspunktes zugezogen oder dauerhaft Mitglieder des beratenden Ausschusses werden.¹⁰⁹ Die Sitzungen erfolgen in der Regel nichtöffentlich.¹¹⁰ Damit wird sichergestellt, dass rein sachlich verhandelt werden kann ohne die Befürchtung, durch die Bürgerschaft in der Beratung beeinflusst zu werden.

¹⁰⁷ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 41 Rdnr. 1.

¹⁰⁸ Vgl. Ade, Taschenbuch für Gemeinderäte, S. 77.

¹⁰⁹ Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 41 Rdnr. 4.

¹¹⁰ Vgl. Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 265.
Ade, Taschenbuch für Gemeinderäte, S. 76.

3.3.5 Die beschließenden Ausschüsse

Beschließende Ausschüsse gemäß § 39 GemO können durch die Hauptsatzung eingerichtet werden und dann Beschlüsse anstelle des Gemeinderats fassen. In § 39 Abs. 2 GemO erfolgt eine abschließende Aufzählung aller Aufgabengebiete, die nicht übertragen werden dürfen. Solche Angelegenheiten können aber den beschließenden Ausschüssen zur Vorberatung übergeben werden, wenn hierzu keine beratenden Ausschüsse vorhanden sind. Sowohl die beratenden als auch die beschließenden Ausschüsse dienen der Entlastung des Gemeinderats, wobei die beschließenden Ausschüsse stärker dazu beitragen können. Ihre Zuständigkeiten werden vom Gemeinderat abgeleitet, so dass sie nicht als selbständige Organe gezählt werden dürfen.¹¹¹ Bei Beschlussunfähigkeit muss die Angelegenheit direkt vom Gemeinderat beschlossen werden, ein Minderheitsbeschlussrecht nach § 37 Abs. 2 S. 2 GemO ist nicht anwendbar.¹¹² Beschließende Ausschüsse müssen mindestens aus vier Mitgliedern und dem Vorsitzenden bestehen. Sachkundige Einwohner dürfen nur beratend mitwirken und ihre Anzahl darf die der Gemeinderäte nicht überschreiten (§ 40 Abs. 1 GemO). Gemeinderäte, die nicht Mitglieder des beschließenden Ausschusses sind, dürfen sowohl an den öffentlichen als auch an den nichtöffentlichen Sitzungen als Zuhörer teilnehmen und sind so über die Gemeindeangelegenheiten im Bilde.¹¹³ Nach einer Neu- oder Ergänzungswahl des Gemeinderats muss auch eine Neubildung der beschließenden Ausschüsse erfolgen.¹¹⁴

¹¹¹ Vgl. Dols/Plate/Schulze, Kommunalrecht, Rdnr. 256.

¹¹² Vgl. Kunze/Bronner/Katz, Kommentar GemO, § 39 Rdnr. 39.

¹¹³ Vgl. Ade, Taschenbuch für Gemeinderäte, S. 75.

¹¹⁴ Vgl. Waibel, Gemeindeverfassungsrecht, Rdnr. 342.

4 Empirische Untersuchung: Praktische Bedeutung bürgerschaftlicher Mitwirkungsinstrumente

Die Mitwirkung von Bürgern und Einwohnern in der Gemeinde ist ein zentrales Element in der Kommunalpolitik. Die plebiszitären Elemente ermöglichen eine Beteiligung bei konkreten Entscheidungen, aber werden gerade in kleinen Gemeinden im ländlichen Raum kaum genutzt. Da diese in die Aufgabenkompetenz von Gemeinderat und Bürgermeister eingreifen, soll diese empirische Untersuchung die praktische Bedeutung und Nutzung aus Sicht der Gemeinden im ländlichen Raum behandeln.

4.1 Methodisches Vorgehen

Zur Datengewinnung für eine empirische Untersuchung bieten sich unterschiedliche Methoden an. Die wichtigsten drei Erhebungsmethoden sind die Beobachtung, die Befragung (mündlich oder schriftlich) und die Inhaltsanalyse¹¹⁵, wobei die Befragung die wohl bekannteste Erhebungsform darstellt. Jede Methode hat signifikante Vorteile, umgekehrt aber auch Nachteile.

Die schriftliche Befragung mittels Fragebogen bietet im Gegensatz zur mündlichen Befragung mittels Interview den Vorteil, dass der Befragte genügend Zeit erhält um den Fragebogen auszufüllen. Die befragte Person gerät nicht unter Zeitdruck und kann ihre Antworten sorgfältig abwägen und formulieren. Die gegebenen Antworten sind dann meist ehrlicher und besser zu verwerten. Als weiterer Vorteil steht ganz klar die Zeit- und Kostenersparnis im Vordergrund. Ein Fragebogen wird erstellt und versendet und zunächst muss nichts Weiteres getan werden.

¹¹⁵ Vgl. Kromrey, Empirische Sozialforschung, S. 299f.

Nachteilig ist allerdings, dass der Befragte möglicherweise Fragen vergisst oder bewusst nicht beantworten möchte. Eine Auswertung gestaltet sich dann schwieriger. Auch kann nicht überprüft werden, ob die angeschriebene Person selbst antwortet oder der Fragebogen von einer anderen Person ausgefüllt wird. Der wesentlichste Nachteil ist die häufig zu erwartende geringe Rücklaufquote. Das Problem besteht vor allem beim postalischen Rückversand, da dies für den Befragten mit Mehraufwand verbunden ist.¹¹⁶

Trotz der Nachteile wurde für diese Untersuchung eine schriftliche Befragung mittels Fragebogen gewählt, da bewusst gut durchdachte Aussagen gewünscht sind. Die Nachteile werden durch die Auswahl der Stichprobe zum größten Teil ausgeglichen.

4.2 Stichprobenauswahl und -größe

Aufgrund des Praktikums im Fachbereich „Kommunales“ im Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis kristallisierte sich früh heraus, dass die Erhebung sämtliche Kommunen im Neckar-Odenwald-Kreis umfassen soll. Der Neckar-Odenwald-Kreis liegt im Norden Baden-Württembergs und ist durch und durch ländlich geprägt. Etwa 150.000 Einwohner bewohnen 115.000ha Fläche, das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 130 EW/km.¹¹⁷ Da mit der Untersuchung die relativ kleinen Gemeinden im ländlichen Raum durchleuchten werden sollen, zählten zur Stichprobe alle 27 Gemeinden und Städte. Besonders bedeutsam war für die Erhebung, dass die partizipatorischen Instrumente nicht aus Sicht der Bürgerschaft, sondern aus Sicht der Verwaltung untersucht werden sollen. Mit freundlicher Unterstützung von Herrn Schweigert, dem Fachgebietsleiter „Kommunales“ des Landratsamts, wurden die Fragebögen per E-Mail an

¹¹⁶ Vgl. Mayer, Interview und schriftliche Befragung, S. 100.

¹¹⁷ Vgl. Statistik Bevölkerungsdichte des Neckar-Odenwald-Kreises, Anlage 6, S. 166.

alle Bürgermeister im Neckar-Odenwald-Kreis verschickt und um Rückgabe per Post oder E-Mail gebeten. Insgesamt wurden somit 27 Fragebögen verteilt.

4.3 Gestaltung des Fragebogens

Mit dem entworfenen Fragebogen¹¹⁸ wurden die Bürgermeister zu sämtlichen gesetzlichen Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung befragt. Der Fragebogen ist in sechs Abschnitte untergliedert. Jeder Abschnitt beginnt mit einer halboffenen Filterfrage¹¹⁹ bezüglich der tatsächlichen Nutzung der genannten Mitwirkungsform. Danach folgen Fragen, die nur beantwortet werden müssen, wenn das Mitwirkungsinstrument tatsächlich genutzt wird. Wird also die erste Frage eines Abschnitts verneint, können einige Fragen übersprungen werden. Die letzten Fragen eines Abschnitts verlangen eine persönliche Einschätzung der befragten Person und sind daher bewusst offen gehalten, so dass keine Antwortmöglichkeiten gegeben sind. Dies wurde aufgrund der Stichprobenauswahl bewusst so gestaltet, auch wenn der Fragebogen dadurch recht anspruchsvoll ist.

Die erste Frage des Fragebogens dient der allgemeinen Klassifizierung der befragten Gemeinde und verlangt die Angabe der Gemeindegröße. Dabei wurden die Gemeinden in drei Größengruppen eingeteilt, von denen jede Gruppe neun Gemeinden des Neckar-Odenwald-Kreises umfasst. Daraus folgt die Einteilung „unter 3000 EW“, „3000-5000 EW“ und „über 5000 EW“. Anschließend beginnt der maßgebliche Fragebogen. Der erste Abschnitt befasst sich mit der Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO. Es wird die Unterrichtsform und die Häufigkeit der

¹¹⁸ Vgl. Kromrey, Empirische Sozialforschung, S. 299f.
Eigener Fragebogen, Anlage 3, S. 58.

¹¹⁹ Vgl. Mayer, Interview und schriftliche Befragung, S. 96.

Unterrichtung in Form einer halboffenen Frage abgefragt. Zur Erschöpfung der Antwortmöglichkeiten, sind zwei zusätzliche Zeilen für nicht aufgezählte Formen aufgeführt.¹²⁰ Der Abschnitt endet mit einer offenen Beurteilungsfrage. Der zweite Abschnitt behandelt die Bürgerversammlung nach § 20a GemO. Er beginnt mit einer geschlossenen Frage nach der Anzahl der jährlich durchgeführten Bürgerversammlungen. Da Bürgerversammlungen gemäß § 20a Abs. 1 S. 2 GemO einmal im Jahr stattfinden müssen, gibt es hier noch keine überspringbaren Fragen. Im dritten Abschnitt wird das Instrument des Bürgerantrags nach § 20b GemO abgefragt. Die erste Frage bezüglich der Häufigkeit stellt eine Filterfrage dar. Wurden keine Bürgeranträge eingereicht, können die folgenden Fragen zwei, drei und vier übergangen werden. Frage fünf stellt die abschließende Beurteilungsfrage dar, deren Beantwortung ausdrücklich gewünscht wurde. Ebenso sind die Abschnitte vier, Bürgerbegehren nach § 21 Abs. 2 GemO, und fünf, Bürgerentscheide nach § 21 Abs. 3 GemO, aufgebaut. Auch hier können die mittleren Fragen übersprungen werden, wobei die abschließenden offenen Fragen unabhängig davon beantwortet werden sollen. Der letzte Abschnitt schließt mit den sonstigen Formen und deren Nutzung ab, wobei auch hier manche Fragen, abhängig von der Beantwortung der ersten Filterfrage, nicht beantwortet werden müssen.

Vor dem Verschicken wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen, also fünf unabhängigen Personen vorgelegt. Diese Personen helfen unklar formulierte Fragen zu erkennen und geben eine ungefähre Zeitangabe für die Bearbeitungsdauer.¹²¹

¹²⁰ Vgl. Mayer, Interview und schriftliche Befragung, S.92f

¹²¹ Vgl. Mayer, Interview und schriftliche Befragung, S 98.

4.4 Rücklauf der Fragebögen

Bei schriftlichen Befragungen mittels Fragebogen besteht häufig ein geringer Rücklauf mit hohen Ausfällen. Für eine geringe Ausfallquote wurde der Fragebogen mit einem persönlichen Anschreiben¹²² meinerseits und einem Unterstützungsschreiben von Herrn Schweigert¹²³ versandt. Im persönlichen Anschreiben wurde das Motiv der Befragung erläutert und um Mithilfe bei der Erhebung gebeten. Die Befragten wurden darauf hingewiesen, dass Einzelinhalte der Umfrage nur anonym verwendet werden. Zur Bearbeitung wurden drei Wochen Zeit gewährt, die selbstverständlich verlängert werden konnten, wenn es erforderlich war. Davon hat eine befragte Gemeinde Gebrauch gemacht. Die Rückgabe der Fragebögen konnte per E-Mail erfolgen (als eingescanntes Dokument) oder per Post. Von einem Fragebogen, der direkt online auszufüllen ist, wurde abgesehen, da es deutlich komplexer ist und die Fragebögen sofort vollständig von den Befragten bearbeitet werden müssten. Da der Kreis der befragten Personen lediglich Bürgermeister bzw. Kommunen betrifft, ist die postalische Rückgabe unproblematisch. Auch verfügt heutzutage jede Verwaltung über einen Scanner, so dass Fragebögen auch als PDF-Dateien zurückgesandt wurden.

Von den 27 verschickten Fragebögen wurden insgesamt 16 beantwortet und zurückgesandt. Dies entspricht einem Anteil von 60%. Dies ist ein durchaus positives Ergebnis, besonders deshalb, weil im Fragebogen explizit nach der persönlichen Beurteilung der Bürgermeister gefragt wurde und der Fragebogen infolgedessen zeitaufwendiger für die Befragten war.

¹²² Persönliches Anschreiben, Anlage 1, S. 56.

¹²³ Unterstützungsschreiben Herr Schweigert, Anlage 2, S. 57.

5 Auswertung und Analyse

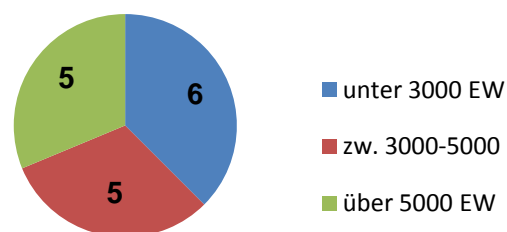
In diesem Kapitel werden die rückläufigen Fragebögen ausgewertet. Es erfolgt eine Grundauswertung aller Fragen, wobei einzelne, aussagekräftige Fragen direkt analysiert werden. Abschließend werden unter Bezugnahme der erhobenen und ausgewerteten Daten Verbesserungsvorschläge speziell für kleine Gemeinden aufgezeigt.

5.1 Auswertung

Die statistische Auswertung erfolgte mithilfe des Tabellenkalkulationsprogramms „Microsoft Excel“.¹²⁴ Die gewonnenen Daten aus den Fragebögen wurden in die Tabellen eingetragen, wobei jede Frage aus Gründen der Überschaubarkeit in einer separaten Tabelle erfasst wurde.¹²⁵ Die Spalten erfassen einen einzelnen Fragebogen (1-16), zusätzlich untergliedert nach Gemeindegröße. Die Zeilen stellen jeweils eine Antwortmöglichkeit dar. Nachfolgend wird jeder Abschnitt (A-F) separat ausgewertet und die Bedeutung der einzelnen Fragen analysiert. Durch die Ermittlung der Tendenzen ergibt sich ein übersichtliches Stimmungsbild.

Die erste Frage I.1 verlangt die Angabe der Gemeindegröße um die erhobenen Daten in Bezug zur Größenordnung der Gemeinden setzen zu können. Ursprünglich hatten 9 Gemeinden jeder Kategorie

Abb. 1: Größenordnung



¹²⁴ Vgl. Duller, Christine, Einführung in die Statistik mit EXCEL und SPSS, S. 31 ff.

¹²⁵ Eigene tabellarische Auswertung aller Fragebögen, Anlage 4, S. 64ff.

einen Fragebogen erhalten. Erfreulicherweise ist die Verteilung gleichmäßig, so dass verwertbare Rückschlüsse möglich sind.

5.1.1 Abschnitt A - Unterrichtungspflicht

Frage **A.1**¹²⁶ untersucht die genutzten Unterrichtsformen und die Häufigkeit der Verwendung in Relation zur Gemeindegröße.

In Gemeinden unter 3000 EW ist die häufigste Form das Amtsblatt, das von allen 6 befragten Gemeinden wöchentlich genutzt wird. Fast ebenso viele Gemeinden (4/6) sind wöchentlich im Internet präsent und veröffentlichen Informationen. Die Tagespresse steht an dritter Stelle der beliebten Unterrichtsformen, nämlich bei 2 Gemeinden wöchentlich, bei 1 Gemeinde monatlich. Von den übrigen 3 Gemeinden nutzen es 2 nach Bedarf. Veranstaltungen werden in dieser Größenordnung sehr selten genutzt und Twitter und Facebook nie.

Gemeinden mit 3000 bis 5000 EW veröffentlichen auf ihrer Internetpräsenz am häufigsten neue Informationen, dabei 1 Gemeinde täglich und 3 Gemeinden wöchentlich. Das Amtsblatt wird von 4 der 5 Gemeinden wöchentlich genutzt und auch die Tagespresse wird gelegentlich genutzt. Veranstaltungen werden von 4 der 5 Befragten durchgeführt, aber Twitter und Facebook nutzt auch hier niemand.

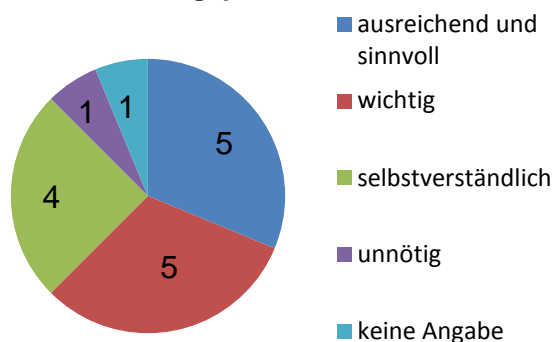
Bei den fünf befragten Gemeinden mit mehr als 5000 EW wird der Internetauftritt von 4 Gemeinden täglich und von einer wöchentlich genutzt. Verstärkt wird hier nun auch auf Facebook gesetzt, das von 4 Gemeinden wöchentlich (1) und täglich (3) der Information dient. Seltener wird das Amtsblatt genutzt, dass bei den kleineren Gemeinden einen deutlich höheren Stellenwert besitzt. Eine Gemeinde setzt stattdessen auf ein eigenes Wochenblatt.

¹²⁶ Tabellarische Darstellung, Anlage 4, S.64.

Insgesamt lässt sich sagen, dass kleinere Gemeinde tendenziell herkömmliche Mittel zur Unterrichtung der EW nutzen, wie das Amtsblatt oder die Tagespresse. Je größer die Gemeinden, umso eher wird auf eine mediale Präsenz gesetzt, da bekanntermaßen größere Massen über Internet und Facebook angesprochen werden können.

Frage **A.2** verlangte eine persönliche Beurteilung der Befragten hinsichtlich der Unterrichtspflicht. Dass diese gesetzlich festgeschrieben ist, empfinden 31%¹²⁷ der 16 Befragten als ausreichend und sinnvoll und weitere 31% als wichtig. 25% sehen es als selbstverständlich an, ihre Einwohner zu unterrichten, auch ohne gesetzliche Regelungen. Ein Befragter gibt an, es sei „überzogen“, da die Bürger recht wenig Interesse an der Kommunalpolitik haben.

Abb. 2: Beurteilung der Unterrichtspflicht



5.1.2 Abschnitt B - Bürgerversammlungen

Bei Frage **B.1**¹²⁸ sollte angegeben werden, wie viele Bürgerversammlungen in den vergangenen 10 Jahren durchgeführt wurden (Durchschnittswert). Von den 16 Befragten gaben 7 Personen an, eine Bürgerversammlung jährlich durchzuführen. 2 Personen führen sogar zweimal jährlich Bürgerversammlungen durch. Allerdings geht dann die Tendenz gegen null, denn 4 Personen führen seltener als einmal jährlich eine Bürgerversammlung durch und 3 Personen sogar gar nicht. Von einer

¹²⁷ 100% entspricht der Gesamtzahl aller Befragten, also 16 Fragebögen.

¹²⁸ Tabellarische Darstellung, Anlage 4, S. 65.

Gemeinde wurde zusätzlich angegeben, dass seit 1970 keine einzige Bürgerversammlung durchgeführt wurde. Obwohl eine gesetzliche Verpflichtung besteht, mindestens eine Bürgerversammlung jährlich durchzuführen, führt demnach fast die Hälfte der Befragten (7) seltener eine Bürgerversammlung durch.

Bei der Frage **B.2**, ob Anträge der Bürgerschaft auf Bürgerversammlungen gestellt werden, ergibt sich ein eindeutiges Bild. In keiner der befragten Gemeinden wurde in den letzten 10 Jahren ein Antrag gestellt.

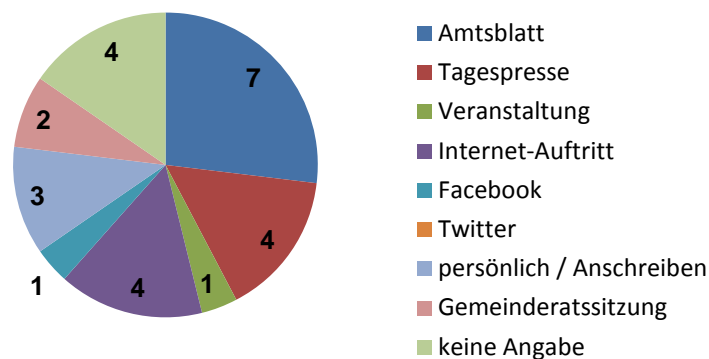
Ob Bürgerversammlungen räumlich getrennt durchgeführt werden, untersucht Frage **B.3**. Die Verteilung ist ausgeglichen, 7 Gemeinden führen sie getrennt nach Ortsteilen durch, 7 Gemeinden nicht. Von den 7 Gemeinden, die Bürgerversammlungen nicht räumlich getrennt organisieren, zählen 5 Gemeinden unter 3000 EW. In dieser Größenordnung kann offenbar darauf verzichtet werden, da in den Teilorten die Zahl der EW noch geringer ist. 2 Gemeinden machten keine Angaben. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass dort keine Bürgerversammlungen durchgeführt werden.

Frage **B.4** untersucht, wie Gemeinden mit ortsfremden Störern umgehen, da diese problematisch sein können. Bei der Mehrheit von 13 Personen (81%) ist solch ein Problem bisher nie aufgetaucht. Die übrigen Personen dulden diese Störung (1), erteilen Hausverbot (1) oder sprechen eine Teilnahmebeschränkung (1) aus.

Die Behandlung von Vorschlägen (Frage **B.5**), die aus einer Bürgerversammlung hervorgehen, erfolgt bei 19% innerhalb 1-2 Wochen, bei 13% dauert es 1-6 Wochen und 38% nehmen sich 3-6 Wochen Zeit. Die restlichen 31% machten mangels Bürgerversammlungen keine Angaben. Die Vorschläge werden rasch behandelt, was durchaus zufriedenstellend ist.

Wie die Bürgerschaft bezüglich der vorgebrachten Vorschläge informiert wird, zeigt Frage **B.6** und Abb. 3. Die Mehrheit nutzt, wie bereits bei Frage A.1, das Amtsblatt zur Information. Direkt dahinter stehen die Tagespresse und die Internetpräsenz. Auch setzen einige Bürgermeister auf das persönliche Gespräch oder ein Anschreiben an denjenigen, der sich in der Bürgerversammlung zu Wort gemeldet hat. Dies ist eine sehr schöne Alternative zu den übrigen Formen, die sicherlich nur in Gemeinden mit wenigen EW praktiziert werden kann. Gelegentlich wird auch eine Gemeinderatssitzung genutzt um die aufgeworfene Frage zu behandeln.

Abb. 3: Information über Bürgerversammlungen



Das Instrument der Bürgerversammlung wird unterschiedlich beurteilt (Frage **B.7**). 31% sehen es positiv, nämlich als Chance, die Wähler zu überzeugen und 13% empfinden es zwar auch als Chance, aber auch als Pflichtaufgabe. 19% finden eine Bürgerversammlung zwar wichtig, jedoch fehlt das Interesse in der Bürgerschaft, sodass diese selten gut besucht sind. Ungeeignet wegen der Gemeindegröße finden es 13% und setzten lieber auf Ortsbegehungen bzw. Ortschaftsratsitzungen. Eine Bürgerversammlung empfinden 13% gar als überflüssig. Treffend begründet hat dies der Bürgermeister einer kleinen Gemeinde mit weniger als 3000 EW, „Wir verbinden unsere Bürgerversammlung i.d.R. mit einem Ehrungsabend der Blutspender, Sportler, Gemeinderäte. [...] Ansonsten stünde ich

alleine in der Sporthalle“. Keine Angabe machten 13%, da diese bisher keine Erfahrungen mit Bürgerversammlungen haben.

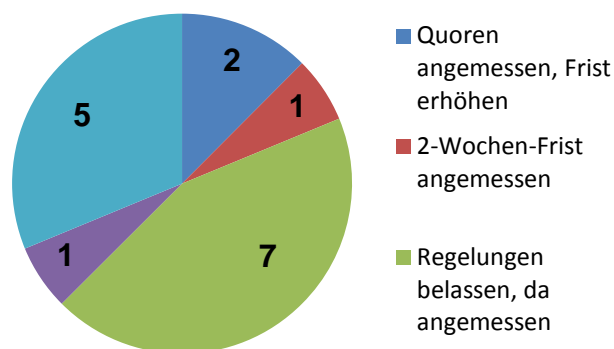
Insgesamt scheint das Instrument der Bürgerversammlungen tatsächlich in kleinen Gemeinden unnötig und unpraktisch. Hier ist es nämlich deutlich einfacher und häufiger der Fall, dass direkt das Gespräch mit dem Bürgermeister oder dem Gemeinderat gesucht wird, sodass auf Bürgerversammlungen gänzlich verzichtet werden kann.

5.1.3 Abschnitt C - Bürgeranträge

Frage **C.1**¹²⁹ prüft, ob in den befragten Gemeinden Bürgeranträge eingereicht wurden. Dies war allerdings nur in einer Gemeinde in den letzten 10 Jahren der Fall. Die folgenden Fragen **C.2**, **C.3** und **C.4** mussten daher auch nur von einem Befragten beantwortet werden. Als Thema des einzigen Bürgerantrags nannte der Befragte die „Wiedereinführung der unechten Teilortswahl“. Dieser Bürgerantrag war zulässig und es wurde im Sinne des Antrags entschieden.

Die Frage **C.5** erfasst die persönliche Beurteilung des Instruments Bürgerantrag, so dass hier ausdrücklich eine Meinungsäußerung aller Beteiligten erwünscht war. Insgesamt wird das Instrument positiv

Abb. 4: Beurteilung von Bürgeranträgen



¹²⁹ Tabellarische Darstellung, Anlage 4, S. 66.

beurteilt, denn obwohl keine Bürgeranträge eingereicht wurden, möchte auch fast niemand etwas ändern. Lediglich 2 Personen würde die Frist erhöhen auf 4 Wochen und somit den Bürgern entgegenkommen bei der Einreichung von Bürgeranträgen. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass Bürgeranträge in kleineren Gemeinden nicht an Quoren oder Fristvorgaben scheitern, sondern schlicht an fehlendem Interesse der Bürgerschaft.

5.1.4 Abschnitt D – Bürgerbegehren

Insgesamt gaben bei Frage **D.1**¹³⁰ 3 der Befragten an, dass in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren durchgeführt wurden. Bei einer Gemeinde gab es sogar 2 Bürgerbegehren. Von den 4 genannten Bürgerbegehren waren 3 zulässig und nur eines unzulässig.

Die Themen und Ergebnisse der Bürgerbegehren wurden bei den Fragen **D.2**, **D.3** und **D.4** näher erläutert. Beim ersten Begehren ging es um den Neubau eines Kindergartens. Dieses war zulässig und die Angelegenheit wurde später durch Bürgerentscheid entschieden. Die nächsten zwei Begehren wurde in derselben Gemeinde durchgeführt. Die konkreten Fragestellungen lauteten hier „Soll im Ortsteil Billigheim ein Dorfgemeinschaftshaus erstellt werden?(2003)“ und „Soll in Billigheim unser Schulstandort als eigenständiger Hauptschulstandort erhalten bleiben? (2010)“. Ersteres war zulässig und wurde schließlich durch einen Bürgerentscheid entschieden. Das zweite Begehren wurde als unzulässig eingestuft mit der Begründung, dass laufende Verträge bereits umgesetzt waren. Tatsächlich ergab eine kurze Recherche im Internet, dass die Initiatoren das Bürgerbegehren zurückgenommen hatten, bevor über dessen Zulässigkeit entschieden wurde. Der amtierende Bürgermeister kündigte an gegen den

¹³⁰ Tabellarische Darstellung, Anlage 4, S. 67.

Zulassungsbeschluss des Gemeinderats Einspruch einzulegen, was zu einem sehr langen Rechtsstreit (2-3 Jahre) geführt hätte. Da das Begehren keine aufschiebende Wirkung besitzt, würden „unumkehrbare Fakten geschaffen“ und die Initiatoren könnten ihr Begehren ohnehin nicht mehr umsetzen.¹³¹ Das vierte Begehren gehört zum oben genannten Bürgerantrag, es ging auch hier um die Wiedereinführung der durch Gemeinderatsbeschluss abgeschafften unechten Teilortswahl, was letztlich durch Bürgerentscheid entschieden wurde.

Bei der Beurteilung von Bürgerbegehren als Instrument (Frage **D.5**) ergibt sich eine klare Tendenz. Fast 70% der Befragten sind dafür die gesetzlichen Regelungen zu belassen und würden nichts an den Quoren und Fristen ändern wollen. 25% machten keine Angaben bei dieser Frage und 6% empfinden es als irrelevantes Instrument in der Praxis. Begründet wird dies damit, dass es bei „offensiver Information über kommunale Vorhaben“ keine Rolle spiele.

5.1.5 Abschnitt E – Bürgerentscheide

Frage **E.1**¹³² ergab, dass in den befragten Gemeinden insgesamt dreimal Bürgerentscheide durchgeführt wurden. Davon waren zwei erfolgreich, eines scheiterte. Faktisch gab es ein viertes Begehren bzgl. der Abschaffung der unechten Teilortswahl, wobei der Befragte dies lediglich unter Abschnitt D beantwortete und unter Abschnitt E leider nicht näher darauf einging.

Die Themen der durchgeführten Bürgerentscheide (Frage **E.2**) entsprechen den oben genannten. Zweimal ging es dabei um den Kindergartenneubau und einmal um das Dorfgemeinschaftshaus. Beim

¹³¹ Vgl. Billigheimer Bote vom 15.10.2010, online abrufbar.

¹³² Tabellarische Darstellung, Anlage 4, S. 68.

Neubau des Kindergartens gab es zwei Bürgerentscheide, wovon eines durch Gemeinderatsbeschluss veranlasst wurde. Der Bürgerentscheid bzgl. des Dorfgemeinschaftshauses wurde durch oben erwähntes Bürgerbegehren initiiert (Fragen **E.2** und **E.3**).

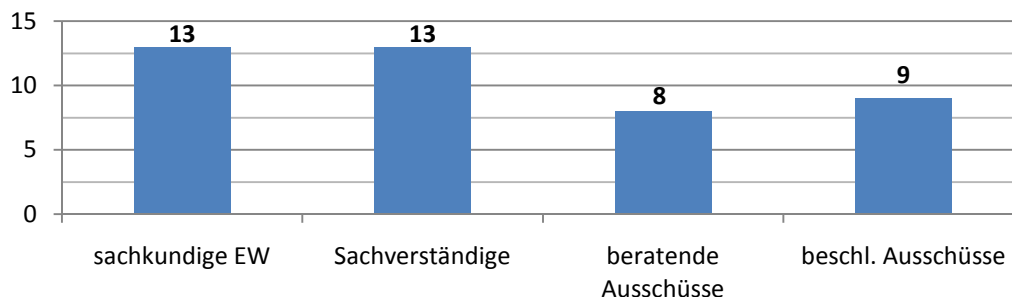
Bei der Beurteilung von Bürgerentscheiden (Frage **E.4**) ging es zuerst um die formalen Voraussetzungen. Überwiegend (56%) wird die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen empfunden. Bei zu niedrigen Quoten könnten sich Minderheiten durchsetzen und die getroffenen Entscheidungen würden dann zu Lasten der Allgemeinheit gehen. 25% sind ebenfalls dafür die Regelungen zu belassen, da sie es als wichtiges Instrument der direkten Demokratie einstufen. 13% machten keine Angaben. Zusätzlich betonten 3 Befragte, dass Bürgerentscheide nicht zur Regel werden dürfen. Zum einen gäbe es dann kaum noch Gemeinderatskandidaten, zum anderen seien viele Entscheidungen zu komplex um sie Ja/Nein-Fragen zu unterstellen. Die Instrumente Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind als direktdemokratische Instrumente einzuordnen und daher nur für Notfälle in der repräsentativen Demokratie gedacht.

Frage **E.5** beurteilt Bürgerentscheide hinsichtlich des Negativkatalogs. Von den 16 Befragten würden 9 Personen den Negativkatalog nicht ändern. 2 Teilnehmende hingegen würden den Negativkatalog erweitern. Als neuer Punkt sollte eingefügt werden, dass Bürgerbegehren nicht initiiert werden dürfen, wenn betreffende Verträge bereits umgesetzt worden sind. Hinsichtlich des Positivkatalogs tendiert die Mehrheit (4) dazu, dass dessen Wegfall überflüssig war. 3 Befragte empfinden den Wegfall als sinnvoll, bspw. da es keine Restriktionen mehr gibt. Prinzipiell sind die Gemeinden mit den Regelungen einverstanden, allerdings spielen sie auch eine untergeordnete Rolle bei wenigen EW. Ein Befragter gibt klar an, dass der Negativkatalog in Gemeinden seiner Größenordnung (1390 EW) keine Bedeutung hat.

5.1.6 Abschnitt F – sonstige Mitwirkungsformen

Bezug nehmen auf Frage **F.1**¹³³ ziehen fast alle Gemeinden (je 13) sachkundige EW und Sachverständige zu ihren Gemeinderatssitzungen hinzu. 8 Gemeinden nutzen darüber hinaus auch beratende Ausschüsse und 9 Gemeinden haben beschließende Ausschüsse. Weitere Formen spielen eine untergeordnete Rolle. Einen Jugendgemeinderat besitzt nur eine Gemeinde, dafür gibt es in einer anderen Gemeinde sog. „runde Tische“ mit Jugendlichen und Senioren. Ältestenräte gibt es nur in 2 Gemeinden.

Abb. 5: sonstige Mitwirkungsformen



In 2 Gemeinden gibt es spezielle Beteiligungsformen für Senioren, nämlich zum einen eine Rentnerinitiative und zum anderen einen Stadtseniorenrat. Als weitere Beteiligungsformen werden noch Treffen mit informellen Gruppen sowie das Gesamtforum der Verein genannt.

Die Besetzung der beratenden Ausschüsse (Frage **F.1a**) umfasst durchschnittlich 7 Personen. Einige Gemeinden besitzen zwei beratende Ausschüsse, eine Gemeinde sogar drei. Die Beteiligung der beratenden Ausschüsse erfolgt in der Regel zweimal jährlich, die Gemeinde mit drei beratenden Ausschüssen beteiligt sie monatlich.

Frage **F.1b** macht deutlich, dass beschließende Ausschüsse gerade in den Gemeinden mit mehr als 5000 EW eine zunehmend größere Rolle spielen. Jede der 5 befragten Gemeinden dieser Größenordnung hat beschließende Ausschüsse. Deren Zusammensetzung umfasst im Schnitt

¹³³ Tabellarische Auswertung, Anlage 4, S. 67.

9 Mitglieder. Bei den Gemeinden mit mehr als 5000 EW hat jede mehrere beschließende Ausschüsse, die Zahl reicht von 2-6 und die Beteiligungshäufigkeit liegt zwischen 1-12 jährlich. Die 4 Befragten darunter besitzen 1-3 beschließende Ausschüsse, die sie ca. zweimal jährlich beteiligen. Insgesamt profitieren also besonders die größeren Gemeinden von der Möglichkeit, Entscheidungen auf Ausschüsse zur Entlastung des Gemeinderats zu übertragen.

Frage **F.1c** gibt Aufschluss über die Zusammensetzung des einzigen Jugendgemeinderats. Er besteht aus 13 Mitgliedern die zwischen 14-20 Jahren alt sind. Er tagt 6-10 Mal im Jahr, was eine erfreuliche hohe Beteiligungsquote ist.

Angaben über den Ältestenrat wurden unter **F.1d** erwartet. Die zwei angegebenen Ältestenräte haben 4-5 Mitglieder und bestehen aus Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats sowie dem Stellvertreter des Bürgermeisters. Dieser wird ca. 3-4 Mal jährlich oder nach Bedarf beteiligt.

5.2 Diskussion der Ergebnisse

Insgesamt zeigt das Erhebungsbild, dass in kleineren Gemeinden, wie bei den hier untersuchten, bürgerschaftliche Mitwirkungsinstrumente kaum eine Rolle spielen. Mehrfach wird das fehlende Interesse der Bürger bemängelt. Die bürgerschaftlichen Mitwirkungsinstrumente sind darauf ausgelegt, an einer konkreten Sachfrage mitzuwirken. Wünschenswert ist aber eine insgesamt höhere Beteiligung der Bürgerschaft an allen kommunalpolitischen Themen statt nur an denen, die sie persönlich stark betreffen. Besonders deutlich wird dies bei den Bürgerversammlungen, bei denen einige Gemeinden sogar ganz auf die gesetzlich vorgeschriebene Durchführung verzichten. Auch die Untersuchung der Instrumente Bürgerbegehren und -entscheide zeigt, dass es sehr wenige Bürger gibt, die diese nutzen. Werden diese genutzt, dann nur als Veto-Recht um

gegen bestehende Ratsbeschlüsse vorzugehen. In kleineren Gemeinden ist die Distanz zwischen Bürger und Gemeindeverwaltung geringer, sodass hier die Bürger mit ihren Anliegen direkt bei der Verwaltung oder sogar beim Bürgermeister vorsprechen können statt auf umständliche Art und Weise den Gemeinderat zu verpflichten, eine Angelegenheit zu behandeln (Bürgerantrag). Dabei hat man in kleinen Gemeinden gute Chancen, eine Entscheidung des Gremiums herbeizuführen. Dass die gesetzlichen Formvorschriften nicht überzogen sind, zeigt sich besonders daran, dass Bürgeranträge, -begehren und -entscheide nicht an den Formerfordernissen scheitern, sondern es schlicht an Interesse fehlt, diese zu nutzen.

6 Schlussbetrachtung

Mit der vorliegenden Arbeit wurde die Bedeutung bürgerschaftlicher Mitwirkungsformen aufgezeigt. Dabei wurde bewusst eine Umfrage mit einwohnerschwachen Gemeinden durchgeführt. Diese hat einerseits deutlich gemacht, dass die Bürger sehr wenig Interesse an der Kommunalpolitik haben und nur aktiv werden, wenn sie durch Entscheidung unmittelbar nachteilig betroffen werden. Andererseits wünschte keiner der Befragten eine tiefgründige Anpassung der rechtlichen Regelungen. Dies lässt sich damit erklären, dass in einer repräsentativen Demokratie die unmittelbaren Partizipationsformen nicht überhand nehmen sollen. Es wird nicht bestritten, dass direkt-demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten sinnvoll und zwingend nötig sind. Aber die wegweisenden Entscheidungen in einer Gemeinde sollten vorherrschend von den hierfür gewählten Organen ohne Einengung ausgeübt werden.

Durch mehrere Reformen der Gemeindeordnung wurde bereits das ursprüngliche Unterschriftenquorum von 25% auf nunmehr 10% und das ehemalige Beteiligungsquorum von 50% auf ein Zustimmungsquorum von 25% gesenkt. Die Vorgaben sind erfüllbar, insbesondere wenn die Angelegenheit auch wirklich die Mehrheit der Bürger betrifft. Eine weitere Absenkung ist meines Erachtens nicht nötig. Da mit den direkt-demokratischen Elementen die Möglichkeit eröffnet werden soll, die Mehrheitsmeinung der Bürgerschaft widerzuspiegeln, würden geringere Quoren nur den Minderheiten helfen um die vorherrschende Stimmung zu übertrumpfen.

Viel sinnvoller ist es, den Bürger häufiger einzubinden, was besonders in kleinen Gemeinden praktiziert wird. Statt großen Bürgerversammlungen werden kleinere Sitzungen der Ortschaftsräte durchgeführt. Statt umfangreichen Informationsveranstaltungen, zu denen zumeist nicht allzu viele Interessenten zu erwarten sind, werden die Einwohner durch ein

persönliches Anschreiben der Verwaltung unterrichtet. Es ist besser auf fortwährende bürgerschaftliche Mitwirkung zu setzen, in dem man zu „runden Tischen“, Vereinssitzungen oder Ehrungsabenden einlädt. Orts- oder Flurbegehungen können mit der Einwohnerschaft zusammen durchgeführt werden, sodass direkt vor Ort akute Probleme aufgegriffen werden können. Die gesetzlichen Regelungen bieten eine Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten, um die Bürger auch dann einzubinden, wenn ihnen die finale Entscheidung nicht übertragen ist.

Ebenso zeigt sich auch, dass durch offensive Informationspolitik gar kein Bedürfnis seitens der Bürgerschaft besteht, direktdemokratische Elemente zu nutzen. Deren Nutzung deutet in geringem Maße darauf hin, dass die Bürgerschaft nicht vollständig zufrieden ist mit ihren gewählten Vertretern. In diesem Sinne empfinde ich die oben erläuterten Umfrageergebnisse als positiv, denn sie lassen vermuten, dass die Mehrzahl der Einwohner voll und ganz hinter den Entscheidungen des Rates und der Verwaltung stehen. Und genau das ist auch wünschenswert in einer repräsentativen Demokratie.

Literaturverzeichnis

Ade, Klaus: Taschenbuch für Gemeinde- und Stadträte in Baden-Württemberg, 13. aktualisierte Auflage, Stuttgart, 2004

Bock, Irmtraud: Jugendgemeinderat und Kommunalverfassung, veröffentlicht in: BWGZ, 1995, S.699.

Bock, Irmtraud: Die kommunale Verfassung – ein Zusammenspiel von Gemeinderat und Bürgermeister, veröffentlicht in: BWGZ, 12/2009, S.459.

Bock, Irmtraud: Das Verfahren im Gemeinderat – die Gemeinderats-sitzung, veröffentlicht in: BWGZ, 12/2009, S. 464.

Billigheimer Bote: Erklärung zur Rücknahme des Bürgerbegehrens am 15.10.2010, online abgerufen am 10.09.2012 unter:
<http://billigheimer-bürger-bote.de/?p=373>

Dols, Heinz / Plate, Klaus / Schulze, Charlotte: Kommunalrecht Baden-Württemberg, 7. Auflage, Stuttgart, 2012

Duller, Christine: Einführung in die Statistik mit EXCEL und SPSS. Ein anwendungsorientiertes Lehr- und Arbeitsbuch, 2. überarb. Auflage, Heidelberg, 2007

Geitmann, Roland: Merkblatt: Die Durchführung von Bürgerbegehren und -entscheiden in Baden-Württemberg, Mehr Demokratie e.V., April 2011, Anlage 8, online abgerufen am 10.09.2012 unter:
http://www.mehr-demokratie.de/index.php?elD=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/LV_Baden-Wue/merkblatt_bw.pdf&t=1347361966&hash=081c963946ebcef9f7165ae45fd898cee4b6d079

Katz, Alfred: 50 Jahre Gemeindeordnung Baden-Württemberg, veröffentlicht in: BWGZ, 22/2006, S. 866.

Köppler, Rudolf: Die erfolgreiche Bürgerversammlung: Recht und Praxis einer demokratischen Chance, Stuttgart, 1992

Kromrey, Helmut: Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung, 12. überarb. und ergänzte Auflage, Stuttgart, 2009

Kunze, Richard / Bronner, Otto / Katz, Alfred: Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, 4. Auflage, Loseblattwerk, Stuttgart, Stand: 17. Lieferung, März 2011

Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis: Bevölkerungsdichte, Statistik, Anlage 6, online abgerufen am 03.09.2012 unter:
http://www.neckar-odenwald-kreis.de/nok_media/landratsamt/verwaltung/Zentralstelle/Statistik/Bevoelkerung_Statistik/2_1_1_Bevloelkerung+_Fl!aeche_und_Bev!oelkerungsdichte-p-1785.pdf

Mayer, Horst Otto: Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung, 5. überarb. Auflage, München, 2009

Metzger, Paul / Sixt, Werner: Die Ortschaftsverfassung in Baden-Württemberg: Leitfaden für Ortschaftsräte und Ortsvorsteher, 6. aktualisierte Auflage, Stuttgart, 2009

Paust, Andreas: Arbeitshilfe Bürgerbegehren und Bürgerentscheid: Ein Praxisleitfaden, 2. überarb. Auflage, Bonn, 2005, auch online abrufbar unter: http://buergerbegehren.de/__oneclick_uploads/2011/06/arbeitshilfe.pdf

Püttner, Günter: Kommunalrecht Baden-Württemberg, 2. neubearb. Auflage, Stuttgart, 1999

Reidinger, Fabian: Bürgerentscheidsbericht Baden-Württemberg 1995-2010: Direkte Demokratie in Städten und Gemeinden und die Reform der Gemeindeordnung im Jahr 2005, Mehr Demokratie e.V., August 2010, Anlage 7, online abgerufen am 10.09.2012 unter: http://www.mitentscheiden.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/pdfarchiv/LV_Baden-Wue/DDBerichtBW2010.pdf&t=1347361495&hash=40dffc0c07db4d453592773aedcfc7d8643b5876

Seeger, Richard / Füsslin, Ernst / Vogel, Dieter: Entscheidungssammlung zum Kommunalrecht Baden-Württemberg (EKBW), Loseblattwerk, Stuttgart, Stand: 33. Lieferung, Januar 2011

Sixt, Werner / Notheis, Klaus u.a.: Der Gemeinderat in Baden-Württemberg, Stuttgart, 2009

Vogelgesang, Klaus / Lübking, Uwe / Ulbrich, Ina-Maria: Kommunale Selbstverwaltung: Rechtsgrundlagen – Organisation – Aufgaben – Neue Steuerungsmodelle, 3. überarb. Auflage, Berlin, 2005

Waibel, Gerhard: Gemeindeverfassungsrecht Baden-Württemberg, 5. überarb. Auflage, Stuttgart, 2007

Erklärung:

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmitteln angefertigt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

.....

Ort, Datum

.....

Vor- und Zuname

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: persönliches Anschreiben zum Fragebogen	56
Anlage 2: Unterstützungsschreiben Herr Schweigert	57
Anlage 3: selbst entworfener Fragebogen.....	58
Anlage 4: tabellarische Auswertung aller Fragebögen	64
Anlage 5: sämtliche rückläufigen Fragebögen.....	71
Anlage 6: Bevölkerungsdichte Neckar-Odenwald-Kreis	166
Anlage 7: Bürgerentscheidsbericht BW 1995-2010.....	167
Anlage 8: Merkblatt: Durchführung von Bürgerbegehren und -entscheiden	200

Anlage 1: persönliches Anschreiben zum Fragebogen

An die Bürgermeisterämter
des Neckar-Odenwald-Kreises

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

mein Name ist Kathrin Majgier, ich bin Studentin an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg.

Im Rahmen meiner Bachelorarbeit zum Thema

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

führe ich eine repräsentative Befragung aller Kommunen im Neckar-Odenwald-Kreis durch.

Ziel meiner Befragung ist es, eine Analyse des Landkreises durchzuführen, wie wichtig die gesetzlichen Mitwirkungsformen im ländlichen Raum sind und vor allem wie häufig diese genutzt werden. Vielfach kann beobachtet werden, dass gerade in kleinen Gemeinden kaum von diesen Mitwirkungsformen Gebrauch gemacht wird. Durch meine Umfrage möchte ich mögliche Lösungsansätze entwickeln, die gerade für kleine Gemeinden attraktiv sein könnten.

Ihre Mithilfe ist gefordert. Ich bitte Sie, den beigelegten Fragebogen auszufüllen. Von besonderer Bedeutung für mich ist dabei auch Ihre persönliche Beurteilung.

Ich versichere Ihnen, dass ich sämtliche Daten streng vertraulich behandle und Einzelinhalte der Umfrage nur anonym in meiner Bachelorarbeit veröffentlicht werden.

Bitte senden Sie den Fragebogen bis zum **06. August 2012** an unten stehende Adresse zurück. Alternativ kann der ausgefüllte Fragebogen selbstverständlich auch eingescannt und per E-Mail zurückgesandt werden.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!



Kathrin Majgier

Hoheneckenstr. 40 B, 67065 Ludwigshafen am Rhein, kathrin.majgier@web.de, Tel.: 0162/91 24 84 7
Bitte zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren, falls Sie Fragen haben oder eine längere Bearbeitungszeit wünschen.

Anlage 2: Unterstützungsschreiben Herr Schweigert



Bachelorarbeit "Kathrin Majgier"

Von: "Schweigert, Otto" <Otto.Schweigert@neckar-odenwald-kreis.de>
An: "klaus.gramlich@adelsheim.de" <klaus.gramlich@adelsheim.de>, "erich.dambach@aglastershausen.de" <erich.dambach@aglastershausen.de>, "berberich@billigheim.de" <berberich@billigheim.de>, "peter.keller@binau.de" <peter.keller@binau.de>, "roland.burger@buchen.de" <roland.burger@buchen.de>, "marco.eckl@elztal.de" <marco.eckl@elztal.de>, "wittmann@fahrenbach.de" <wittmann@fahrenbach.de>, "herbert.fouquet@hardheim.de" <herbert.fouquet@hardheim.de>, "marcus.dietrich@hassmersheim.de" <marcus.dietrich@hassmersheim.de>, "ehrenfried.scheuermann@hoeppingen.de" <ehrenfried.scheuermann@hoeppingen.de>, "walter.neff@hueffenhardt.de" <walter.neff@hueffenhardt.de>, "bruno.stipp@limbach.de" <bruno.stipp@limbach.de>, "norbert.rippberger@mudau.de" <norbert.rippberger@mudau.de>, "norman.link@neckargerach.de" <norman.link@neckargerach.de>, "buergemeister@neckarzimmern.de" <buergemeister@neckarzimmern.de>, "wolfgang.schirk@neunkirche-baden.de" <wolfgang.schirk@neunkirche-baden.de>, "roland.lauer@obrigheim.de" <roland.lauer@obrigheim.de>, "juergen.galm@osterburken.de" <juergen.galm@osterburken.de>, "hans-peter.vonthenen@ravenstein.de" <hans-peter.vonthenen@ravenstein.de>, "gerhard.baar@rosenberg-baden.de" <gerhard.baar@rosenberg-baden.de>, "rainer.houck@schefflenz.de" <rainer.houck@schefflenz.de>, "theo.haaf@schwarzach-online.de" <theo.haaf@schwarzach-online.de>, "ludwig.seckach.de" <ludwig@seckach.de>, "klaus.schoelch@waldbrunn-odenwald.de" <klaus.schoelch@waldbrunn-odenwald.de>, "markus.guenther@wallduern.de" <markus.guenther@wallduern.de>, "info@gemeinde-zwingenberg.de" <info@gemeinde-zwingenberg.de>
CC: "kathrin.majgier@web.de" <kathrin.majgier@web.de>
Datum: 17.07.2012 08:08:45

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
 sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Kathrin Majgier absolviert derzeit das Studium zum gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg. Während ihrer praktischen Ausbildung im Studienjahr 2011/2012 verbrachte sie einige Monate beim Fachdienst „Kommunales“ im Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis. Im Rahmen ihres Studiums schreibt sie eine Bachelorarbeit zum Thema

„Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen“.

Sie führt dazu eine Erhebung in den Kommunen des Neckar-Odenwald-Kreises durch und hat Ihnen deshalb hierzu einen Fragebogen zugesandt.

Ich bitte Sie, Frau Majgier bei ihrer Bachelorarbeit zu unterstützen. Sie bedankt sich im Voraus für Ihr Interesse und Ihre Beteiligung.

Mit freundlichen Grüßen

Otto Schweigert

Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis
 FB 1 - Kommunales
 Verwaltungsgebäude 2, 1. OG, Zimmer 112
 Renzstraße 7, 74821 Mosbach
 Tel.: 06261/84-1151 und 06281/5212-1151
 Fax: 06261/84-4712 und 06281/5212-4712
<mailto:otto.schweigert@neckar-odenwald-kreis.de>
www.neckar-odenwald-kreis.de

Anlage 3: selbst entworfener Fragebogen

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|---|----------------------------------|--------------------------------------|------------------------------------|-----------------------------------|------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt?

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

.....
.....
.....
.....

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerversammlung**“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

.....
Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....
.....
.....
.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerantrag**“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung

☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt

☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich

☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

.....
Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....
.....
.....
.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:
Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?
Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

.....
.....
.....
.....
.....
.....

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden
Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....
.....
.....
.....
.....
.....

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☐ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☐ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Anlage 4: tabellarische Auswertung aller Fragebögen

Abschnitt I.1: Angabe der Gemeindegröße

	unter 3000	3000-5000	über 5000	Gesamt
Anzahl der Gemeinden	6	5	5	16

Abschnitt A 1. Art und Nutzung der Unterrichtsform (6 Gemeinden unter 3000 EW)

Nutzung	täglich	wöchentlich	monatlich	seltener	nie	bei Bedarf	mehrmals pro Woche	keine Angabe
Amtsblatt		6						
Tagespresse		2	1			2		1
Veranstaltung				2	1	1		2
Internet-Auftritt	1	4				1		
Facebook					5			1
Twitter					5			1

Abschnitt A 1. Art und Nutzung der Unterrichtsform (5 Gemeinden zwischen 3000 bis 5000 EW)

Nutzung	täglich	wöchentlich	monatlich	seltener	nie	bei Bedarf	mehrmals pro Woche	keine Angabe
Amtsblatt		4						1
Tagespresse	1	1		2			1	
Veranstaltung			1	3		1		
Internet-Auftritt	1	3				1		
Facebook					3			2
Twitter					3			2

Abschnitt A 1. Art und Nutzung der Unterrichtsform (5 Gemeinden über 5000 EW)

Nutzung	täglich	wöchentlich	monatlich	seltener	nie	bei Bedarf	mehrmals pro Woche	keine Angabe
Amtsblatt		2			2			1
Tagespresse	3		2					
Veranstaltung			2	1		1		1
Internet-Auftritt	4	1						
Facebook	3	1			1			1
Twitter					3			2
Wochenblätter		1						

Abschnitt A 2. Beurteilung der Unterrichtspflicht

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
ausreichend und sinnvoll	X			X					X		X	X					5	31,25%
unnötig		X															1	6%
wichtig			X		X			X		X			X				5	31%
selbstverständlich						X	X							X		X	4	25%
keine Angabe														X			1	6%

Abschnitt B 1. Anzahl durchgeführter Bürgerversammlungen

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Durchschnitt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Anzahl	0,5	1	1	1	2	0	0	1	1	0,5	0,5	1	0,5	2	0	1	0,8125

Abschnitt B 2. Anträge für eine Bürgerversammlung

	unter 3000 EW	3000-5000 EW	über 5000 EW	Gesamt
Anzahl Anträge	0	0	0	0

Abschnitt B 3. räumlich getrennte Bürgerversammlungen

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Ja, nach Ortsteilen							X	X	X		X	X	X			X	7	44%
Nein	X	X	X	X	X					X				X			7	44%
abhängig vom Thema																	0	0%
keine Angabe						X									X		2	13%

Abschnitt B 4. Verhinderung von Störungen durch Ortsfremde

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Duldung		X															1	6%
Teilnahmebeschränkung												X					1	6%
Hausverbot					X												1	6%
kein Problem bekannt	X		X	X		X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	13	81%

Abschnitt B 5. Behandlung von Vorschlägen in Bürgerversammlungen

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
1-2 Wochen					X						X		X				3	19%
1-6 Wochen	X							X									2	13%
3-6 Wochen			X	X					X			X		X		X	6	38%
6-12 Wochen																	0	0%
mehr als 12 Wochen																	0	0%
keine Angabe, da keine Bürgerversammlungen		X				X	X			X					X		5	31%

Abschnitt B 6. Information über Bürgerversammlungen

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Amtsblatt			X	X			X		X		X		X	X			7	27%
Tagespresse											X	X		X		X	4	15%
Veranstaltung				X													1	4%
Internet-Auftritt				X					X		X			X			4	15%
Facebook												X					1	4%
Twitter																	0	0%
persönlich / Anschreiben	X							X					X				3	12%
Gemeinderatssitzung								X				X					2	8%
keine Angabe		X				X	X								X		4	15%

Abschnitt B 7. Beurteilung von Bürgerversammlungen

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Pflichtaufgabe, aber auch Chance			X	X													2	13%
Möglichkeit, Bürger zu überzeugen	X				X			X			X					X	5	31%
wichtiges, aber selten genutztes Instrument																	0	0%
wichtig, aber Bürger sind kaum interessiert							X					X	X				3	19%
nicht nötig		X												X			2	13%
ungeeignet wegen Gemeindegröße									X						X		2	13%
keine Angabe, da keine Bürgerversammlungen						X				X							2	13%

Abschnitt C 1. Anzahl eingereicherter Bürgeranträge

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Anzahl	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1

Abschnitt C 2. Thema des Bürgerantrags (FB 16)

Wiedereinführung der unechten Teilortswahl

Abschnitt C 3. Bei Zulässigkeit: Entscheidung im Sinne des Antrags?

Ja

Abschnitt C 5. Beurteilung von Bürgeranträgen

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Quoren angemessen, Frist erhöhen														X	X		2	13%
2-Wochen-Frist angemessen		X															1	6%
Wunsch, Quoren zu verringern/erhöhen																	0	0%
Regelungen belassen, da angemessen	X		X	X	X						X	X				X	7	44%
in Praxis nicht relevantes Instrument						X											1	6%
keine Angabe							X	X	X	X			X				5	31%

Abschnitt D 1. Anzahl eingereicherter Bürgerbegehren

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Anzahl	0	0	0	1		0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	4
zulässig				1									1			1	3
unzulässig													1				1

Abschnitt D 2. Themen eingereicherter Bürgerbegehren

FB 4	1	Neubau eines Kindergartens
FB 13	2	Soll im Ortsteil Billigheim ein Dorfgemeinschaftshaus erstellt werden? (2003)
FB 13	3	Soll in Billigheim unser Schulstandort als eigenständiger Hauptschulstandort erhalten bleiben? (2010)
FB 16	4	Wiedereinführung der durch Gemeinderatsbeschluss abgeschafften unechten Teilortswahl

Abschnitt D 3. Bei Zulässigkeit: Wie wurde abgeholten?

FB 4	1	durch Bürgerentscheid
FB 13	2	durch Bürgerentscheid
FB 16	4	durch Bürgerentscheid

Abschnitt D 4. Bei Unzulässigkeit: Angabe des Grundes

FB 13	3	betreffende Verträge waren bereits umgesetzt
-------	---	--

Abschnitt D 5. Beurteilung von Bürgerbegehren

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Quoren angemessen, Frist erhöhen																	0	0%
2-Wochen-Frist angemessen																	0	0%
Wunsch, Quoren zu verringern/erhöhen																	0	0%
Regelungen belassen, da angemessen	X	X	X	X	X	X						X	X	X	X	X	11	69%
in Praxis nicht relevantes Instrument								X									1	6%
keine Angabe							X		X	X	X						4	25%

Abschnitt E 1. Anzahl durchgeführter Bürgerentscheide

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Anzahl	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	4
erfolgreich				1									1				2
gescheitert				1													1

Abschnitt E 2. Themen durchgeführter Bürgerentscheide

FB 4	1	Neubau eines Kindergartens
FB 4	2	Neubau eines Kindergartens
FB 13	3	Soll im Ortsteil Billigheim ein Dorfgemeinschaftshaus erstellt werden?

Abschnitt E 3. Wie kam es zum Bürgerentscheid

	1	durch Bürgerbegehren
	2	durch GR-Beschluss
	3	durch Bürgerbegehren

Abschnitt E 4. Beurteilung von Bürgerentscheiden

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt	Prozent
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
erforderliche Stimmenmehrheit angemessen	X		X			X		X	X			X	X		X	X	9	56%
Instrument wichtig, Regelungen angemessen		X		X							X			X			4	25%
Quoren und Fristenregelung belassen					X												1	6%
keine Angabe							X			X							2	13%

Abschnitt E 5. Beurteilung von Bürgerentscheiden - Wegfall des Positivkatalogs

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW					Gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Wunsch, Negativkatalog zu erweitern			X										X				2
keine Änderung des Negativkatalogs	X	X		X	X				X		X	X			X	X	9
Wegfall des Positivkatalogs sinnvoll				X		X						X					3
Wegfall des Positivkatalogs unnötig			X											X	X	X	4
keine Angabe							X	X		X							3

Abschnitt F 1. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW						Gesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16		
Hinzuziehung sachkundiger Einwohner	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X		X	X	X		13	
Hinzuziehung von Sachverständigen	X	X	X	X	X			X	X	X	X	X	X	X	X		13	
beratende Ausschüsse			X		X			X		X	X	X	X		X		8	
beschließende Ausschüsse			X			X			X		X	X	X	X	X	X	9	
Jugendgemeinderat															X		1	
Ältestenrat															X	X	2	
"Rentnerinitiative"/ Stadtseniorenrat		X													X		2	
Runde Tische mit Jugendlichen/Senioren							X										1	
Gesamtforum der Vereine								X									1	
Treffen mit informellen Gruppen													X				1	

Abschnitt F 1a. sonstige Formen: beratende Ausschüsse

	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Größe			7		6			6-8		4	15	5	4-7			
Anzahl			2		2			1		2	1	1	3			
Häufigkeit der Beteiligung / Jahr			1-2					2		2	2	2	12			
keine vorhanden/ keine Angabe	X	X		X		X	X		X					X	X	X

Abschnitt F 1b sonstige Formen: beschließende Ausschüsse

sonstige Formen: beschreibende Ausschnitte																
	unter 3000 EW						zw. 3000 und 5000 EW					über 5000 EW				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Größe			7			4			8		6	12	2-7	10-11	13	12
Anzahl			2			1			1		3	3	6	2	4	5
Häufigkeit der Beteiligung / Jahr			1-2			Bedarf			2		2-4	1-4	1-12	12+	2-6	12
keine vorhanden	X	X		X	X		X	X		X						

Abschnitt F 1c sonstige Formen: Jugendgemeinderat

	über 5000 EW				
	12	13	14	15	16
Größe				13	
Zusammensetzung				Jugendliche zw. 14-20 Jahre	
Häufigkeit der Beteiligung / Jahr				6-10	
keine vorhanden	X	X	X		X

Abschnitt F 1d sonstige Formen: Ältestenrat

	über 5000 EW				
	12	13	14	15	16
Größe				4	5
Zusammensetzung				Fraktionsvor- sitzende des GR	Fraktionsvor- sitzende und BM Stellvertreter
Häufigkeit der Beteiligung / Jahr				3-4	
keine vorhanden	X	X	X		

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☒ 0 ~~war~~ ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt?

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☒ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

Bisher kein Fall bekannt

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☒ 1-2 Wochen ~~war~~ ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☒ Sonstiges: Ausschreiben

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Chance

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?Thema:..... ☐ ja ☐ neinThema:..... ☐ ja ☐ neinThema:..... ☐ ja ☐ nein4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

- Ja

- Nein

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

- Ja

.....

- Nein

.....

.....

.....

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

- Ja

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Nein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner
 ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse
 ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat
 ☐ d) Ältestenrat
 ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?.....

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☒ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|----------------------------------|---|------------------------------------|-----------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

total überzogen. Die Einwohner haben i.d.R. sehr wenig Interesse an Kommunalpolitik, sofern es sie nicht persönlich betrifft.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? keine

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☒ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

Ich verhindere sie nicht!

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Wir verbinden unsere Bürgerversammlung i.d.R. mit einem Gärtners-
abend der Blütspende, Sportler, Gemeinderäte. Dazu werden
die musischen Vereine eingeladen. Ansonsten stünde ich alleine
in der Sporthalle.

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

- Keiner -

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

3. Wenn
- zulässig**
- : Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema: ☐ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ nein

4. Wenn
- unzulässig**
- : Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Ich würde die Frist als ausreichend ansehen.

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

- keine -

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholten?Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

- Keine Änderungswünsche

.....

.....

.....

.....

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

... Fehlaussage ...

Davon erfolgreich:

Davon gescheitert:

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema: ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

Das Instrument des Bürgerentscheids sehe ich für „richtungsweisende“ Entscheidungen als gut an, obgleich eine umfassende und tiefgreifende Informationspolitik Voraussetzung wäre. Bürgerentscheid kann nicht zur Regel werden, sonst finden sich keine Gemeinderatskandidaten mehr.

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Mit dem Negativkatalog kann ich leben. Hat in unserer Größenordnung praktisch keine Bedeutung (1390 Einwohner).

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☒ Sonstige: „Rentnerinitiative“

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Anzahl:
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Anzahl:
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

Viel Erfolg und alles Gute
Tobias Müller

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

3

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☒ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|---|----------------------------------|---|------------------------------------|--|--|
| <input type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie (noch) |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

- Unterrichtung der Einwohner ist wichtig.
- Form der Unterrichtung sollte nicht vorgeschrieben werden.
- In kleinen Gemeinden erfolgt die Unterrichtung „automatisch“ über Mund-zu-Mund-Kommunikation.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

- ☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? *1*

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

- ☐ ja, nach Ortsteilen ☒ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

bisher kein Problem

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

- ☐ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

- ☒ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerversammlung**“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Pflichtaufgabe und Chance zugleich

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Bisher gab es keine Bürgeranträge.

Quoren sind ausreichend und m.E. nicht zu erhöhen.

.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?
Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

- ☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung
- ☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt
- ☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich
- ☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

26, 65

.....

.....

.....

.....

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

sh. CS, Stimmenmehrheit ist angemessen.

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

- Negativkatalog könnte erweitert werden

- Positivkatalog war m.E. gut

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☒ a) beratende Ausschüsse ☒ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe: 7 Gemeinderäte
☐ Anzahl: 2
☐ wie häufig werden sie beteiligt? 1-2 / Jahr

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe: 7 Gemeinderäte
☐ Anzahl: 2
☐ wie häufig werden sie beteiligt? 1-2 / Jahr

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

 1. Gemeindegröße ☒ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

<input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt	<input type="checkbox"/> täglich	<input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input type="checkbox"/> seltener	<input type="checkbox"/> nie
<input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse	<input type="checkbox"/> täglich	<input type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input checked="" type="checkbox"/> seltener	<input type="checkbox"/> nie
<input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung	<input type="checkbox"/> täglich	<input type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input checked="" type="checkbox"/> seltener	<input type="checkbox"/> nie
<input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt	<input type="checkbox"/> täglich	<input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input type="checkbox"/> seltener	<input type="checkbox"/> nie
<input type="checkbox"/> Facebook	<input type="checkbox"/> täglich	<input type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input type="checkbox"/> seltener	<input checked="" type="checkbox"/> nie
<input type="checkbox"/> Twitter	<input type="checkbox"/> täglich	<input type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input type="checkbox"/> seltener	<input checked="" type="checkbox"/> nie
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> täglich	<input type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input type="checkbox"/> seltener	<input type="checkbox"/> nie
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> täglich	<input type="checkbox"/> wöchentlich	<input type="checkbox"/> monatlich	<input type="checkbox"/> seltener	<input type="checkbox"/> nie

+ je nach Bedarf oder Anlass.

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

*wichtig, auch um die Bürger frühzeitig
involviert zu können*

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

- ☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? 0

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

- ☐ ja, nach Ortsteilen ☒ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

*Bisher noch nicht notwendig gewesen, da nur bei
Kreuz und Kreiswahl mit der Folge eines
Platzverlustes bzw. Kreisverbot*

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

- ☐ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

- ☒ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☒ Veranstaltung ☒ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

*Beides, sowohl als Pflichtaufgabe, aber auch
als Chance / Möglichkeit zu überzeugen.*

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema: ☐ ja ☐ nein

Thema: ☐ ja ☐ nein

Thema: ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

1. Bürgerantrag ist in der GemO geregelt u. damit ein zulässiges Instrument, wenn eine gewisse Anzahl von Bürgern zu einem bestimmten Thema plant oder vorschlägt. Daher wichtig für demokratische Spielregeln.
2. Die erforderlichen Quoren u. die 2-Wochen-Frist wird als angemessen betrachtet. Weder verringern noch erhöhen kann belassen werden.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

..... - 1 -

Davon zulässig: - 1 -

Davon unzulässig: 0 -

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

..... *Nachbau eines Kindergartens*

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?Thema: *Nachbau Kindergarten* ☒ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

I. *Wichtig für die demokratischen Spielregeln*.....*Zusammenbau in einer Kommune*.....II. *Die erforderlichen Quoren u. die 6-Wochen-Frist*.....*wird als angemessen gesehen*.....*Ebenso wird keine Verringerung / oder Erhöhung als*.....*notwendig erachtet*.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

..... - 2 -
 Davon erfolgreich:..... - 1 -
 Davon gescheitert:..... - 1 -

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

..... *Neubau Kindergarten*

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema: *Neubau Kindergarten* ☒ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema: *.....* ☐ Bürgerbegehren ☒ GR-BeschlussThema: *.....* ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

I. *Wichtig für demokratische Umgangsformen.*
 II. *Die erforderliche Stimmenmehrheit sehe ich als angemessen an.*

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

I. *Positiv*
 V. *Leben verringern nach unten. Belassen!*

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner
 ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse
 ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat
 ☐ d) Ältestenrat
 ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?.....

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?.....

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☒ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|---|---|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input checked="" type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☐ 1 ☒ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? keine

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☒ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

Tagesordnung und deren ordnungsgemäße Einhaltung

... (Grundlage GemO) ...

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☒ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerversammlung**“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Gute Chance Bürger in Entscheidungsprozesse einzubinden

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

keine.....

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerantrag**“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Regelungen ausreichend.....

.....

.....

.....

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

keine.....

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

Regelungen ausreichend.....

.....

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Negativkatalog belassen.....

.....

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☒ a) beratende Ausschüsse ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: ... 6 Mitglieder
☒ Anzahl: ... 2 .. (technischer Ausschuss und Verwaltungsausschuss)
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Anzahl:
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

**Bürgermeisteramt
74749 Rosenberg / Bbl.**

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☒ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|----------------------------------|---|------------------------------------|-----------------------------------|------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

Durch unser Mit. Blatt, das wöchentlich erscheint
ist die Bevölkerung gut unterrichtet

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☒ 0 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? 0

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

.....
.....
.....
.....

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Wurde bislang, seit der Gemeinde reform (1971),
nicht praktiziert.

.....
.....
.....
.....
.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

..... 0

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?Thema: ☐ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ nein4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

hat in der Praxis bei uns keine Relevanz

.....

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

.....

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Sinnvolles Element, sollte so beibehalten werden.

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

..... 0

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

ja

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden

Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Der Wegfall wird begrüßt, da weniger
 Restriktionen.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☐ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☐ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?.....

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 4 Mitglieder des Gemeinderats
☒ Anzahl: 1 Ausschluss (Bauausschuss)
☒ wie häufig werden sie beteiligt? Nach Bedarf

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☒ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|----------------------------------|---|------------------------------------|--|---|
| <input type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

Es ist für den Bürgermeister und Verwaltung eine selbstverständlichkeit, die Einwohner über kommunale Verfahren und wichtige Gemeindeangelegenheiten zu informieren.

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)
- ☐ 0 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5
2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? -/-
3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?
- ☐ ja, nach Ortsteilen ☐ nein
sowohl als auch; abhängig vom jeweiligen "Hauptthema"
4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeeinwohner)
- /-
5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?
- ☐ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen
6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?
- ☒ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
- ☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....
7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerversammlung**“?
Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?
- Wichtiges Instrument, um die Bürgerinnen u. Bürger über wichtige Gemeindeangelegenheiten zu informieren und zu diskutieren.
Die Erfahrung zeigt jedoch, dass viele Bürgerinnen und Bürger eher das direkte Gespräch mit dem Bürgermeister oder der Verwaltung suchen, da eine gewisse Hemmschwelle besteht, sich vor vielen Menschen zu Wort zu melden.

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

.../-

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

-/-

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung

☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt

☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich

☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerbegehren**“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

-/-

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

.....

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden

Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☐ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☒ Sonstige: *"Runde Tische" mit Jugendlichen; Senioren*

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Anzahl:
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Anzahl:
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☒ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|---|--------------------------------------|------------------------------------|--|---|
| <input type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

ist notwendig, um Akzeptanz für Entscheidungen zu schaffen

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? keine

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☒ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeeinwohner)

gar nicht, durch konsequente Versammlungsleitung
ist das nie ein Problem gewesen

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☒ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☒ Sonstiges: persönliches Schreiben
Info in öffentl. GR-Sitzung

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Bei wichtigen Fragen kann ein starker Rückhalt in
der Bevölkerung nur durch Überzeugungsarbeit im
einer öffentlichen Informationsveranstaltung erreicht
werden.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

keine

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?Thema: ☐ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ nein4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich☐ 2-Wochen-Frist überschritten5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerantrag**“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

keine

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

3. Wenn
- zulässig**
- : Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn
- unzulässig**
- : Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

- ☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung
- ☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt
- ☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich
- ☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

keine Erfahrungen bei offensiver Information

über kommunale Vorhaben, spielt also keine Rolle

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

keine

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

ja, müsste praktikabel sein

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

keine Meinung

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☒ a) beratende Ausschüsse ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige: *Gesamtforum der Vereine*

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe: *6-8 Mitglieder*
☐ Anzahl: *1*
☐ wie häufig werden sie beteiligt? *2x Jahr*

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe: */*
☐ Anzahl: */*
☐ wie häufig werden sie beteiligt? */*

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe: */*
☐ Zusammensetzung: */*
☐ wie häufig wird er beteiligt? */*

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe: */*
☐ Zusammensetzung: */*
☐ wie häufig wird er beteiligt? */*

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☒ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|----------------------------------|---|---|-----------------------------------|------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input checked="" type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

Information ist nicht und nicht. Nur, wer gut informiert ist, trifft gute Entscheidungen bzw. kann diese akzeptieren

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt?

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☒ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

Bislang keine Probleme
.....
.....
.....

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☒ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☒ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerversammlung**“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Durch die Öffentlichkeitsform... in allen 7 Ortsteilen... nutzen wir
die positiven Aspekte von Bürgerversammlungen
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

..... *Keine*

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerantrag**“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

keine

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung

☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt

☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich

☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

Keine

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

.....

.....

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

Ja

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Nein

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner
 ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse
 ☒ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat
 ☐ d) Ältestenrat
 ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?.....

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: *8 Mitglieder*
☒ Anzahl: *Bauausschuss*
☒ wie häufig werden sie beteiligt? *2 x pro Jahr*

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b
67065 Ludwigshafen am Rhein

*alles gute u.
hoff. fröhliche
Bis*

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☒ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|---|----------------------------------|---|------------------------------------|--|------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

*Im Hinblick auf allgemein bedeutsame Angelegenheiten
nach wie vor wichtig,
leider fehlt, aufgrund des heutigen Informationsflut,
häufig der Blick für's Wesentliche.*

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)
- ☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? 0

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☒ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

0

.....

.....

.....

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt

☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerversammlung**“?
Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

.....

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung

☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt

☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich

☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

.....

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden

Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☒ a) beratende Ausschüsse ☐ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 4 Pers.
☒ Anzahl: 2
☒ wie häufig werden sie beteiligt? ca. 2x jährlich

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☒ 3000-5000 ☐ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|----------------------------------|---|------------------------------------|-----------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie <small>regelmäßig (3-4 mal/Woch)</small> |
| <input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie <small>bei Bedarf</small> |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie <small>bei Bedarf</small> |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

Die Unterrichtung der Einwohner ist ^{ein} sinnvolles Instrument zur demokratischen Meinungsbildung in der Bevölkerung und Grundlage für demokratische Entscheidungen.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☒ 0 bis ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5 je nach Bedarf

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den
vergangenen **10 Jahren** gestellt? ^{keine}

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☒ ja, nach Ortsteilen wenn es nur den Orts- ☐ nein ansonsten für die Gesamtgemeinde
teil betrifft.

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)
bisher kein Problem
.....
.....
.....
.....

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☒ Amtsblatt ☒ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☒ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „**Bürgerversammlung**“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Als wichtiges Instrument zur Bürgerbeteiligung bei der Entscheidungsfindung, insbesondere bei

„unstrittenen Themen“

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

..... keine

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema: ☐ ja ☐ nein

Thema: ☐ ja ☐ nein

Thema: ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

..... Ein demokratisches Recht der Bürger, ihre, für sie bedeutenden Angelegenheiten, dem Gemeinderat zu Gehör zu bringen.

..... Die erforderlichen Quoren und die 2-Wochenfrist sind angemessen.

.....

.....

.....

.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

.....keine.....

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung

☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt

☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich

☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

keine.....

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

Hat in bestimmten Angelegenheiten seine Berechtigung.

Die erforderliche Stimmenmehrheit ist angemessen.

.....

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Kein Änderungsbedarf

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner
 ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☒ a) beratende Ausschüsse
 - werden bei Bedarf gebildet
 ☒ b) beschließende Ausschüsse des Gemeinderats
☐ c) Jugendgemeinderat
 ☐ d) Ältestenrat
 ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....15 stimmberechtigte Mitglieder.....
☐ Anzahl:.....1.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?.....2 x jährlich.....

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....6 Mitglieder.....
☐ Anzahl:.....3.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?2 bis 4 x jährlich.....

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☒ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- ☐ **Amtsblatt** ☐ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☒ nie
- ☒ **Tagespresse** ☒ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☐ nie
- ☒ **Veranstaltung*** ☐ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☐ nie
- ☒ **Internet-Auftritt** ☒ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☐ nie
- ☒ **Facebook** ☒ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☐ nie
- ☐ **Twitter** ☐ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☒ nie
- ☐ ☐ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☐ nie
- ☐ ☐ täglich ☐ wöchentlich ☐ monatlich ☐ seltener ☐ nie

* je nach Bedarf in sämtlichen Themenfeldern (§ 20 Abs. 2 GemO)

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

*Sie ist sinnvoll formuliert und gibt der Kommune
den nötigen Spielraum*

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten? *einmal in der Stadtteile*
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? *1*

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☒ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde? (beispielsweise ehemalige Gemeindeeinwohner)

Durch Beschränkung der Teilnehmer auf Einwohner

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☒ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☒ Facebook ☐ Twitter ☒ Sonstiges: *62-Sitzung*

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

*In vielen Kommunen finden wenige Bürger-
versammlungen statt, als nach dem Wahlrecht
des Gesetzgebers in d. P. einmal im Jahr vorgesehen.
Wenn diese angestrichen werden, handelt es
sich um eine Chance, die Bürger zu überzeugen
und ihre Meinung zu hören.*

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

..... 12

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?Thema:..... ☐ ja ☐ neinThema:..... ☐ ja ☐ neinThema:..... ☐ ja ☐ nein4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Die Regeln sind angemessen. Ich würde
nichts ändern.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

..... 12

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?Thema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

..... siehe C.S. dilo!

.....

.....

.....

.....

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

..... 4
 Davon erfolgreich:.....
 Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

.....
Ja. Das Quorum ist angemessen. Bürgerentscheide, die ein Bürgerbegehren betreffen, dürfen nicht beanstandet werden. Je größer das Quorum, umso leichter lassen sich Mehrheiten zusammenbringen. Das Instrument muss die Ausnahme bleiben, weil viele Entscheidungen zu Hause für Ja-Nein-Fragen sind.

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....
Falls der Positivkatalog wegfällt, Wegfall hat sich bewährt.
Der Negativkatalog ist völlig gestrichelt und braucht nicht verändert werden.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☐ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse ☒ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 5 Mitglieder aus 62 i. Vorkater der Aktivgemeinschaft
☒ Anzahl: 1
☐ wie häufig werden sie beteiligt? 2 + jährlich

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: Finanzen: 12 Mitgl., Technik- u. Umwelt: 13 Mitgl., Verw., Kultur u. Soziales: 12 Mitgl.
☒ Anzahl: 3
☒ wie häufig werden sie beteiligt? FD 3 + jährl., Teil 4 + jährl., KES 1 + jährl.

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung:.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung:.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☒ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|----------------------------------|---|---|--|------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input checked="" type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input checked="" type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

Wichtig ist, dass eine Unterrichtsform gesetzlich festgeschrieben ist. Alle anderen Unterrichtsformen stellen einen Service der Verwaltung dar.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☒ 0,5 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt?

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☒ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

In Billigheim werden diesbezüglich keine Vorkehrungen getroffen.

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☒ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☒ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☒ Sonstiges: persönlich

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Bürgerversammlungen werden leider wenig besucht. Eine Wirkung nach außen ist dennoch gegeben.

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

keine

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema: ☐ ja ☐ nein

Thema: ☐ ja ☐ nein

Thema: ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs. 2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Einer im Jahr 2003, einer im Jahr 2010

Davon zulässig: 1

Davon unzulässig: 1

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

2003: Soll im Ortsteil Billigheim ein Dorfgemeinschaftshaus erstellt werden?

2010: Soll in Billigheim unser Schulstandort als eigenständiger Hauptschulstandort erhalten bleiben?

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholten?Thema: 2003: Dorfgemeinschaftshaus ☒ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-BeschlussThema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

x Vertrag bereits umgesetzt

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist sind angemessen. Es ist keine Verringerung/Erhöhung notwendig.

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs. 1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

Einer im Jahr 2003

Davon erfolgreich: 1

Davon gescheitert: 0

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

Soll im Ortsteil Billigheim ein Dorfgemeinschaftshaus erstellt werden?

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema: Dorfgemeinschaftshaus

☒ Bürgerbegehren

☐ GR-Beschluss

Thema:

☐ Bürgerbegehren

☐ GR-Beschluss

Thema:

☐ Bürgerbegehren

☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

Die Stimmenmehrheit ist angemessen. Generell ist anzumerken, dass die Wahlbeteiligung sinkt, erst recht wenn es sich um ein Bürgerbegehren handelt.

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden

Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Negativkatalog erweitern um den Punkt wenn Verträge bereits umgesetzt sind wie es bei dem Bürgerbegehren 2010 der Fall war.

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☒ a) beratende Ausschüsse ☒ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☒ Sonstige: Treffen mit (informelles) Gruppen vor Ort usw.

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 4-7
☒ Anzahl: 3
☒ wie häufig werden sie beteiligt? 1 mal monatl.

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 2-7
☒ Anzahl: 6
☒ wie häufig werden sie beteiligt? 1 mal monatl. - 1 mal jährlich

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

 1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☒ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|--|---|---|---|-----------------------------------|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input checked="" type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

*steht schon immer in der Gemeinde-
Ordnung. Ist vor daher nicht
wirklich Neues.*

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☐ 1 ☒ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt? keine

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☒ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

gab es bisher keine Probleme

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☒ Amtsblatt ☒ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☒ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

War bisher nicht wirklich eine Notwendigkeit. Informiert wurde zuletzt über die Einführung der Ganztagschule und die geplante Abwassergebühr.

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

Davon zulässig: *keine*

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

Thema:..... ☐ ja ☐ nein

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit

☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung

☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich

☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Bürgerantrag bzw. Einwohnerantrag

Frist erhöhen, Quorum ok.

.....

.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Davon zulässig: *keine*
 Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholten?

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss
 Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss
 Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?
Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

- ☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung
☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt
☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich
☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

*Vorstufe des Bürgerentscheides, daher
 wie Ausführungen hierzu
 Vorgaben sind angemessen.*

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

Davon erfolgreich:..... *keine*

Davon gescheitert:..... ..

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

.....
.....
.....

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

*Bürgerentscheid ist ein Instrument
der direkten Demokratie auf kommunaler
Ebene. Sollte nur in Ausnahmefällen
durchgeführt werden, da wir eine
repräsentative Demokratie haben.
Stimmenmehrheit angemessen.*

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden

Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

*hätte eigentlich alles so stehen
bleiben.*

*Bürger sollen sich in Gremien betätigen
und nicht nur in einzelnen Projekten.*

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☒ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☒ Hinzuziehung von Sachverständigen
☐ a) beratende Ausschüsse ☒ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☐ d) Ältestenrat ☐ Sonstige: *Stadtmarketing-Ausschuß*

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Anzahl:
☐ wie häufig werden sie beteiligt?

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: *10 bzw. 11*
☒ Anzahl: *2*
☒ wie häufig werden sie beteiligt? *1mal im Monat + bei Bedarf*

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
☐ Zusammensetzung:
☐ wie häufig wird er beteiligt?

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
 Hoheneckenstr. 40b
 67065 Ludwigshafen am Rhein

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☒ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|---|---|---|------------------------------------|-----------------------------------|------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Tagespresse | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Facebook | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input checked="" type="checkbox"/> Wochenblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input checked="" type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☒ 0 ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen 10 Jahren gestellt?

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☐ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeeinwohner)

.....
.....
.....

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☐ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☐ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

*Das Instrument ist für eine Kommune unserer
Größenordnung wenig geeignet. Bei uns finden
wir regelmäßig Absprachen Ortsfremder mit anschließender
Versammlung des Einwohnerklubs statt.*

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?

Thema:

☐ ja☐ nein

Thema:

☐ ja☐ nein

Thema:

☐ ja☐ nein4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO☐ fehlende Bestimmtheit☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag☐ fehlende Begründung☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht☐ nicht schriftlich☐ 2-Wochen-Frist überschritten☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Sein 4 Wochen Frist, wie auch bei Verwaltungsaufgaben, würde ich für sinnvoll halten um einen gewissen Gleichklang bei den Fristen zu erreichen. Die Quoren werden als angemessen wahrgenommen.

.....

.....

.....

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Davon zulässig:

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

.....

.....

.....

3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholten?

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema: ☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?
Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

- ☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung
- ☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt
- ☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich
- ☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Wird als angemessen angesehen

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

Ja!

.....

.....

.....

.....

.....

.....

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

1. Wenn kein Hilfsmittel 2. kein Urteil für den Richter

machbar

.....

.....

.....

.....

.....

.....

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:
- ☐ Anzahl:
- ☐ wie häufig werden sie beteiligt?

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 13 Mitglieder
☒ Anzahl: 4
☒ wie häufig werden sie beteiligt? 2-6 mal / Jahr

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 13 Mitglieder
☒ Zusammensetzung: Jugendliche aus Malsbach, 14-20 Jahre
☒ wie häufig wird er beteiligt? 6-10 Sitzungen / Jahr

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe: 4 Personen
☒ Zusammensetzung: Fraktionsvorsitzender GR
☒ wie häufig wird er beteiligt? 3-4 x / Jahr

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

5-6 Sitzungen / Jahr

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

Formen der bürgerschaftlichen Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen

16

- Fragebogen zur Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises -

I. Angaben zu Ihrer Gemeinde

1. Gemeindegröße ☐ unter 3000 ☐ 3000-5000 ☒ über 5000

II. Instrumente bürgerschaftlicher Mitwirkung

A. Unterrichtung der Einwohner nach § 20 GemO

1. Welche Unterrichtsform nutzt Ihre Gemeinde und wie häufig?

- | | | | | | |
|---|---|--------------------------------------|---|-----------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> Amtsblatt | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Tagespresse | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input checked="" type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltung | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input checked="" type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Internet-Auftritt | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Facebook | <input checked="" type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> Twitter | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input checked="" type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> täglich | <input type="checkbox"/> wöchentlich | <input type="checkbox"/> monatlich | <input type="checkbox"/> seltener | <input type="checkbox"/> nie |

2. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Forderung zur Unterrichtung der Einwohner?

Gemeinde ist über Öffentlichkeit der Gemeinderat- und Ausschusssitzungen ausreichend informiert

Besondere Themen werden in Bürgerversammlungen erörtert

Mit 34 Gemeinderäten im Stadtrat ist dies die beste Unterrichtsform der Bevölkerung

Lollborn

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

B. Bürgerversammlung nach § 20a GemO

1. Wie viele Bürgerversammlungen werden jährlich abgehalten?
(Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre)

☐ 0 ☒ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ mehr als 5

2. Wie viele Anträge auf Durchführung einer Bürgerversammlung wurden insgesamt in den vergangenen **10 Jahren** gestellt?

3. Werden Bürgerversammlungen räumlich getrennt abgehalten?

☒ ja, nach Ortsteilen ☐ nein

4. Wie verhindern Sie die Anwesenheit von Ortsfremden bzw. Störungen durch Ortsfremde?
(beispielsweise ehemalige Gemeindeglieder)

.....
.....
.....
.....

5. Wie rasch werden die Vorschläge behandelt?

☐ 1-2 Wochen ☒ 3-6 Wochen ☐ 6-12 Wochen ☐ mehr als 12 Wochen

6. Wie werden die Bürger über die Behandlung ihrer Vorschläge informiert?

☐ Amtsblatt ☒ Tagespresse ☐ Veranstaltung ☐ Internet-Auftritt
☐ Facebook ☐ Twitter ☐ Sonstiges:.....

7. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerversammlung“?

Sehen Sie es als Pflichtaufgabe oder als Chance, die Bürger weiterhin zu überzeugen?

Chance Bürger zu informieren und zu überzeugen
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

C. Bürgerantrag nach § 20b GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgeranträge eingereicht?

Davon zulässig: 4

Davon unzulässig:

- Wenn keine Bürgeranträge eingereicht wurden, bitte die Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgeranträge gestellt?

Falls Bürgeranträge nur für eine Ortschaft gestellt wurden, bitte den Zusatz „Ort“ anfügen.

c. Bürgerregeln: Wiedereinführung Mederleibswahl

3. Wenn **zulässig**: Wurde im Sinne des Antrags entschieden?Thema: ☒ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ neinThema: ☐ ja ☐ nein4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgeranträge unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Bestimmtheit☐ innerhalb des letzten Jahres bereits Bürgerantrag ☐ fehlende Begründung☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht ☐ nicht schriftlich☐ 2-Wochen-Frist überschritten

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerantrag“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 2-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

gerechtere Regelung anstehend

D. Bürgerbegehren nach § 21 Abs.2 GemO

1. Wie oft gab es in den vergangenen 10 Jahren Bürgerbegehren?

Davon zulässig: 1

Davon unzulässig:

- Wenn es keine Bürgerbegehren gab, bitte Fragen 2-4 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerbegehren gestellt?

Wiedereröffnung der durch GR-Mehrheitsbeschluss
abgeschafften 1. und 2. Wahlkreiswahl3. Wenn **zulässig**: Kam es zum Bürgerentscheid oder wurde dem Bürgerbegehren durch einen Gemeinderatsbeschluss abgeholfen?

Thema: 1. und 2. Wahlkreiswahl

☒ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:

☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss

Thema:

☐ Bürgerentscheid ☐ GR-Beschluss4. Wenn **unzulässig**: Weshalb waren die eingereichten Bürgerbegehren unzulässig?

Bitte das Thema unter 2. nummerieren und die betreffende Nummer beim Grund angeben.

☐ Angelegenheit ausgeschlossen nach § 21 (2) GemO ☐ fehlende Begründung☐ innerhalb des letzten 3 Jahre bereits Bürgerentscheid ☐ Frageformulierung unkorrekt☐ 6-Wochen-Frist überschritten ☐ nicht schriftlich☐ fehlender/fehlerhafter Kostendeckungsvorschlag ☐ Unterschriftenquorum nicht erreicht

5. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerbegehren“?

Sehen Sie die erforderlichen Quoren und die 6-Wochen-Frist als angemessen an?

Würden Sie diese gerne verringern/erhöhen, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

Gesetzl. Regelung ausreichend

kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

E. Bürgerentscheid nach § 21 Abs.1 GemO

1. Wie oft wurden in den vergangenen 10 Jahren Bürgerentscheide durchgeführt?

Davon erfolgreich:.....

Davon gescheitert:.....

- Wenn keine Bürgerentscheide durchgeführt wurden, bitte Fragen 2-3 überspringen -

2. Zu welchen Themen wurden die Bürgerentscheide durchgeführt?

3. Wie kam es zum Bürgerentscheid:

Durch ein Bürgerbegehren oder durch einen Gemeinderatsbeschluss?

Thema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-BeschlussThema:..... ☐ Bürgerbegehren ☐ GR-Beschluss

4. Wie beurteilen Sie als Bürgermeister das Instrument „Bürgerentscheid“?

Sehen Sie die erforderliche Stimmenmehrheit als angemessen an?

Angemessen

5. Wie beurteilen Sie den Wegfall des Positivkatalogs? Würden Sie den bestehenden Negativkatalog gerne verringern/erweitern, wenn Sie dies für Ihre Gemeinde tun könnten?

kein Handlungsbedarf

Positivkatalog wie aussehend

Umfrage - Bachelorarbeit

Analyse des Neckar-Odenwald-Kreises

Kathrin Majgier

F. sonstige Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung

1. Welche sonstigen Formen bürgerschaftlicher Mitwirkung nutzt Ihre Gemeinde?

- ☐ Hinzuziehung sachkundiger Einwohner ☐ Hinzuziehung von Sachverständigen
☒ a) beratende Ausschüsse ☒ b) beschließende Ausschüsse
☐ c) Jugendgemeinderat ☒ d) Ältestenrat ☐ Sonstige:.....

a. Wenn beratende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Anzahl:.....
☐ wie häufig werden sie beteiligt?.....

b. Wenn beschließende Ausschüsse vorhanden sind, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe:..... 10 Personen
☒ Anzahl:..... 5
☐ wie häufig werden sie beteiligt?..... monatlich

c. Wenn ein Jugendgemeinderat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☐ Größe:.....
☐ Zusammensetzung.....
☐ wie häufig wird er beteiligt?.....

d. Wenn ein Ältestenrat vorhanden ist, bitte hier genauere Angaben:

- ☒ Größe:..... 5
☐ Zusammensetzung..... 30 Stellvertreter + 100 Einwohner
☐ wie häufig wird er beteiligt?..... bei Bedarf

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben den Fragebogen auszufüllen!

Bitte senden Sie den Fragebogen an:

Kathrin Majgier
Hoheneckenstr. 40b

67065 Ludwigshafen am Rhein

Anlage 6: Bevölkerungsdichte Neckar-Odenwald-Kreis

Bevölkerung, Fläche und Bevölkerungsdichte								
Oz.	Gemeinden	31.12.2011			Veränderung zum 30.09.2011		Fläche in HA	Bev. Dichte in Ew/km²
		insgesamt	männlich	weiblich	Abs.	in %		
1	Adelsheim	5.302	2.827	2.475	0	0,00	4.384	121
2	Aglasterhausen	4.893	2.393	2.500	0	0,00	2.285	214
3	Billigheim	5.722	2.897	2.825	-13	-0,23	4.897	117
4	Binau	1.398	721	677	9	0,65	483	289
5	Buchen	18.163	8.995	9.168	-77	-0,42	13.899	131
6	Elztal	5.967	3.033	2.934	-13	-0,22	4.663	128
7	Fahrenbach	2.798	1.389	1.409	-9	-0,32	1.642	170
8	Hardheim	7.085	3.579	3.506	-14	-0,20	8.702	81
9	Haßmersheim	4.850	2.417	2.433	-12	-0,25	1.915	253
10	Höpfingen	3.140	1.553	1.587	-1	-0,03	3.049	103
11	Hüffenhardt	2.035	982	1.053	-19	-0,93	1.762	116
12	Limbach	4.455	2.227	2.228	-20	-0,45	4.361	102
13	Mosbach	24.233	11.962	12.271	-99	-0,41	6.223	389
14	Mudau	4.918	2.508	2.410	-4	-0,08	10.755	46
15	Neckargerach	2.322	1.129	1.193	2	0,09	1.531	152
16	Neckarzimmern	1.529	748	781	-1	-0,07	818	187
17	Neunkirchen	1.834	898	936	-22	-1,19	1.595	115
18	Obrigheim	5.210	2.573	2.637	6	0,12	2.427	215
19	Osterburken	6.536	3.303	3.233	4	0,06	4.732	138
20	Ravenstein	2.934	1.517	1.417	-30	-1,01	5.597	52
21	Rosenberg	2.122	1.064	1.058	-1	-0,05	4.097	52
22	Schefflenz	4.113	2.035	2.078	-4	-0,10	3.697	111
23	Schwarzach	3.195	1.712	1.483	-5	-0,16	837	382
24	Seckach	4.283	2.179	2.104	-1	-0,02	2.785	154
25	Waldbrunn	4.778	2.348	2.430	-28	-0,58	4.432	108
26	Walldürn	11.691	5.877	5.814	-3	-0,03	10.588	110
27	Zwingenberg	652	326	326	-7	-1,06	470	139
Neckar-Odenwald-Kreis		146.158	73.192	72.966	-362	-0,25	112.628	130
Rhein-Neckar-Kreis		539.132	263.750	275.382	98	0,02	106.172	508
Stadt Heidelberg		149.633	70.991	78.642	1.393	0,93	10.883	1375
Stadt Mannheim		314.931	156.890	158.041	-347	-0,11	14.496	2173
Region Rhein-Neckar*		1.149.854	564.823	585.031	782	0,068	244.178	471

Anlage 7: Bürgerentscheidsbericht Baden- Württemberg 1995-2010

(Internetquelle)

BÜRGERENTSCHEIDSBERICHT BADEN-WÜRTTEMBERG 1995-2010

**Direkte Demokratie in Städten und Gemeinden und
die Reform der Gemeindeordnung im Jahr 2005**

Eine Publikation von
Mehr Demokratie e.V., LV Baden-Württemberg,
verfasst von
Fabian Reidinger
im August 2010

Internetadressen:

www.mitentscheiden.de

www.buergerentscheid-bw.de

Dank für Mitarbeit und Kommentierung an
Prof. Roland Geitmann, Reinhard Hackl, Nico
Nissen und Christian Büttner,
besonders auch Michael Bortolamedi für seine
Hilfe bei der Datenkorrektur.

Zum Autor:

Fabian Reidinger war bis Ende 2009 Mitglied des
Landesvorstandes Baden-Württemberg von Mehr
Demokratie e.V. und verfasste seine Abschluss-
arbeit an der Eberhard Karls Universität Tübing-
en zum Thema Quoren bei Abstimmungen. Zur
Zeit promoviert er an der Phillips-Universität
Marburg zu Abstimmungsverhalten bei Bürger-
entscheiden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Zusammenfassung.....	2
Daten und Begriffe.....	3
Rechtliche Entwicklung der Gemeindeordnung.....	4
I.) Bürger- und Ratsbegehren.....	6
I.1) Bürgerbegehren.....	6
I.1.1) Akteure - Wer initiiert und unterstützt Bürgerbegehren?	7
I.1.2) Zielrichtung von Bürgerbegehren.....	7
I.1.3) Unterschriftenquorum.....	8
I.1.4) Formale Ergebnisse von Bürgerbegehren.....	8
I.1.5) Gründe für die Unzulässigkeit.....	9
Exkurs: Bauleitpläne und Bürgerbegehren.....	10
I.1.6) Chronologische Darstellung.....	12
I.1.7) Räumliche Verteilung.....	13
I.1.8) Auswirkungen der Reform auf Bürgerbegehren.....	13
I.2) Ratsbegehren.....	14
I.2.1) Anlässe für Ratsbegehren.....	15
I.2.2) Auswirkungen der Reform auf Ratsbegehren.....	15
I.3) Thematische Einordnung der Bürger- & Ratsbegehren.....	15
I.4) Häufigkeit von Ratsbegehren und Bürgerbegehren nach Gemeindegrößen.....	16
II.) Bürgerentscheide und Ratsreferenden.....	17
II.1) Häufigkeit kommunaler Abstimmungen.....	17
II.2) Abstimmungsbeteiligung.....	19
II.3) Ergebnisse und Gültigkeit der Abstimmungen.....	21
II.4) Thematische Einordnung der Entscheide.....	23
III) Erfolgsquote von Initiativen.....	24
IV) Fazit.....	25
Anhang 1: Reformvorschläge.....	26
Anhang 2: Beitrag zur Rolle von Gutachten.....	27

Vorwort

Im Jahr 2005 verabschiedete der Landtag von Baden-Württemberg die bisher nachhaltigste Reform der Gemeindeordnung bezüglich Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden seit deren Einführung im Jahr 1956. Dieser Reform waren nicht nur zahlreiche parlamentarische Debatten und Reformen vorausgegangen, sondern auch ein Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens und eine neuerliche Ankündigung eines solchen Antrags durch das landesweite Bündnis für mehr Demokratie in Baden-Württemberg.

Zwar führte Baden-Württemberg als erstes Bundesland 1956 die Instrumente Bürgerbegehren und Bürgerentscheid ein. Doch war nach der Wiedervereinigung und im Zuge der Ausbreitung der sogenannten Süddeutschen Ratsverfassung das Musterlände in Sachen kommunaler direkter Demokratie stark ins Hintertreffen geraten. 2005 führte Berlin als letztes Bundesland Bürgerentscheide auf Bezirksebene ein. Nicht nur in Bayern, sondern in den meisten Bundesländern sind die dafür vorgesehenen Regelungen anwendungsfreundlicher als in Baden-Württemberg.

Bis 2005 blieb die Anzahl der eingeleiteten Verfahren auf Grund restriktiver Regelungen gering: Ein enger Positivkatalog sowie dessen seltene Ausweitung durch einzelne Gemeinden, ein hohes Unterschriftenquorum beim Bürgerbegehren (bis 1998 15 % und danach 10 % der Wahlberechtigten), ein kurzer Zeitraum von vier Wochen für die Sammlung und ein hohes Zustimmungsquorum von 30 % (bis 2005) verhinderten eine breite Nutzung. 10 Jahre nachdem in Bayern als letztem Flächenland die bürgerfreundlichsten Regelungen eingeführt wurden, änderte der Landtag die Verfahrensvorschriften:

- ✕ Abschaffung des Positivkatalogs
- ✕ Erweiterung des Negativkatalogs um Bauleitpläne
- ✕ Verlängerung der Einreichungsfrist von Bürgerbegehren gegen Gemeinderatsbeschlüsse von vier auf sechs Wochen
- ✕ Absenkung des Zustimmungsquorums von 30 auf 25 %

Nachdem der Landesverband Mehr Demokratie schon mit dem Bürgerentscheidsbericht 2006 fast zwei Jahre nach der Reform erste Schlüsse zog, soll dieser Bericht nun einen längeren Zeitraum betrachten und auch die Entwicklungen der letzten Jahre beschreiben. Die Auswirkungen der Änderung der Gemeindeordnung können somit untersucht und bewertet werden.

Zusammenfassung

Bürgerbegehren und Ratsbegehren

- x Insgesamt wurden seit 1995 254 Bürgerbegehren eingeleitet und in 57 Fällen entschlossen sich die Gemeinderäte selbst eine Abstimmung durchzuführen. Die Zahl der Bürgerbegehren ist nach der Reform um ca. 80 % von im Schnitt 13 auf 23,5 Verfahren pro Jahr gestiegen.

Zulässigkeit von Bürgerbegehren

- x Vor der Reform wurden 38,7 % und nach der Reform 30,4 % der Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Waren zuvor die meisten Bürgerbegehren auf Grund des Positivkatalogs unzulässig, so werden nun vermehrt andere Gründe benannt.
- x Allerdings hat auch nach der Reform die inhaltliche Festlegung, welche Sachfragen bürgerentscheidsfähig sind und welche nicht, ihren Schrecken beibehalten: Fast die Hälfte (44 %) der unzulässigen Bürgerbegehren scheiterten u. a. am neuen Ausschlussstatbestand „Bauleitpläne“.

Mehr Abstimmungen

- x Seit der Reform hat es im Schnitt 15 Abstimmungen pro Jahr gegeben. Das sind im Schnitt 6 Abstimmungen pro Jahr mehr als in den Jahren zuvor.

Weniger unverbindliche Abstimmungen

- x Bis 2005 scheiterten 40 % der Abstimmungen am Zustimmungsquorum. Nach der Reform sind es nur noch 21,3 %.

Effektive Erfolgsquote von Initiatoren und formales Scheitern

- x Seit der Reform sind 45,1 % der Bürgerbegehren im Sinne der Initiatoren erfolgreich – in 30 von 51 Verfahren auch tatsächlich durch eine Abstimmung. Vor der Reform waren unter 30 % der Initiativen erfolgreich.
- x 54,9 % der Bürgerbegehren waren seit 2005 im Sinne der Initiatoren nicht erfolgreich. In fast zwei Dritteln dieser Fälle verloren die Initiatoren nicht die Abstimmungen, sondern sie scheiterten an formalen Hürden.

Reformbedarf bleibt hoch

- x Durch die Erweiterung des Negativkatalogs um „Bauleitpläne“ und extensive Auslegung wurden Sachfragen, die bis 2005 zumindest nach Hauptsatzungsergänzung bürgerentscheidsfähig waren, direktdemokratischer Entscheidung entzogen.
- x Der Verzicht auf diesen Ausschlussstatbestand (wie in sieben Bundesländern) und auf die 6-Wochen-Frist, den Kostendeckungsvorschlag und besondere Begründungsanforderungen sowie die Streichung/weitere Senkung des Zustimmungsquorums und die Ermöglichung von Abstimmungen auf Landkreisebene bleiben als berechtigte Forderungen zur Demokratieentwicklung auf der Tagesordnung.

Daten und Begriffe

Die in der Auswertung erfassten Daten stützen sich auf eine vom Innenministerium geführte Liste, auf vom Landesverband von Mehr Demokratie e.V. gesammelte Presseartikel, die Beratungsarbeit von Mehr Demokratie e.V. und vereinzelt auf weitere Recherchen. Im Rahmen einer Kooperation zwischen der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Universität Marburg und Mehr Demokratie e.V. werden diese Daten u.a. für Baden-Württemberg seit Jahren erhoben und ausgewertet. Zu den erhobenen Daten einige Anmerkungen:

- Wir betrachten den Zeitraum zwischen 1995 und Ende des ersten Halbjahres 2010, da für diesen Zeitraum verlässliche Daten vorliegen.
- Die zeitliche Verortung der Fälle orientiert sich am offiziellen Beginn des Verfahrens.¹
- Für 5 der 18 Verfahren, die dem Jahr 2005 zugeordnet sind, galt die neue Fassung des § 21 der Gemeindeordnung. Diese Fälle werden dem zweiten Halbjahr 2005 (= 2005.2) zugeordnet, während die restlichen 13 Verfahren zum ersten Halbjahr (= 2005.1) zählen.
- Fälle, in denen Bürgerbegehren oder -entscheide nur angekündigt oder öffentlich diskutiert, aber keine weiteren Aktivitäten wie beispielsweise Unterschriftensammlungen initiiert wurden, fließen nicht in diese Betrachtung ein.

In der wissenschaftlichen Literatur wird schon länger zwischen Ratsbegehren und Bürgerbegehren differenziert. Allerdings unterscheidet weder die Gemeindeordnung (GO) noch der allgemeine Sprachgebrauch zwischen Abstimmungen, die von den Bürgern bzw. dem Gemeinderat initiiert wurden: Stets ist vom „Bürgerentscheid“ die Rede. Da sich die Art des Zustandekommens zwar nicht rechtlich, wohl aber politisch und praktisch auf das Entscheidungsverfahren auswirkt, soll dies im Folgenden durch verschiedene Begriffe verdeutlicht werden:

- Ein Begehren ist der Verfahrensschritt zur Einleitung einer kommunalen Abstimmung und wird entweder durch den Rat beschlossen (Ratsbegehren) oder durch die Bürger eingebracht (Bürgerbegehren).
- In diesem Bericht wird vom **Bürgerentscheid** im engeren Sinne gesprochen, wenn eine Abstimmung durch ein Bürgerbegehren initiiert wurde. Als **Ratsreferendum** wird eine solche Abstimmung bezeichnet, die durch einen Gemeinderatsbeschluss herbeigeführt wurde. Wenn sowohl Ratsreferenden als auch Bürgerentscheide gemeint sind, sprechen wir von **(kommunalen) Abstimmungen** oder **(kommunalen) Sachentscheiden**.

¹ Im letzten Bericht bezog sich die zeitliche Zuordnung auf den Zeitpunkt, an dem das Verfahren beendet wurde. Aus diesem Grund sind Vergleiche bezüglich der zeitlichen Verortung mit dem vorherigen Bericht nur bedingt möglich.

Rechtliche Entwicklung der Gemeindeordnung

Bayern und Baden-Württemberg hatten in Bezug auf die demokratischen Mitwirkungsrechte auf kommunaler Ebene lange Zeit ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen westdeutschen Bundesländern. Ihre als „süddeutsch“ bezeichnete Ratsverfassung kombinierte ein gewähltes Gemeindeparlament mit einem direkt gewählten Bürgermeister. Daneben war es den Baden-WürttembergerInnen seit 1956 möglich, über bestimmte kommunale Sachfragen direkt abzustimmen. Schon damals konnten sowohl die BürgerInnen per Bürgerbegehren als auch der Gemeinderat per 2/3-Mehrheit einen kommunalen Sachentscheid erwirken. Ein durch den Gemeinderat erweiterbarer Positivkatalog regelte dabei, welche Sachfragen zulässig waren: Neben der Errichtung und wesentlichen Erweiterung einer öffentlichen Einrichtung der Gemeinde konnten die BürgerInnen über die Änderung der Verfassungsform der Gemeinde und der Bildung einer Bürgermeisterei abstimmen. Ein Negativkatalog nahm aber auch bestimmte Fragen generell von kommunalen Sachentscheiden aus, die auf der folgenden Seite genauer aufgeführt sind. Das Unterschriftenquorum beim Bürgerbegehren war allerdings eine wesentlich höhere Hürde als heute. Bei Gemeinden unter 40.000 Einwohnern musste ein Viertel (aber maximal 4.000) und bei über 40.000 Einwohnern ein Zehntel (aber maximal 30.000) der BürgerInnen unterschreiben. Ein kommunaler Sachentscheid war nur dann gültig, wenn die Hälfte der BürgerInnen ihre Stimme gültig abgaben (50%-Beteiligungsquorum).

Im Dezember 1975 traten neue Regeln in Kraft: Der Positivkatalog wurde um die Aufhebung einer öffentlichen Einrichtung erweitert und der Punkt „Verfassungsform“ konkretisiert (Grenzänderungen, die unechte Teilortswahl und die Bezirks-/Ortschaftsverfassung). Des Weiteren wurde das Unterschriftenquorum auf 15 % abgesenkt. Das Beteiligungsquorum wurde durch ein Zustimmungsquorum von 30 % ersetzt.

Im Zuge der Wiedervereinigung und durch den Erfolg der Süddeutschen Ratsverfassung übernahmen in den 1990er Jahren immer mehr Bundesländer auch das Instrument Bürgerbegehren und -entscheid. Nachdem die BürgerInnen in Bayern 1995 per Volksabstimmung selbst direktdemokratische Verfahren auf kommunaler Ebene gegen den Willen der CSU einführten, wuchs der Druck, auch in Baden-Württemberg die Regeln zu reformieren.² 1998 wurde deshalb das Unterschriftenquorum beim Bürgerbegehren auf 10 % gesenkt. In Gemeinden mit nicht mehr als 50.000 Einwohnern müssen nun 2.500 Bürger, mit 50.000-100.000 Einwohnern 5.000 Bürger, mit 100.000-200.000 Einwohnern 10.000 Bürger und mit mehr als 200.000 Einwohnern 20.000 Bürger ein Bürgerbegehren unterzeichnen. Im Jahr 2005 wurde der § 21 der GO in folgenden Punkten nochmals verändert:

Abschaffung des Positivkatalogs und Erweiterung des Negativkatalogs: Nur wenige Gemeinden hatten die Möglichkeit genutzt, den Positivkatalog per Änderung der Hauptsatzung zu erweitern. Durch die Abschaffung des Positivkatalogs ist nun jede kommunale Angelegenheit bürgerentscheidsfähig, vorausgesetzt sie ist nicht im Negativkatalog aufgeführt. Dieser wurde um den Punkt „Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften“ erweitert. Auf die Konsequenzen dieses Punktes kommen wir später zurück.

² So gründete sich der Landesverband Baden-Württemberg von Mehr Demokratie mit dem Ziel, die kommunale Direktdemokratie zu verbessern, und initiierte 1997/1998 einen ersten Zulassungsantrag für ein Volksbegehren, welches von 16.000 Menschen unterzeichnet wurde.

Fristverlängerung auf 6 Wochen: Richtet sich ein Bürgerbegehren gegen einen Gemeinderatsbeschluss, müssen die Unterschriften dafür nicht mehr innerhalb von vier, sondern innerhalb von sechs Wochen beigebracht werden.

Absenkung des Zustimmungsquorums: Ein kommunaler Sachentscheid ist nur dann gültig, wenn die Mehrheit der Stimmen – also Ja- ODER Nein-Stimmen – einem Viertel der Wahlberechtigten (vorher 30 %) entsprechen.

Tabelle 1: Übersicht über die relevanten Änderungen des § 21 GO im Zeitverlauf

	1956-1975	1975-2005	Ab 2005
Positivkatalog	1) Errichtung und wesentliche Erweiterung einer öffentlichen Einrichtung 2) Änderung der Verfassungsform der Gemeinde 3) Vereinbarung über die Bildung einer Bürgermeisterei	1) Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung einer öffentlichen Einrichtung, 2) Änderung von Gemeinde- oder Landkreisgrenzen, Einführung und Aufhebung 3) der unechten Teilortswahl, 4) der Bezirksverfassung, 5) der Ortschaftsverfassung	Kein Positivkatalog
Negativkatalog	1) Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetzes dem Bürgermeister obliegen, 2) Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, 3) die Rechtsverhältnisse der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten,		
	4) die Haushaltssatzung (einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe), Gemeindeabgaben und die Tarife der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Gemeinde,		4) die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie die Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte,
	5) die Feststellung des Jahresabschlusses und des Gesamtabchlusses der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, 6) Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren, 7) Anträge, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen		5) die Feststellung des Jahresabschlusses und des Gesamtabchlusses der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, 6. Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften sowie über 7. Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren.
Unterschriftenquorum	unter 40.000 Einwohner: 25 % (max. 4.000) über 40.000 Einwohner: 10 % (max. 30.000)	15 % mit Staffelung <50.000 Einwohner: 3.000 Bürger 50.000-100.000 Einwohner: 6.000 Bürger 100.000-200.000 Einwohner: 12.000 Bürger >200.000 Einwohnern: 24.000 Bürger	10 % mit Staffelung (ab 1998) <50.000 Einwohner: 2.500 Bürger 50.000-100.000 Einwohner: 5.000 Bürger 100.000-200.000 Einwohner: 10.000 Bürger >200.000 Einwohner: 20.000 Bürger
Ratsbegehren	2/3-Mehrheit		
Frist gegen Gemeinderatsbeschlüsse	4 Wochen		6 Wochen
Quorum bei Abstimmung	Beteiligungsquorum von 50 %	Zustimmungsquorum von 30 %	Zustimmungsquorum von 25 %

Weiterführende Literatur und Quellen: Gemeindeordnung § 21; Beilharz, G. (1980): „Politische Partizipation im Rahmen des § 21 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg“, Dissertation, Tübingen; Mayer, T. (1992): „Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Gemeinden. Erfahrungen mit direkter Demokratie in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.“ IDEE - Initiative DEMokratie Entwickeln e.V., Bonn.

I.) Bürger- und Ratsbegehren

Seit 1995 wurden bis 2010 insgesamt 254 Bürgerbegehren und 57 Ratsbegehren initiiert (Gesamtzahl der Verfahren: 311). Für den ersten Zeitraum zwischen 1995 und dem ersten Halbjahr 2005 (10,5 Jahre) ergeben sich im Schnitt knapp über 16 Verfahren pro Jahr. Im zweiten Zeitraum zwischen dem zweiten Halbjahr 2005 und dem ersten Halbjahr 2010 (5 Jahre) wurden hingegen über 28 Verfahren pro Jahr initiiert. Betrachtet man nur die Bürgerbegehren, wird deutlich, dass sich die Verfahrenszahl fast verdoppelt hat. Im ersten Zeitraum wurden pro Jahr 13 Bürgerbegehren initiiert, seit dem 2. Halbjahr 2005 sind es 23,4. Nicht so deutlich fällt der Befund für die Ratsbegehren aus, die allerdings auch häufiger Anwendung fanden.

Tabelle 2: Übersicht über die Verfahren pro Jahr

Jahr	Bürgerbegehren	Ratsbegehren	Begehren gesamt
1995	13	4	17
1996	18	3	21
1997	14	1	15
1998	10	4	14
1999	15	6	21
2000	7	2	9
2001	9	5	14
2002	12	3	15
2003	19	4	23
2004	9	1	10
2005.1	11	2	13
1995-2005.1	137 (= 79,7%)	35 (= 20,3%)	172 (= 100%)
2005.2	4	1	5
2006	18	4	22
2007	27	4	31
2008	38	9	47
2009	17	4	21
2010.1	13	0	13
2005.2-2010.1	117 (= 84,2%)	22 (= 15,8%)	139 (= 100%)
Gesamt	254 (= 81,7%)	57 (= 18,3%)	311 (= 100%)

I.1) Bürgerbegehren

Wie wir schon oben festgestellt haben, hat sich im 2. Zeitraum die Zahl der initiierten Bürgerbegehren pro Jahr im Vergleich zum 1. Zeitraum um fast 80 % erhöht. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich wird, stieg die Zahl der Verfahren nach der Reform erst im Jahr 2007 an und erreichte dann 2008 einen Hö-

hepunkt. Ab dem Jahr 2009 ist die Zahl wieder rückläufig. Im Abschnitt I.1.6 wollen wir die Fälle zeitlich nochmals genauer betrachten und mögliche Erklärungen für diese Entwicklung suchen.

I.1.1) Akteure - Wer initiiert und unterstützt Bürgerbegehren?

Initiatoren treten in unterschiedlichen Organisationsformen auf. Normalerweise sind es Bürgerinitiativen, die sich in einigen Fällen als Verein mit kommunalpolitischer Ausrichtung institutionalisieren. Seit dem Jahr 2005 waren bei 128 Bürgerbegehren fast die Hälfte der Initiatoren Bürgerinitiativen (60; 46,9 %), von denen ein Sechstel schon vor der Initiierung des Begehrens bestanden. Seltener treten Vereine, Verbände oder Parteien als Initiatoren auf. Nur in knapp 11 % der Fälle waren die Initiatoren ein Verband bzw. Verein (9 Fälle) oder eine Partei (5 Fälle). In der Regel unterstützen diese Organisationen allerdings Bürgerinitiativen oder gründen Interessengemeinschaften. In 16,4 % (21) der Fälle besaßen die Initiatoren eine andere Organisationsform als Bündnisse und Interessengemeinschaften oder es handelte sich einfach um eine oder mehrere Einzelpersonen. Der Rest der Fälle (33) war nicht genau zuzuordnen.

Allerdings liegt man falsch, wenn man vermutet, dass Bürgerinitiativen nur aus einfachen BürgerInnen bestehen. Die „reine“ Bürgerinitiative ohne engere Verbindung mit anderen Verbänden oder Organisationen ist eher selten. In fast 80 % der Fälle, in denen die Initiatoren als Bürgerinitiative auftraten, wurden diese von Parteien, Verbänden oder anderen Vereinen unterstützt.

I.1.2) Zielrichtung von Bürgerbegehren

Bürgerbegehren können sich sowohl gegen einen Gemeinderatsbeschluss richten als auch einen Gegenstand neu auf die politische Tagesordnung setzen. Über 70% der Bürgerbegehren hatten das Ziel, einen Gemeinderatsbeschluss zu kassieren (sog. Korrekturgebühren, kassatorisches Bürgerbegehren). In weiteren 9,4% der Fälle wurde eine konkrete Alternative vorgeschlagen. In nur 8,2% der Fälle lag kein Gemeinderatsbeschluss vor (sog. Initiativbegehren) und in weiteren 12,1 % der Fälle konnte die genaue Zielrichtung auf Grund der Datenlage nicht zugeordnet werden.

Da auf kommunaler Ebene das obligatorische Referendum wie in der Schweiz fehlt und Ratsreferenden eher selten stattfinden, beschränkt sich die kommunale Direktdemokratie im Wesentlichen auf die Funktion eines Veto-Instruments. Der Kostendeckungsvorschlag (KDV) führt dazu, dass viele BürgerInnen von initiiierenden Bürgerbegehren bzw. Bürgerbegehren mit Alternativvorschlägen absehen. Beispielsweise konnte die Gruppe „BüKa“ in Karlsruhe ein Bürgerbegehren nicht fortsetzen, da sie aus finanziellen Gründen ihr Alternativkonzept nicht durchrechnen lassen konnten. In Vaihingen/Enz mussten ebenfalls die Erstellungs- wie laufenden Kosten für einen geforderten Radweg berechnet werden. Dies war für die Initiative nur deshalb möglich, weil ein Mitinitiator von Berufs wegen das Know-how besaß. Die meisten Initiativen verzichten auf konkrete Vorschläge, die dann auch zu Abstimmungen gelangen, weil der geforderte Kostendeckungsvorschlag eine zu hohe Hürde darstellt. Die bestehende Regelung macht somit Bürgerinitiativen zu Nein-Sagern. Gestützt wird diese These, wenn wir über unsere Landesgrenze nach Bayern blicken. Dort muss kein Kostendeckungsvorschlag eingereicht werden. Fast 30 % der Bürgerbegehren dort haben einen initiiierenden Charakter oder schlagen eine Alternative zu einem gefassten Gemeinderatsbeschluss vor. Bürgerbegehren in Bayern haben somit ein weit innovativeres Potenzial als in Baden-Württemberg.

Es ist ebenso wünschenswert, dass mögliche Alternativen verstärkt zur Abstimmung kommen, wie dies in Bayern möglich ist. Dort können Gemeinderäte dem Bürgerbegehren einen Gegenvorschlag entgegenstellen. Dies ist in der baden-württembergischen GO nicht explizit vorgesehen, wäre aber durchaus machbar.

Reformvorschläge: Der Wegfall des Kostendeckungsvorschlags würde zu mehr Initiativbegehren und mehr Bürgerbegehren mit Alternativen führen. Die Aufnahme eines Gegenvorschlags mit einfacher Mehrheit und eines Stichentscheids in die GO würde ebenfalls das Abstimmen über Alternativen fördern.

I.1.3) Unterschriftenquorum

Bis 1998 mussten 15 % der BürgerInnen ein Bürgerbegehren unterzeichnen, ab 1998 nur noch 10 %. Die Staffelung nach Gemeindegröße wurde ebenfalls verringert. Bei den Bürgerbegehren bis 1998 unterzeichneten durchschnittlich 23,3 % der BürgerInnen ein Begehren. Die Initiatoren sammelten somit fast 70 % mehr Unterschriften als notwendig. Ab 1998 sank die Zahl der gesammelten Unterschriften auf 19,3 %, was allerdings immer noch fast doppelt so viele Unterschriften waren wie nötig.

Der Grund für diesen Mehraufwand liegt natürlich darin, dass die Initiatoren für einen Puffer sorgen möchten, denn im Schnitt werden 12,3 % der gesammelten Unterschriften von der Verwaltung nicht anerkannt, da Menschen doppelt unterschreiben oder in der Gemeinde nicht gemeldet sind. Zugleich wirkt sich eine höhere Unterschriftenzahl positiv auf die Mobilisierung bei der Abstimmung aus. Je mehr Unterschriften gesammelt werden, desto eher wird auch das Zustimmungsquorum erreicht (Reidinger 2008, Rehmet 1997). Für Bürgerinitiativen macht es also auch im Hinblick auf die Abstimmung Sinn, viele Unterschriften zu sammeln.

Weiterführende Literatur und Quellen: Reidinger, F. (2008): „Abstimmungsquoren in Bayern und Baden-Württemberg. Eine quantitative Untersuchung zur Wirkung von Quoren bei Bürgerentscheiden und Ratsreferenden“, unveröffentlichte Magisterarbeit, Tübingen; Rehmet, F. (1997): „Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Hessen. Verlaufsmuster und Wirkungen direktdemokratischer Verfahren auf kommunaler Ebene“, unveröffentlichte Diplomarbeit, Marburg.

I.1.4) Formale Ergebnisse von Bürgerbegehren

Die neuen Regelungen haben mehr zulässige Bürgerbegehren und damit auch mehr Bürgerentscheide ermöglicht. Pro Jahr werden allerdings mehr Begehren für unzulässig erklärt als vor der Reform. Der Anteil der unzulässigen Bürgerbegehren ist zwar von fast 40 auf ca. 30 % gesunken, ihre Zahl hat aber zwischen 2005 und 2010 im Vergleich zum ersten Zeitraum pro Jahr absolut zugenommen. Allerdings hat sich auch die Zahl der zulässigen Begehren fast verdoppelt (+92%). Wie im Abschnitt I.1.5 deutlich wird, wird die positive Wirkung der Streichung des Positivkatalogs durch die Erweiterung des Negativkatalogs massiv eingeschränkt.

Ein erfreulicher Trend ist, dass seit der Reform Kompromisse zwischen Bürgerinitiativen und Gemeinderäten geschlossen werden (Kupferzell 2006, Gernsbach 2007, Weissach i.T. 2007, Wolfach 2007, Frittlingen 2008). Dies wurde in den Jahren zuvor nicht praktiziert. Außerdem haben mehr Gemeinden die Anliegen von Bürgerinitiativen übernommen: Der Anteil vom Gemeinderat übernommene

ner Begehren hat sich verdreifacht. Zusätzlich wurden weniger Bürgerbegehren nach ihrem Start nicht eingereicht.

Eine genauere Betrachtung, wie erfolgreich die Verfahren sind, erfolgt in Abschnitt III).

Tabelle 3: Übersicht über die Ergebnisse der Bürgerbegehren

	BB nicht eingereicht	BB zurückgezogen	BB ist unzulässig	BB ist zulässig	Ratsübernahme	Gesamt
1995			5 ^R	8		13
1996	1		7 ^R	8	2	18
1997	1		7	6		14
1998	1		6 ^R	3		10
1999	1		8 ^{ÜRRR}	6		15
2000	1		5	1		7
2001			3 ^Ü	5	1	9
2002	2 ^Ü		3	6		11
2003	5		4 ^Ü	9	1	19
2004	1		3	4	2	10
2005.1	6		2 ^Ü	3		11
1996-2005.1	19 (= 13,9%)	0	53 (= 38,7%)	59 (= 43,0%)	6 (= 4,4%)	137 (100%)
2005.2		1	3 ^R			4
2006		1 ^K	3 ^R	12	2	18
2007	1 ^Ü	4 ^{KKKR}	6 ^R	13	3	27
2008	1	2 ^{KR}	13 ^{RRRR}	16	6	38
2009			6	9	2	17
2010.1			3	4	1	8
2005.2-2010.1	2 (= 1,8%)	8 (= 7,1%)	34 (= 30,4%)	54 (= 48,2%)	14 (= 12,5%)	112 (100%)
Gesamt*	21 (= 8,4%)	8 (= 3,2%)	87 (= 34,9%)	113 (= 45,4%)	20 (= 8,0%)	249 (100%)

Bemerkungen: Es fehlen 5 offene Verfahren des Jahres 2010. Die hochgestellten Buchstaben beschreiben Fälle, die trotz Unzulässigkeit übernommen wurden oder wegen Übernahme nicht eingereicht wurden (Ü), die trotz Unzulässigkeit oder Rückzugs zu einer Abstimmung (Ratsreferendum) führten (R) oder die zurückgezogen wurden, da ein Kompromiss ausgearbeitet wurde (K). So wurden beispielsweise im Jahr 2007 bei drei Bürgerbegehren Kompromisse erarbeitet, worauf die Initiatoren ihre Begehren zurückzogen. * Abweichung zu 100% wegen Rundungen.

I.1.5) Gründe für die Unzulässigkeit

Vor der Reform 2005 waren die meisten Bürgerbegehren deshalb unzulässig, weil es sich bei den Gegenständen nicht um „wichtige Gemeindeangelegenheiten“ handelte, wie vom sogenannten Positivkatalog definiert. Von der Möglichkeit, diesen Katalog per Hauptsatzung zu erweitern, machten nur wenige Gemeinden Gebrauch. Dass dieser Positivkatalog gestrichen wurde, hat allerdings nicht dazu geführt, dass die thematischen Einschränkungen bei Bürgerbegehren ihren Schrecken verloren hätten.

Hinzu kommt, dass Bürgerbegehren vermehrt auch an der Frist gegen Gemeinderatsbeschlüsse scheitern. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Begründungen auf, mit denen die Gemeinderäte Bürgerbegehren für unzulässig erklärten.

Tabelle 4: Begründungen der Gemeinderäte für Unzulässigkeit von Bürgerbegehren (teilweise wurden mehrere Gründe benannt)

Jahr	Frist überschritten	Nicht genügend Unterschriften	KDV unzureichend	KDV fehlt	Formfehler	Positiv-/Negativ-Katalog	Sonstige	Gesamt
1995	1			1		4		6
1996						6		6
1997	2		1			6		9
1998	2	1		1		4		8
1999	1			3		5		9
2000		1			1	3		5
2001						3		3
2002			1		1	1		3
2003	1	1	1			3		6
2004		1				2		3
2005.1		1						1
1995-2005.1	7	5	3	5	2	37		59
2005.2			1		1			2
2006	1			2				3
2007	5	1		1		5	1	13
2008	5	3		1	2	7	3	20
2009	2			2	2	2	1	9
2010	1		1			1	1	4
2005.2-2010	14	4	2	6	5	15	6	52
Gesamt	21	9	5	11	7	52	6	111

Bis 2005.1 wurden in 37 Fällen Bürgerbegehren für unzulässig erklärt, da die behandelten Sachfragen nicht im Positivkatalog aufgeführt waren bzw. die Gemeinden eine Erweiterung dieses Katalogs nicht durchführten. Nach der Reform nahm die Zahl der sonstigen Gründe und der Fristverstöße zu. In 14 der 15 der unter den Negativkatalog fallenden Fällen scheiterten unter anderem an der neuen Ziffer 6 des Negativkatalogs. Da sich die Planungen auch meist über einen längeren Zeitraum hinziehen, treten der Negativkatalog und die Verstöße gegen die 6-Wochen-Frist als Gründe der Unzulässigkeit oftmals gepaart auf. Inwiefern sich der neue Ausschlussstatbestand „Bauleitplanung“ in rechtlicher wie praktischer Hinsicht entwickelt hat, zeigt der folgende Exkurs auf.

Exkurs: Bauleitpläne und Bürgerbegehren

Mit der Reform 2005 wurde in den Negativkatalog der Punkt „Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften“ aufgenommen. Die anfängliche Einschätzung von Mehr Demokratie war, dass viele Sachfragen nun nicht mehr bürgerentscheidungsfähig seien und dass es sich bei der Reform um eine Scheinreform handle. In einer Stellungnahme des Innenministeriums an die Stadt Bad Wurzach, wie der Ausschlussstatbestand „Bauleitpläne“ zu interpretieren sei, wurden allerdings Hoffnungen geweckt: So sei-

en Grundsatzentscheidungen im Vorfeld wie auch Fragen des „Ob“ einer Planung, also beispielsweise im Sinne einer Forderung nach Planungsverzicht oder -stopp, bürgerentscheidsfähig. Aufgrund dieser Einschätzung sah Mehr Demokratie gemeinsam mit anderen Bündnispartnern (DGB, Umweltverbänden u. a.) davon ab, einen laufenden Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zugunsten weiterer Verbesserungen einzureichen.

Mittlerweile haben allerdings mehrere Gerichtsentscheidungen eine Auslegung des Ausschlussstatbestands „Bauleitpläne“, wie sie das Innenministerium nach der Reform vertrat, unmöglich gemacht. Der VGH Mannheim hat in seiner Entscheidung zum Bürgerbegehren in Rheinstetten zu einem geplanten Fleischwerk im März 2009 festgelegt, dass unter „Bauleitpläne“ auch alle Verfahrensschritte fallen und ein Planungsstopp nicht bürgerentscheidsfähig ist. Zahlreiche Bürgerentscheide der vergangenen Jahre wie in Geislingen, Salem, Waldenburg, Metzingen und Leutkirch wären nun nicht mehr zulässig.

Besonders gravierend ist, dass die negativen Auswirkungen dieser Auslegung durch die 6-Wochen-Frist noch verstärkt werden. Denn oftmals werden für die BürgerInnen Vorhaben erst dann erkennbar, wenn Planungen fortgeschritten sind. Die dazu gehörigen „Grundsatzentscheidungen im Vorfeld“, die laut Landesregierung hätten bürgerentscheidsfähig sein sollen, sind dann schon längst Vergangenheit und ein Bürgerbegehren dagegen verfristet. Die BürgerInnen werden in frühen Widerstand getrieben.

Es besteht also die Gefahr, dass vermehrt Bürgerbegehren mit dem Verweis auf bereits begonnene Planungen und die 6-Wochen-Frist für unzulässig erklärt werden oder von vornherein unterbleiben. In Nußloch beispielsweise wurde die Aufhebung einer öffentlichen Einrichtung, die bis zur Reform 2005 bürgerentscheidsfähig war, mit Verweis auf die begonnene Bebauungsplanung und die Aussagen des Flächennutzungsplans für unzulässig erklärt. In Merzhausen stellten ein hinzugezogener Anwalt sowie die Aufsichtsbehörde fest, dass über den kommunalen Bau eines Wohn- und Geschäftshauses keine Abstimmung stattfinden könne, weil schon ein Bebauungsplanverfahren laufe. Dies betraf sowohl das Bürgerbegehren, dessen Initiatoren primär Belastungsfolgen und Risiken der kommunalen Investition im Auge hatten, als auch das Ratsbegehren, welches der Gemeinderat anstrebte.

Die Reform hat, im Gegensatz zur ursprünglichen Intention des Gesetzgebers, also wesentlich striktere Regeln hervorgebracht, wenn es um Bauleitplanung geht. Die anfängliche Einschätzung von Mehr Demokratie bezüglich der Reform hat sich als richtig erwiesen. Vor der Reform hatten zumindest die Gemeinderäte die Möglichkeit den Positivkatalog zu erweitern. Der Stand der Bauleitplanung war dabei unerheblich. Bei dieser neuen, restriktiven Auslegung des Negativkatalogs durch Gerichte können nun auch die Gemeinderäte keine Abhilfe mehr schaffen.

Reformvorschlag: Wie in Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Hamburg und Thüringen sollte der Landesgesetzgeber den Ausschlussstatbestand „Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften“ streichen. Das Baugesetzbuch steht einer solchen Änderung nicht im Weg, sondern schließt nur den endgültigen Satzungsbeschluss vom Bürgerentscheid aus. Die Frist gegen bestehende Gemeinderatsbeschlüsse ist abzuschaffen.

Weiterführende Literatur und Quellen: Geitmann, R.: „Memorandum. Flächenverbrauch in bürger-schaftlicher Verantwortung“ sowie „Anmerkungen zur Antwort des Innenministeriums v. 4. 3.2008 auf die Große Anfrage der Fraktion GRÜNE zu Bilanz und Reformbedarf für direkte Demokratie in Baden-Württemberg“ abrufbar unter www.mitentscheiden.de.

I.1.6) Chronologische Darstellung

Vor der Reform im Jahr 2005 stagnierte die Zahl der Bürgerbegehren lange Zeit. Nach der Reform erhöhte sie sich nur leicht. Beginnend mit dem Jahr 2007 lässt sich ein stärkerer Anstieg der Verfahren erkennen. Wir führen dies zurück auf die Fälle in Pforzheim (Ende 2005 bis zum Bürgerentscheid im Juli 2006) und Freiburg (Frühjahr 2006 bis zum Bürgerentscheid im November 2006), über die landesweit in den Medien berichtet wurde. So wurden im 4. Quartal 2007 sehr viele Verfahren initiiert und auch ein halbes Jahr später starteten fast zeitgleich 16 Verfahren.

Im 4. Quartal 2008 und im nachfolgenden ersten Quartal 2009 sinkt die Zahl der Verfahren massiv. Verantwortlich für diesen Einbruch sind wahrscheinlich die Vorbereitungen für die Kommunalwahl im Juni 2009 sowie mehrere anstehende Gerichtsverfahren bezüglich der Zulässigkeit von Bürgerbegehren zu Fragen der Bauleitplanung. Die restriktive Rechtsprechung in diesen Fällen führte dazu, dass weniger Bürgerbegehren eingereicht wurden. Dies zeigt vor allem die Beratungspraxis von Mehr Demokratie. Viele Ansinnen, Bürgerbegehren durchzuführen, müssen abgebrochen werden, da schon in einem frühen Stadium ersichtlich ist, dass sie gegen den Negativkatalog verstoßen oder verfristet sind.

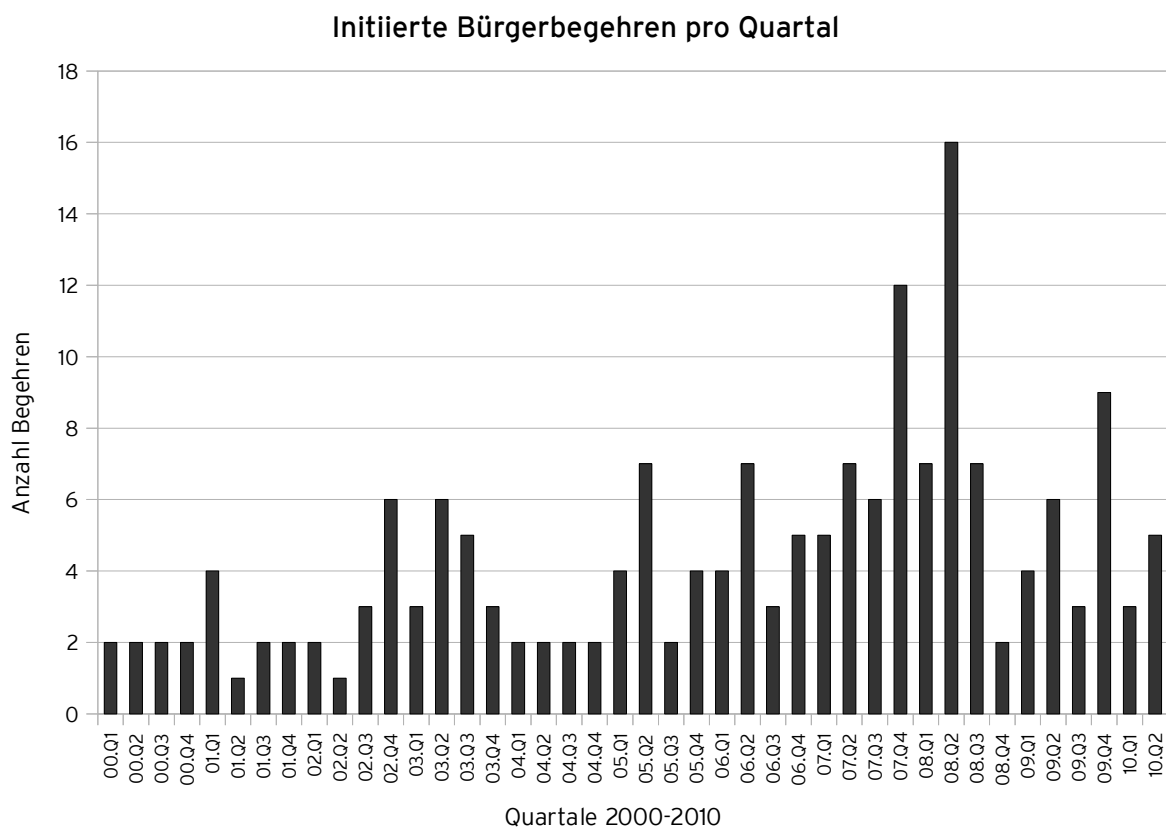


Abbildung 1: Zeitlicher Überblick der initiierten Verfahren

I.1.7) Räumliche Verteilung

In den Regierungsbezirken Freiburg und Stuttgart finden die meisten Bürgerbegehren statt (49 bzw. 41). In den Bezirken Karlsruhe (28) und Tübingen (22) sind Bürgerbegehren seltener. Die folgende Tabelle 5 listet die Landkreise (ohne kreisfreie Städte) nach Häufigkeit der Bürgerbegehren auf. Die Bevölkerungsdichte der Landkreise scheidet als ein möglicher Grund für diese Verteilung aus.³ Es ist denkbar, dass allerdings die Gemeindestruktur der Landkreise bezüglich der Größe der Gemeinden Einfluss auf die Häufigkeit der Verfahren hat. Wie in Abschnitt I.4) deutlich wird, spielt die Gemeindegröße bei der Häufigkeit von Bürgerbegehren eine entscheidende Rolle: Somit wären in Landkreisen mit überproportional kleinen Gemeinden tendenziell weniger Bürgerbegehren zu erwarten.

Tabelle 5: Übersicht über Landkreise nach Häufigkeit initiiertter Bürgerbegehren

Landkreis	Anzahl		Landkreis	Anzahl
Ortenaukreis	17		Main-Tauber-Kreis	6
Rems-Murr-Kreis	16		Ostalbkreis	6
Konstanz	14		Enzkreis	5
Alb-Donau-Kreis	13		Heilbronn, Land	4
Böblingen	12		Ravensburg	4
Breisgau	11		Freudenstadt	3
Bodenseekreis	11		Rastatt	3
Esslingen	10		Heidenheim	3
Tuttlingen	9		Hohenlohekreis	3
Schwarzwald-Baar-Kreis	8		Schwäbisch Hall	3
Karlsruhe, Land	8		Biberach	3
Göppingen	8		Zollernalbkreis	3
Emmendingen	7		Waldshut	2
Lörrach	7		Reutlingen	2
Calw	7		Tübingen	2
Ludwigsburg	7		Rottweil	1
Neckar-Odenwald-Kreis	6		Sigmaringen	1
Rhein-Neckar-Kreis	6			

³ Der Pearsonsche Korrelationskoeffizient ergab für den Zusammenhang zwischen Häufigkeit pro Landkreis und dessen Bevölkerungsdichte lediglich einen Wert von 0,3.

I.1.8) Auswirkungen der Reform auf Bürgerbegehren

Der Anwendungsbereich für Bürgerbegehren wurde durch die Streichung des Positivkatalogs wesentlich erweitert. Die ursprünglichen Intentionen der Landesregierung und des Gesetzgebers wurden aber nicht erfüllt. Die geringe Verlängerung der Frist bzw. die Erweiterung des Themenausschlusses sowie dessen extensive Auslegung beschränken den Handlungsspielraum der Bürgerschaft weiterhin enorm. Im Vergleich dazu sind die anderen Änderungen, wie die Absenkungen der Unterschriftenhürde im Jahr 1998 zu vernachlässigen.

Bürgerbegehren bleiben daher weit hinter ihrem Potenzial zurück: Der Kostendeckungsvorschlag verhindert, dass BürgerInnen mit neuen Ideen Alternativen in den Abstimmungsprozess mit einfließen lassen können. Bürgerbegehren werden somit auf ein Veto-Instrument reduziert und Bürgerinitiativen werden als Nein-Sager wahrgenommen. Der neue Negativkatalog hat zuerst Unsicherheit gebracht und am Ende den wesentlichen Punkt der Reform – die Streichung des Positivkatalogs – in seiner Wirkung stark reduziert. Für die Bürgerinitiativen aber auch für die Verwaltung und die Gemeinderäte hat sich die Frage nach der thematischen Zulässigkeit von Begehren erschwert.

Die neue Regelung hat, weil halbherzig, die Beteiligungsmöglichkeiten geringfügig und den Frust erheblich gesteigert.

I.2) Ratsbegehren

Zwischen 1996 und dem ersten Halbjahr 2005 wurden 35 Ratsbegehren beschlossen (im Schnitt 3,3 pro Jahr). 13 davon (37,1 %) fanden statt, weil nachweislich Bürgerbegehren angedroht oder durchgeführt worden waren. Im zweiten Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Ratsbegehren auf im Schnitt 4,4 pro Jahr. 10 der 22 Ratsbegehren wurden auf Grund von vorangegangenen Bürgerbegehren initiiert, was einem Anteil von 45,5 % entspricht.

Zwei Verfahren aus dem Jahr 2009 (Heddesheim und Merzhausen) konnten nicht beschlossen werden, weil sie wegen des Negativkatalogs unzulässig waren. Im Jahr 2008 erledigte sich ein Ratsreferendum in Stetten am kalten Markt, bevor es zur Abstimmung kam, da sich die Entscheidungsgrundlage vor dem Abstimmungstag noch änderte.

Tabelle 6: Anzahl der Ratsbegehren nach Jahren

	Ratsbegehren	Auf Grund vorangegangenen BB
1995	4	1
1996	3	2
1997	1	
1998	4	1
1999	6	3
2000	2	
2001	5	2
2002	3	2
2003	4	2
2004	1	
2005.1	2	
1996-2005.1	35	13 (= 37,1%)
2005.2	1	
2006	4	2
2007	4	2
2008	9	5
2009	4	1
2010.1		
2005.1-2010.1	22	10 (= 45,5%)
Gesamt	57	23 (= 40,4%)

I.2.1) Anlässe für Ratsbegehren

In über 40 % der Fälle initiierten Gemeinderäte eine kommunale Abstimmung, weil ein Bürgerbegehren unzulässig war oder durchgeführt bzw. angedroht wurde. So setzte der Metzinger Gemeinderat selbst eine Abstimmung über das geplante Logistikzentrum von HUGO BOSS an, um das Verfahren zu beschleunigen. In Urbach musste ein Bürgerbegehren zu einem Kunstobjekt aus rein formellen Gründen für unzulässig erklärt werden. Der Gemeinderat kam den Anliegen des Initiators für eine Abstimmung nach und setzte selbständig eine Abstimmung an. Es ist erfreulich, dass Gemeinderäte diese Möglichkeit nutzen, die allerdings dann an rechtliche Grenzen stößt, wenn das Thema nicht bürgerentscheidsfähig ist: Wird ein Bürgerbegehren auf Grund des Negativkatalogs für unzulässig erklärt, kann der Gemeinderat nur mit einer veränderten Fragestellung reagieren. In Heddesheim und in Merzhausen erschien selbst dies nicht möglich, weil der Planungsstand der strittigen Projekte schon zu weit vorangeschritten war. Vor allem wenn Bürgerbegehren gegen Fristen verstoßen oder wenn Kostendeckungsvorschläge für die Initiatoren zu schwierig waren, sollten Gemeinderäte dem Wunsch nach einer Abstimmung näher treten.

Bei den anderen Fällen von Ratsbegehren kam der Impuls für eine Abstimmung in der Regel aus dem Gemeinderat oder der Verwaltung selbst – meist, weil man die Frage den BürgerInnen überlassen wollte, selten weil man sich uneins war. Allerdings kann man bei diesen Fällen nicht ausschließen, dass Bürgerbegehren angedroht wurden.

I.2.2) Auswirkungen der Reform auf Ratsbegehren

Mit der Erweiterung des Negativkatalogs hat sich der Spielraum für Gemeinderäte verengt, ein Ratsreferendum anzusetzen. Konnten Gemeinderäte vor der Reform mittels Hauptsatzungsergänzung fast jede relevante Sachfrage für zulässig erklären, setzt der erweiterte Negativkatalog dem enge Grenzen. Initiiert der Gemeinderat eine Bauleitplanung, so ist eine Abstimmung schon nicht mehr möglich. Wurde schon ein Flächennutzungsplan erstellt, sind Abstimmungen nur noch zulässig, wenn diese sich inhaltlich im Rahmen des Flächennutzungsplans bewegen.

I.3) Thematische Einordnung der Bürger- & Ratsbegehren

Die meisten Begehren finden zu öffentlichen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen, zu öffentlichen Sozial- und Bildungseinrichtungen (je 20,2 %) sowie zu Verkehrs- und Wirtschaftsprojekten (19,6 bzw. 19,2 %) statt. Die restlichen 20,8 % der Fälle verteilen sich vorwiegend auf Kulturprojekte, Bauleitpläne und die Hauptsatzung sowie zu Entsorgungsprojekten, Wohngebieten, Gebietsreform und zu sonstigen Themen.

Nach der Reform hat vor allem die Zahl der Begehren zu Wirtschaftsprojekten, zu öffentlichen Sozial- und Bildungseinrichtungen und (zunächst auch) zu Bauleitplanungen zugenommen. Wirtschaftsprojekte waren, da es sich nicht um öffentliche Einrichtungen handelte, lange Zeit nicht bürgerentscheidsfähig.

Tabelle 7: Thematische Gliederung der Bürgerbegehren (BB) und Ratsbegehren (RB)

	Bürgerbegehren			Ratsbegehren		Gesamt
	1995-2005.1	2005.1-2010.1	Alle BB	RB	davon wegen BB	
Öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen	33	17	50	13	3	63 (20,2%)
Entsorgungsprojekte	3	1	4	-	-	4 (1,3%)
Öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtung	28	27	55	8	4	63 (20,2%)
Kulturprojekte	14	5	19	1	1	20 (6,4%)
Verkehrsprojekte	34	13	47	14	5	61 (19,6%)
Wirtschaftsprojekte	18	30	48	12	7	60 (19,2%)
Wohngebietsprojekte	1	2	3	2	2	5 (1,6%)
Gebietsreform	1	0	1	4	-	5 (1,6%)
Gebühren und Abgaben	1	0	1	-	-	1 (0,3%)
Hauptsatzung oder andere Satzung	4	7	11	1	-	12 (3,8%)
Planungssatzung, Bauleitplanung	3	9	12	2	1	14 (4,5%)
Sonstiges	1	3	4	-	-	4 (1,3%)
Summe	141	114	255	57	(23)	312 (100%)

I.4) Häufigkeit von Ratsbegehren und Bürgerbegehren nach Gemeindegrößen

Die meisten Begehren finden in Städten und Gemeinden unter 20.000 Einwohnern statt (63,1 %). Allerdings muss hier die relative Häufigkeit betrachtet werden: Da die Städte und Gemeinden über 20.000 Einwohnern nur knapp 9 % aller Gemeinden in Baden-Württemberg ausmachen, sind in diesen Gemeinden Begehren häufiger. In einer Gemeinde unter 20.000 Einwohnern findet alle 79 Jahre ein Begehren statt, während in Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern alle 19 Jahre und in Gemeinden über 50.000 Einwohnern alle 7 Jahre ein Begehren durchgeführt wird. Folgende Tabelle gibt die Häufigkeitsverteilung von Bürger- und Ratsbegehren nach Gemeindeklassen wieder:

Tabelle 8: Häufigkeitsverteilung von Begehren nach Gemeindeklassen

	Bürgerbegehren	%	Ratsbegehren	%	Rats- & Bürgerbegehren	%
1. bis 1.999	18	7,0%	9	15,8%	27	8,7%
2. 2.000 bis 4.999	54	21,2%	16	28,1%	70	22,4%
3. 5.000 bis 9.999	44	17,3%	6	10,5%	50	16,0%
4. 10.000 bis 19.999	44	17,3%	6	10,5%	50	16,0%
5. 20.000 bis 49.999	53	20,8%	11	19,3%	64	20,5%
6. 50.000 bis 99.999	20	7,8%	5	8,8%	25	8,0%
7. über 100.000	22	8,6%	4	7,0%	26	8,3%
Gesamt	255		57		312	

II.) Bürgerentscheide und Ratsreferenden

Die Abbildung 2 verdeutlicht nochmals, wie stark der Anstieg der Verfahren seit 2007 war. Die Zahl der Bürgerentscheide nahm 2007 massiv zu und erreichte 2008 die höchste Zahl pro Jahr seit 1971. Im Jahr 2007 hat sich ihre Zahl sogar mehr als verdoppelt. Fanden zuvor im Schnitt 5,6 Bürgerentscheide pro Jahr statt, waren es für diese Jahre nun 14 bzw. 18. Für den gesamten Zeitraum nach der Reform betrachtet, erhöhte sich die Zahl der Bürgerentscheide auf fast 11 pro Jahr.

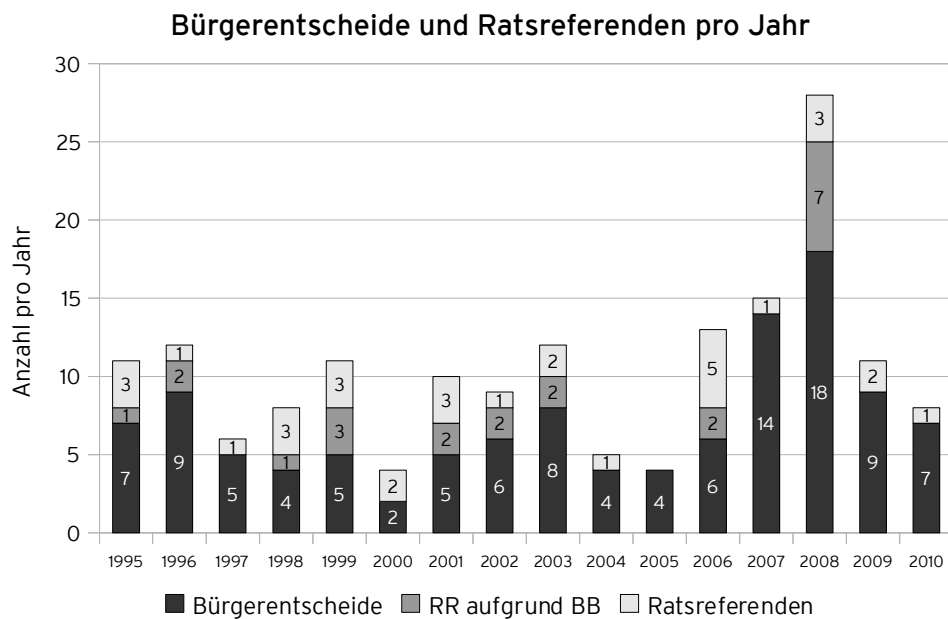


Abbildung 2: Zahl der kommunalen Sachentscheide pro Jahr. Die Entscheide im Jahr 2005 fanden alle vor dem Inkrafttreten der Reform statt.

Überproportional viele unzulässige oder zurückgezogene Bürgerbegehren wurden 2007 und 2008 per Gemeinderatsbeschluss zur Abstimmung gestellt. Insgesamt wurden 7 Ratsreferenden auf Grund durchgeführter oder zumindest angedrohter Bürgerbegehren angesetzt. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Ratsreferenden von im Schnitt 3,1 auf 4,2 pro Jahr. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kann man aber davon ausgehen, dass das Jahr 2008 in dieser Hinsicht eher eine Ausnahme darstellt und sich die Zahl der Ratsreferenden auf das Niveau von 1995-2005 zurück bewegen wird. Diesen Schluss lassen zumindest die Zahlen der anderen Jahre nach 2005 zu.

II.1) Häufigkeit kommunaler Abstimmungen

Insgesamt betrachtet, hat die Zahl der Bürgerentscheide und Ratsreferenden also zugenommen. Im Schnitt der Jahre 1995-2005 kam es in Baden-Württemberg zu fast 9 Abstimmungen pro Jahr. 64 % davon waren Bürgerentscheide. In den Jahren 2006-2010 erhöhte sich die Zahl auf 15 Abstimmungen pro Jahr und der Anteil der Bürgerentscheide stieg auf 72 %. Die nachfolgende Tabelle 9 gibt nochmals einen genaueren Überblick über die Zahl der Verfahren.

Tabelle 9: Anzahl der Entscheide pro Jahr (1995-2010.1)

	Bürgerentschei- de	Ratsreferen- den	Ratsreferenden auf Grund von Bürgerbegeh- ren	Alle Entscheide
1995	7	3	1	11
1996	9	1	2	12
1997	5	1		6
1998	4	3	1	8
1999	5	3	3	11
2000	2	2		4
2001	5	3	2	10
2002	6	1	2	9
2003	8	2	2	12
2004	4	1		5
2005.1	4			4
1995-2005.1	59 (64,13%)	20 (21,74%)	13 (14,13%)	92 (100%)
2005.2				0
2006	6	5	2	13
2007	14	1		15
2008	18	3	7	28
2009	9	2		11
2010.1	7	1		8
2005.2- 2010.1	54 (72%)	12 (16%)	9 (12%)	75 (100%)
Gesamt	113 (67,6%)	32 (19,2%)	22 (13,2%)	167 (100%)

In den Gemeinden der Klasse 2 (bis 5.000 Einwohner) und 4 (bis 20.000 Einwohnern) nahm die Zahl der Abstimmungen merklich zu, während vor allem in Gemeinden mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern die Zahl zurückging. In letzterer Klasse fanden sowohl weniger Bürgerentscheide als auch weniger Ratsreferenden statt, während bei den zwei anderen Klassen vor allem die Bürgerentscheide zunahmen.

Ähnlich wie bei der Häufigkeit von Begehren, so finden auch die meisten Abstimmungen in den Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern statt (67 %): Allerdings muss auch hier wieder beachtet werden, dass diese Gemeinden fast 91 % der Gemeinden ausmachen. So findet in einer Gemeinde mit bis zu 20.000 Einwohnern nur alle 139 Jahre eine Abstimmung statt, während es in Gemeinden mit bis zu 50.000 Einwohnern alle 38 Jahre und in Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern alle 15 Jahre zu einer Abstimmung kommt. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Verteilung der Abstimmungen über die Gemeindeklassen.

Tabelle 10: Überblick über die Abstimmungen pro Gemeindeklasse (auch anteilig)

	Gesamtzeit- raum	1995- 2005	Anteil	2006- 2010	Anteil	Differenz
1. bis 1.999	17	11	11,6	6	8,3	-3,3
2. 2.000 bis 4.999	39	19	20,0	20	27,8	+7,8
3. 5.000 bis 9.999	28	17	17,9	11	15,3	-2,6
4. 10.000 bis 19.999	28	13	13,7	15	20,8	+7,1
5. 20.000 bis 49.999	32	21	22,1	11	15,3	-6,8
6. 50.000 bis 99.999	12	8	8,4	4	5,6	-2,8
7. über 100.000	11	6	6,3	5	6,9	+0,6
Gesamt	167	95	100,0	72	100,0	

II.2) Abstimmungsbeteiligung

Die Abstimmungsbeteiligung bei allen Sachentscheiden zwischen 1995 und 2010 lag im Schnitt bei 52,41 %. Auffallend ist der Unterschied zwischen Bürgerentscheiden und Ratsreferenden: Während bei Bürgerentscheiden die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung bei 48,76 % liegt, beträgt sie bei „reinen“ Ratsreferenden, bei denen kein Bürgerbegehren im Vorfeld durchgeführt wurde, 62,99 %. Wenn Ratsreferenden angesetzt werden, weil es im Vorfeld Bürgerbegehren gab, ist die Beteiligung ähnlich wie bei Bürgerentscheiden geringer (55,79 %). Mögliche Gründe für die höhere Beteiligung bei „reinen“ Ratsreferenden liegen wahrscheinlich darin, dass in diesen Fällen eine breitere Akzeptanz für die Durchführung einer Abstimmung besteht und dass auch der behandelten Sachfrage eine höhere Bedeutung zugemessen wird. Dies hat zur Folge, dass mehr lokale Gruppierungen in die eine oder andere Richtung, aber immer auch für die Abstimmung mobilisieren. Bei einem Bürgerentscheid erzwingt eine kleine Minderheit eine Abstimmung zu einer Sachfrage, die sicherlich nicht in allen Fällen die gleiche Bedeutung wie bei einem Ratsreferendum erlangt. Die Mobilisierung fällt hier dann eher asymmetrisch aus. Dass allerdings auch Sachfragen bei Bürgerentscheiden eine ähnliche Bedeutung wie bei Ratsreferenden haben können, legt das ebenfalls hohe Maximum der Beteiligung von 84,3 % nahe.

Tabelle 11: Übersicht über die Beteiligung bei Bürgerentscheiden und Ratsreferenden

Verfahren	Durchschnittliche Beteiligung (%)	Minimum (%)	Maximum (%)	Standard- abweichung	Anzahl
Alle Entscheide 1995-2010	52,41	17,1	87,8	15,45	167
Bürgerentscheide	48,76	17,1	84,3	14,15	113
„Reine“ Ratsreferenden	62,99	39,9	87,8	13,29	32
Ratsreferenden mit vor- herigen Bürgerbegehren	55,79	17,6	83,3	16,81	22

Finden Abstimmungen zeitgleich mit Wahlen statt, hat dies einen positiven Effekt auf die Beteiligung, wobei dieser bei Bundestagswahlen am stärksten ausgeprägt ist. Am Tag der Bundestagswahl 2009 haben fünf Bürgerentscheide und 2 Ratsreferenden stattgefunden und bei allen Entscheiden be-

teiligten sich über 70 % der Wahlberechtigten. In der Regel liegt die Beteiligung dennoch unter der bei der gleichzeitig stattfindenden Wahl (im Schnitt 3,2 Prozentpunkte).

Dass Abstimmungen auf einen Wahltag gelegt werden, ist vor allem in Hinblick auf das Erreichen des Zustimmungsquorums von Bedeutung und deshalb stets begrüßenswert. Sicherlich bieten sich dabei nicht nur die Land- und Bundestagswahlen an, sondern auch die Kommunalwahlen. Strittig ist allerdings hierbei, inwiefern sich der Abstimmungskampf auch auf den Wahlkampf und den Ausgang der Wahl auswirkt. Eine thematische Vermischung ist hierbei häufig nicht zu vermeiden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Fälle auf, in denen Abstimmungen auf einen Wahltag gelegt wurden, ob es sich um ein Ratsreferendum (RR) oder einen Bürgerentscheid (BE) handelte, welche Beteiligung bei der Abstimmung erzielt wurde sowie deren Differenz zur Wahlbeteiligung.

Tabelle 12: Überblick über die Fälle, deren Abstimmungen auf Wahltage gelegt wurden.

Landtagswahl 25.03.01	Altenriet (Standort Rathaus-Neubau, RR, 67,9%, -8,4)
Bundestagswahl 22.09.02	Karlsruhe (Schienenverkehrsprojekt Ustrab, RR, 74%, -5,1)
Landtagswahl 26.03.06	Reutlingen (Beginn von Planungen für neue Stadthalle, RR, 53%, -3,5) Hausen ob Verena (Neubaugebiet Bergstraße, RR, 80%, +14,8) Bühl (Unechte Teilortswahl, RR, 49,3%, -1,6) Dettingen u. T. (Bau eines Fußgänger- & Radfahrersteges, RR, 64,1%, -4,0) Betzweiler-Wäldle (Gemeindezusammenschluss, RR, 80,9%, +0,6)
Kommunalwahlen (und EP-Wahl) 07.06.09	Illerkirchberg (Einführung des Gelben Sacks, BE, 62,6%, +7,1) Schömberg bei Balingen (Gegen Bad-Neustart, BE, 52,4%, -2,7)
Bundestagswahl 27.09.09	Bad Dürkheim (Für weiches Wasser, RR, 72,0%, -2,1) Beilstein (Für eine verbesserte Einkaufssituation, BB, 78,4%, -2,5) Creglingen (Pro Mesnerhaus, BB, 73,1%, -1,6) Leutkirch (Für die Ansiedlung des Center Parcs, RR, 73,5%, -1,5) Rosenberg (Dokumentationszentrum Sieger Köder, BB, 75,5%, -2,2) Simmozheim (Bau einer Sporthalle und Sanierung, BB, 76,3%, -2,9) Vaihingen/Enz (Umbau der Bahnstrecke zum Radweg, BB, 72,9%, -3,7)

II.3) Ergebnisse und Gültigkeit der Abstimmungen

Die Gemeindeordnung in Baden-Württemberg verlangt, dass bei einem Bürgerentscheid die Entscheidung nur dann gültig ist, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (also entweder die Ja- oder die Nein-Stimmen), einem Viertel der Wahlberechtigten entsprechen (sog. Zustimmungsquorum). Ist dies nicht der Fall, d.h. antwortet die Mehrheit der Abstimmenden mit Ja, aber entspricht diese nicht einem Viertel aller Abstimmungsberechtigten, dann ist die Abstimmung unverbindlich und der Gemeinderat muss über die Sachfrage erneut entscheiden. Er hat dann natürlich die Möglichkeit, sich dem Votum der Bürgerschaft, auch wenn es nicht verbindlich war, anzuschließen. Bürgerbegehren, die das Zustimmungsquorum nicht erreichen, bezeichnen wir als „unecht gescheitert“: Sie haben zwar eine Mehrheit der Stimmen erhalten, trotzdem sind sie formal gescheitert.

Mehr Demokratie lehnt Quoren bei Abstimmungen ab. Zum einen existieren diese bei Wahlen ebenso nicht, zum anderen verzerren sie das Abstimmungsergebnis und senken tendenziell die Beteiligung (Reidinger 2008, Mittendorf 2008). Die Gegner von Bürgerbegehren werden durch das Zustimmungsquorum dazu verleitet, den Sachentscheid zu boykottieren. WählerInnen, die dem vorgebrachten Anliegen tendenziell ablehnend gegenüber stehen, bleiben der Abstimmung eher fern. Ein Quorum führt also dazu, dass sich die Befürworter durchsetzen, was der Begründung des Quorums widerspricht. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen bei Bürgerentscheiden wider, da diese überwiegend von den Initiatoren gewonnen werden.

Nur ein Viertel der Bürgerentscheide zwischen 1995 und 2005 wurden von den Initiatoren verloren. In Bayern mit wesentlich geringeren Quoren bei den Abstimmungen ist diese Zahl doppelt so hoch. Dort werden in ca. 50 % der Bürgerentscheide die ablehnenden Positionen der Gemeinderäte angenommen und nicht die der Bürgerinitiativen. Mit dem von 30 auf 25 % gesenkten Quorum ist der Anteil der unecht gescheiterten Bürgerentscheide von 37,3 auf 25,9 % gefallen. Dass die Zahl der Entscheide, die von den Initiatoren verloren wurden, zwar auf 31,5 % gestiegen ist, aber noch nicht das Niveau von Bayern erreicht hat, zeigt, dass in manchen Fällen die Mobilisierung der Gegner weniger ausgeprägt war. Die Gemeinderatsmehrheit tut also gut daran, sich zukünftig stärker in den Abstimmungskampf einzubringen und für die eigene Position zu werben.

Tabelle 13: Ergebnisse der Bürgerentscheide

Ergebnisse der Bürgerentscheide	1995-2005		2006-2010		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Im Sinne der Initiatoren (gewonnen)	22	37,3	23	42,6	46	40,7
Unecht gescheitert (gewonnen, aber unverbindl.)	22	37,3	14	25,9	35	31,0
Nicht im Sinne der Initiatoren (verloren)	15	25,4	17	31,5	32	28,3
insgesamt	59		54		113	

Nach unecht gescheiterten Bürgerentscheiden schlossen sich Gemeinderäte nur in vier Fällen dem Votum der Bürgerschaft an. Im Jahr 2008 änderte der Fichtenberger Gemeinderat die Planungen für ein neues Feuerwehrhaus so, dass ein älteres Gebäude erhalten werden konnte. Vor der Reform schlossen sich Gemeinderäte in Freiburg, Höfen und Walldorf dem Votum der BürgerInnen an.⁴

Bei Ratsreferenden ist dieser Boykotteffekt weniger ausgeprägt, weil sich in der Regel alle relevanten lokalen Akteure in den Abstimmungskampf einbringen. Von den 32 Ratsreferenden der Jahre 1995-2010, die nicht auf Grund (angedrohter) Bürgerbegehren durchgeführt wurden, haben die BürgerInnen in 17 Fällen den Vorlagen zugestimmt, während in 15 Fällen die Vorlagen abgelehnt wurden. Bei den 22 Ratsreferenden, die als Reaktion auf Bürgerbegehren angesetzt wurden, ähneln die Ergebnisse denen, die wir bei den Bürgerentscheiden feststellen konnten: Nur in acht Fällen konnten sich die Positionen der Gemeinderäte durchsetzen, in den restlichen 14 Fällen wurde das Anliegen der Bürgerinitiativen bestätigt. Allerdings gilt natürlich auch bei Ratsreferenden das Abstimmungsquorum. In fünf dieser 22 Fälle wurde das Quorum nicht erreicht und die Entscheidungen fielen an den Rat zurück. Nur im Fall Heidelberg schloss sich der Gemeinderat dem Votum der Bürgerschaft an und sah von einem Verkauf der städtischen Wohnungen ab. Bei den restlichen 32 Ratsreferenden scheiterten sechs Fälle am Zustimmungsquorum.

Betrachtet man nur die Verbindlichkeit der Abstimmungen unabhängig davon, ob sie mehrheitlich abgelehnt wurden oder nicht, so scheiterten vor der Reform über 40 % von ihnen am Zustimmungsquorum. Nach der Reform sank dieser Anteil auf 21,3 %. Besonders ärgerlich sind die Fälle, in denen die Verbindlichkeit aufgrund weniger Stimmen verfehlt wurde. In Denzlingen, Fichtenberg und Hechingen scheiterten die Abstimmungen, weil weniger als 50 Stimmen fehlten und in Hüfingen gar nur 8. Auch dies zeigt die Willkürlichkeit dieses Quorums.

Reformbedarf: Ein niedrigeres Quorum gestaffelt nach Gemeindegröße, wie es in Bayern besteht, ist der jetzigen Regelung vorzuziehen. Aber nur wenn es kein Quorum bei der Abstimmung gibt, kann man gewährleisten, dass keine Boykottstrategien ergriffen werden und das Abstimmungsergebnis nicht verzerrt wird.

Weiterführende Literatur und Quellen: Reidinger, F. (2008) siehe oben; Mittendorf, V. (2008): „Auswirkungen von Quoren und Themenrestriktionen bei kommunalen Bürgerbegehren im Ländervergleich.“ In: Vetter, A. (Hg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73-102.

⁴ In Walldorf geschah dies durch eine Anpassung der Planung für eine Sport- und Mehrzweckhalle, die den Forderungen der Bürgerinitiative so stark entgegen kamen, dass diese ihre Anliegen als erfüllt ansahen. Im letzten Bürgerentscheidsbericht wurde fälschlicherweise Schorndorf zu diesen Fälle hinzu gezählt.

II.4) Thematische Einordnung der Entscheide

Am häufigsten wird über öffentliche Einrichtungen, Verkehrs- und Wirtschaftsprojekte abgestimmt (82 %). Keine Abstimmungen fanden über Gebühren oder Abgaben statt (Negativkatalog). Zu öffentlichen Sozial- und Bildungseinrichtungen gehören zum Beispiel Abstimmungen über den Erhalt oder Standort von Schwimmbädern (Denzlingen 2007, Uhldingen-Mühlhofen 2003) von Sporteinrichtungen (Geislingen 2008, Gondelsheim 2006, Östringen 2005) oder Schulen (Langenargen 2009, Ammerbuch 2003, Zell i.W. 1997). Zu öffentlichen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen gehören unter anderem Stadthallen, Rathäuser, Fragen der Wasser- und Energieversorgung oder andere öffentliche Einrichtungen. Zu den Verkehrsprojekten gehören zum Beispiel Abstimmungen über Tunnelbauten (Karlsruhe UStrab 1996 und 2002, Mögglingen 1999, Markdorf 2003), Umgehungsstraßen (Schwäbisch Hall 2001, Kirchheim u.T. 2001) und über innerstädtische Verkehrsführungen (Tettngang 2008, Emmendingen 1995), aber ebenso über die Beteiligung an Flughäfen (Freiburg 1995, Lahr 1995). Seit der Reform sind auch private Wirtschaftsprojekte bürgerentscheidsfähig. Somit waren beispielsweise auch Wirtschaftsinvestitionen wie in Salem gegen MTU (2008) und in Metzingen gegen HUGO BOSS (2008), in Wertheim (2006), Ettenheim (2008), Blumberg (2007) und Schelklingen (2008) gegen den Bau von Kraftwerken oder in Ebersbach (Fils) und Hochdorf gegen die Bereitstellung von Grundstücken für Bauprojekte (2008) Gegenstand von Abstimmungen.

Folgende Liste zeigt die Verteilung der Themenfelder bei Abstimmungen auf:

1. Öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen: 42 (25,1 %)
2. Öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen: 37 (22,1 %)
3. Verkehrsprojekte: 36 (21,6 %)
4. Wirtschaftsprojekte: 22 (13,2 %)
5. Hauptsatzung oder andere Satzung: 10 (6 %)
6. Kulturprojekte: 7 (4,2 %)
7. Gebietsreform: 5 (3,0 %)
8. Planungssatzungen (Bauleitplanung): 3 (1,8 %)
9. Sonstiges: 2 (1,2 %)
10. Wohngebietsprojekte: 2 (1,2 %)
11. Entsorgungsprojekte: 1 (0,6 %)

III) Erfolgsquote von Initiativen

Die Tabelle 14 zeigt auf, welche Erfolgsquoten die Verfahren vor und nach der Reform aufweisen. Dabei werden sowohl Bürgerbegehren betrachtet als auch Ratsreferenden, die aufgrund von Bürgerbegehren angesetzt wurden.

Tabelle 14: Überblick über Erfolg und Misserfolg der durch Bürger initiierten Verfahren

Die Initiatoren sind erfolgreich weil...	Vor Reform		Nach Reform	
...ihre (unzulässigen) Begehren/Anliegen übernommen wurden	11	29,2 %	16	45,1 %
...ein Kompromiss erzielt wurde	0		5	
...ihr Begehren zu einem Ratsreferendum führte und sie diesen gewannen	4		5	
...über ihr Anliegen in einem Ratsreferendum abgestimmt wurde und sie diesen gewannen	2			
...sie den folgenden Bürgerentscheid gewonnen haben	22		23	
...weil sich der Gemeinderat trotz Unverbindlichkeit des Bürgerentscheids oder des Ratsreferendums dem Votum der BürgerInnen anschloss	3		1+1	
Die Initiatoren waren erfolglos, weil...		70,8 %		54,9 %
...sie ihr Begehren nicht einreichten oder zurückzogen	18		2	
...ihr Begehren unzulässig war	43		27	
...sie im Bürgerentscheid unterlagen	15		17	
...sie im Ratsreferendum unterlagen	5		2	
...der Bürgerentscheid oder das Ratsreferendum unecht scheiterte und der Gemeinderat sich nicht dem Votum der BürgerInnen anschloss	19+2		13+1	
	137+7RR		113	

Bis 2005 waren nur 29,2 % der Initiativen erfolgreich, über 44 % scheiterten an den formalen Hürden (Unzulässigkeit und Abstimmungsquorum). Seit der Reform hat sich die Situation für Initiatoren verbessert. Zwar scheitern immer noch über ein Drittel aller Bürgerinitiativen (36,3 %) an den formalen Hürden, in über 45 % der Fälle sind die Initiatoren allerdings nun erfolgreich. Soweit in der Statistik berücksichtigt, wurden weniger Bürgerbegehren nicht eingereicht und mehr Begehren für zulässig erklärt. Vor der Reform waren dies nur 7,6 %. Die Übernahme des Votums der Bürger bei unecht gescheiterten Bürgerentscheiden kommt selten vor und spielt bei der Frage der Erfolgsquote somit eine untergeordnete Rolle.

Dennoch ist es ein für Initiativen wie Gemeinderäte und Verwaltung unangenehmer Umstand, dass über ein Drittel der Verfahren seit 2005 nicht durch Aushandlungsprozesse oder die Bürgerschaft, sondern durch juristische Fallstricke oder hohe Hürden entschieden wurde. Dieses Drittel macht über 62 % der erfolglosen Initiativen aus. Die Gemeinderäte müssen dabei entweder auf Grund juristischer Abwägungen ein Bürgerbegehren für ungültig erklären, auch wenn für sie eine Abstimmung politisch Sinn macht, oder werden mit einem unverbindlich gebliebenen Bürgervotum konfrontiert, über das sie nochmals entscheiden müssen. Viele BürgerInnen nehmen solche Entscheidungen mit Unverständnis zur Kenntnis. Dass dies keine als legitimiert empfundene Lösung herbeiführt und die politische Situation eher verschlechtert, zeigt zum Beispiel auch das Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21.

IV) Fazit

Auf den ersten Blick erscheint die Reform der GO im Jahr 2005 eine positive Entwicklung eingeleitet zu haben: Die Erfolgsquote für Initiativen ist gestiegen, es wurde vermehrt nach Kompromissen gesucht und die Gemeinderäte kamen bei unzulässigen Bürgerbegehren den Initiatoren durch Übernahme oder durch das Ansetzen von Ratsreferenden entgegen. Auch sind mehr Abstimmungen verbindlich geworden. Durch den Wegfall des Positivkatalogs hat sich das Spektrum an Bürgerbegehren auch thematisch erweitert. Besonders aufgefallen sind Bürgerbegehren gegen Privatisierungen (Verkauf städtischer Wohnungen in Freiburg und Heidelberg oder der städtischen Busbetriebe in Pforzheim) und gegen kostspielige Großprojekte (wie in Stuttgart bei S21, in Konstanz beim Konzert- und Kongresshaus auf Klein Venedig, in Karlsruhe gegen die U-Strab oder in Heidelberg gegen die Stadthallen-Erweiterung); aber auch gegen Wirtschaftsobjekte wie in Metzingen, Nürtingen oder Salem. Zugleich bringen sich Verwaltungen und Gemeinderäte bei Bürgerentscheiden stärker ein und entscheiden dadurch häufiger die Abstimmung für sich. Boykottstrategien werden seltener.

Diese positive Entwicklung wird allerdings durch die extensive Auslegung des Negativkataloges zunichte gemacht: Der immer noch hohe Anteil von Verfahren, die an formellen Hürden scheitern, wird in Zukunft steigen, und etliche Bürgerbegehren schon im Vorfeld verhindern. Von der Grundsatzentscheidung, die nach Meinung des Landesgesetzgebers und der Regierung die BürgerInnen im Vorfeld einer Planung hätten treffen sollen „dürfen“, ist somit nichts mehr übrig: Durch restriktiv wirkende Rechtsprechung blockiert der Themenausschluss zu Bauleitplänen die bürgerschaftliche Mitverantwortung und ein wichtiges Instrument gegen Flächenfraß. Abhilfe kann nur der Landesgesetzgeber durch die Streichung der Ziffer 6 des § 21 Abs. 2 GO schaffen.

Die im Vergleich mit Bayern deutlich geringere Häufigkeit von Bürgerbegehren und Sachabstimmungen liegt vermutlich an den insgesamt noch zu engen und anwendungsunfreundlichen Verfahrensregeln. Die Abschaffung des Zustimmungsquorums würde dazu führen, dass die Gemeinderäte nicht mehr darauf setzten, dass ein Bürgerentscheid am Quorum scheitert. Als Konsequenz müssten sie aktiver für ihre Position werben, was Ausdruck fände in einer größeren Zahl für die Gemeinderäte tatsächlich gewonnener Abstimmungen und in einer insgesamt höheren Abstimmungsbeteiligung. Neben der Änderung des Ausschlusskatalogs und der Abschaffung oder weiteren Absenkung des Zustimmungsquorums würden der Wegfall des Kostendeckungsvorschlags und der Sechs-Wochen-Frist, reduzierte Begründungsanforderungen, die Einführung von Begehren und Entscheiden auf Landkreisebene sowie eine Für und Wider darstellende Informationsbroschüre nach Schweizer Vorbild die eher abschreckende Wirkung der momentanen Regelung deutlich verringern.

Trotz Reform besteht also Handlungsbedarf seitens des Gesetzgebers, wenn viel beschworenes bürgerschaftliches Engagement in der Kommunalpolitik nicht in Politikverdrossenheit münden soll.

Anhang 1: Reformvorschläge

Diese Reformvorschläge werden vom Bündnis für mehr Demokratie in Baden-Württemberg vertreten, dem neben Mehr Demokratie e.V. unter anderem auch der DGB, NABU und BUND angehören. Mehr Informationen unter www.buergerentscheid-bw.de.

Verfahrensdetail	Ist-Zustand	Reformvorschläge
Negativ-Katalog	Mit Bauleitplanung und Kommunalabgaben	Ohne Bauleitplanung und Kommunalabgaben
Frist von Bürgerbegehren gegen Gemeinderatsbeschlüsse	6 Wochen	Keine Frist
Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren	Schwankt zwischen 10 und 7 %, Obergrenze 20.000	Einheitliche 7 %, Obergrenze 15.000
Schutzwirkung des zulässigen Begehrens	Nein	Ja
Auskunftsrecht und Gleichstellung bei der Information der Öffentlichkeit	Nein	Ja
Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid	25 %	20-10 % je nach Gemeindegröße
Bürgerbegehren auch in Landkreisen, Bezirken und Ortschaften	Nein	Ja
Wegfall der 3-jährigen Sperrfrist für ein neues Bürgerbegehren	Nein	Ja
Gebot zur zügigen Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens	Nein	Ja
Alternativvorschlag des Gemeinderats und Stichfrage	Nein	Ja
Flexible Frist und Zusammenlegung mit Wahlen	Nein	Ja
Rückzugsmöglichkeit bei Teilerfolg für die Initiative	Nein	Ja

Anhang 2: Beitrag zur Rolle von Gutachten

Aufrüstung

Gemeinden wehren sich mit teuren Anwaltsgutachten gegen Bürgerbegehren

von Prof. Roland Geitmann, erschienen in bwWoche v. 16. 6. 2008, S. 7.

Die Erweiterung des Anwendungsbereichs für Bürgerentscheide im Jahr 2005 hat eine Welle von Bürgerbegehren gegen kommunale Vorhaben ausgelöst. Erschrocken und verunsichert suchen einige Gemeindeverwaltungen Unterstützung durch Anwaltskanzleien. Der Autor fragt, ob diese „juristische Aufrüstung“ gegen Teile der eigenen Bevölkerung der Aufgabe gerecht wird und welche Schlussfolgerungen sich für den Landtag ergeben.

Was in anderen Bundesländern seit etwa 15 Jahren eingeübte Praxis ist, dringt in Baden-Württemberg erst verzögert ins Bewusstsein: Dass kommunalpolitische Entscheidungen nun auch bei uns nicht mehr nur punktuell, sondern auf breiter Front unter dem Vorbehalt eines Bürgerentscheids stehen. Für Gemeinderäte, Bürgermeister und ihre Verwaltung ist es zweifellos höchst ärgerlich, wenn ihre mühsam eingefädelt Gewerbeansiedlung aufgrund eines Bürgerbegehrens durch einen Bürgerentscheid verhindert wird, wie es jüngst in Salem geschah. Ähnlich passierte es in Waldenburg mit einem Wohnbauprojekt im Kurgarten und in Ettenheim bei einem geplanten Biomassekraftwerk. Die Leutkircher hingegen stimmten im Januar einer Holzindustrieansiedlung mehrheitlich zu.

Frühzeitige Bürgerbeteiligung wird immer wichtiger. Für das steigende Interesse an direktdemokratischer Mitbestimmung erweiterte der Landtag zwar das Tor, beließ und vermehrte aber gleichzeitig die Fallgruben für entsprechende Initiativen. Die Folgen sind entsprechend zwiespältig. Ratsam wäre, dass Gemeindeverwaltungen Bürgerbegehren vorbeugend die Einwohner schon frühzeitig beteiligen, wie dies für „wichtige Planungen und Vorhaben“ schon seit den 70er Jahren gesetzlich vorgeschrieben ist. Dafür gibt es vielfältige und erprobte Formen wie Zukunftswerkstatt, Konsensuskonferenz, Mediation, aktivierende Befragungen, gemischte Kommissionen und Planungszellen. Das ist mühsam, aber lohnend. Kommunalpolitik wird in Zukunft nur noch zusammen mit den Bürgern gelingen, nicht mehr ohne sie.

Manche kommunale Aktivitäten, insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung, brauchen freilich zunächst vertrauliche Behandlung. Hinzu kommt, dass ungünstig Betroffene auch bei beteiligungsintensiver Lokalpolitik versuchen könnten, Bürgerbegehren gegen kommunale Vorhaben zu initiieren. Doch eine Beteiligungskultur schafft die Basis dafür, dass sich notfalls auch die Befürworter organisieren und artikulieren und alle Seiten lernen, sachbezogen und fair mit dem Instrument Bürgerentscheid umzugehen.

Bei kooperativer Handhabung können Bürgerentscheide zu Sternstunden der Kommunalpolitik werden. Wenn sich Widerstand regt, sollten Amts- und Mandatsträger, die von der Richtigkeit ihres Vorhabens überzeugt sind, gute Miene zum unbequemen Spiel machen und das erwachte Interesse der Bürgerschaft begrüßen. Oft empfiehlt sich dann die „Flucht nach vorn“. Ein nachgeholt und zusammen mit den Gegnern kooperativ gestalteter öffentlicher Diskussionsprozess könnte in einem vom Gemeinderat mit 2/3-Mehrheit beschlossenen Bürgerentscheid Krönung und bestätigenden Abschluss fin-

den. Dies gelang kürzlich in Rheinhausen zur umstrittenen Frage eines neuen gemeinsamen Rathauses zwischen Ober- und Niederhausen, endete mit großer Zustimmung und wurde nach Einschätzung von Bürgermeister Dr. Louis zur eigentlichen „Geburtsstunde“ der in den 70er Jahren widerwillig zusammengeschlossenen Gemeinde.

Andernfalls drohen juristische Streitfragen ohne Ende. Den Weg des vom Gemeinderat selbst beschlossenen Bürgerentscheids wählten auch die Gemeinderäte in Leutkirch, Waldenburg, Salem und Heidelberg angesichts der Unklarheiten, wie weit die unfairen gesetzlichen Fußangeln für Bürgerbegehren reichen. Gemeint sind der Ausschlussstatbestand „Bauleitpläne“, die Sechs-Wochen-Frist für Bürgerbegehren, die sich gegen Gemeinderatsbeschlüsse richten, und das Erfordernis eines Kostendeckungsvorschlags. Alle drei Hindernisse sind überflüssig, wie Bayern zeigt, das deshalb noch wesentlich mehr Bürgerentscheide ohne sonderliche Probleme verkraftet.

In Baden-Württemberg türmt sich durch diese Verfahrenshemmnisse ein Berg von Streitfragen vor Bürgern und Gemeindeverwaltungen auf. Sollen etwa alle irgendwie mit Bauleitplanung zusammenhängenden Fragen von Bürgerentscheiden ausgeschlossen sein oder nur Fragen des „Ob“, wie das Innenministerium verlauten ließ, oder richtiger Weise überhaupt nur der endgültige Satzungsbeschluss, bei dem über alle Einwendungen, vielfältige Aspekte abwägend, zu entscheiden ist? Wann beginnt die Frist bei mehrstufigen Verfahren neu und für welche Fragestellung? Muss ein Kostendeckungsvorschlag etwa auch Einnahmeausfälle und gar alle mittelbaren Folgen und Auswirkungen schon bedenken oder richtiger Weise nur die Kosten einer von den Bürgern selbst zusätzlich gewünschten Einrichtung oder Dienstleistung?

Eine verwaltungsrechtliche Norm ist umso schlechter, je öfter sie Anwälte und Gerichte beschäftigt. Nach diesem Maßstab rückt § 21 der Gemeindeordnung über Bürgerentscheide zügig an die Spitze der miserabelsten Vorschriften. Statt die Bürgerbegehrensiniciativen präzise und fair sowohl in der Sachfrage als auch über die Anforderungen der Verfahrensregeln zu beraten, hüllen sich die meisten Kommunalverwaltungen in Schweigen. Einige kaufen sich neuerdings zum Nachweis der (angeblichen) Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens teure juristische Gutachten ein, so geschehen in Pforzheim, Stuttgart, Fellbach, Salem, Heidelberg und Nürtingen. Eine Kernaufgabe öffentlicher Verwaltung, nämlich die Ausübung demokratischer Rechte zu ermöglichen, wird mit fatalen Folgen privatisiert.

Was für das Publikum den Anschein einer neutralen und besonders gründlichen Würdigung erweckt, die Gemeinderäte vor allem durch ihre Seitenzahl und Kosten beeindruckt, ist in Wirklichkeit ein im Ergebnis vorfixiertes Urteil, hinter dem Gemeindeverwaltungen ihre politische Ablehnung des Bürgerbegehrens verstecken können. Das Gesetz und erst recht der Text eines Bürgerbegehrens bieten weite Interpretationsspielräume. Geboten wäre, beide so auszulegen, dass das Bürgerbegehren „zulässig“ ist und Demokratie stattfinden kann. Ein dafür bezahlter Anwalt wählt indes unweigerlich den entgegen gesetzten Zugang und sucht mit Akribie nach irgendwie begründbaren Einwänden.

Bestellte Gutachten suchen nach Ablehnungsgründen. Zum Pforzheimer Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der Verkehrsbetriebe monierte der Gutachter, Bürgerbegehren dürften einem Gemeinderatsbeschluss nicht zuvorkommen, sondern müssten diesen abwarten, auch auf die Gefahr hin, dass er am nächsten Tag umgesetzt werde. Bürgerbegehren sind jedoch kein Rechtsmittel gegen Gemeinderatsbeschlüsse, sondern ersetzen diese und können deshalb selbstverständlich auch vorbeugend starten. Zum Bürgerbegehren gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 ließ sich das beauftragte Anwaltsbüro beson-

ders viel einfallen: Das Bürgerbegehrensziel, der Stadt Kosten zu ersparen, verstoße gegen das Budgetrecht des Gemeinderats, obwohl es ein derart totales Bürgerausschlussrecht in Finanzfragen gar nicht gibt. Außerdem sei die Begründung des Bürgerbegehrens unvollständig und einseitig. Für die „Zulässigkeit“ des Bürgerbegehrens ist die Qualität der Begründung jedoch irrelevant, zumal das Bürgerbegehren für keinen Unterzeichner eine Stellungnahme in der Sachfrage bedeutet, sondern nur den Wunsch bekundet, über diese Frage nach gründlicher öffentlicher Diskussion selbst zu entscheiden. Vereinfachung der Verfahrensregeln ist dringend geboten. Verständlich ist, wenn kleine Gemeinden dann einen Anwalt einschalten, wenn es über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens nach erfolglosem Widerspruchsverfahren zur gerichtlichen Auseinandersetzung kommt, was leider zunehmend geschieht. Dass aber manche Gemeindeverwaltungen und staatliche Aufsichtsbehörden nicht in der Lage sind, die ihnen vom Gesetz zugewiesene Rechtsfrage der „Zulässigkeit“ ohne Anwaltsgutachten zu beantworten, ist blamabel und belegt die Dringlichkeit, die gesetzlichen Verfahrensregeln nach bayerischem Vorbild zu vereinfachen.

Wie sollen Bürger mit Regeln zurechtkommen, über deren Inhalt und praktische Auswirkungen nicht einmal Profis verlässliche Auskünfte erteilen können? Der von Mehr Demokratie e.V. vorwiegend ehrenamtlich geleistete und auf „Kooperation statt Konfrontation“ zielende Beratungsdienst für Bürgerbegehrensinitiativen und gelegentlich auch Gemeindeverwaltungen sprengt mittlerweile alle Grenzen zumutbarer Belastung. Wenn Bürger endlich den aufrechten Gang wagen und sich dann im Gestrüpp der Verfahrensregeln verheddern oder hinterhältig zu Fall gebracht werden, endet ein demokratischer Aufbruch in Enttäuschung oder gar Wut. Doch Resignation in Sachen Demokratie können wir uns nicht leisten.

Anlage 8: Merkblatt: Durchführung von Bürgerbegehren und –entscheiden

(Internetquelle)

Merkblatt

Die Durchführung von Bürgerbegehren und -entscheiden in Baden-Württemberg

Stand: 07. 04. 2011

Wenn Sie in einer wichtigen und kontroversen kommunalpolitischen Frage wünschen, dass darüber die gesamte Bürgerschaft entscheidet, können Sie mittels einer Unterschriftensammlung (Bürgerbegehren) einen Bürgerentscheid beantragen (§ 21 *Gemeindeordnung*). Sie können auf diese Weise etwas Neues initiieren, Zustände verändern oder etwas Geplantes verhindern, sei es vorbeugend oder fristgebunden zwischen Gemeinderatsbeschluss und Vollzug und dabei ggf. einen Alternativvorschlag durchsetzen.

Lassen Sie sich durch die Fülle der (z. T. unfairen) Verfahrenserfordernisse nicht gleich abschrecken! Wenn Ihr Anliegen berechtigt ist und die gesetzlichen Voraussetzungen (1.2.) erfüllbar sind, finden sich in aller Regel auch die Menschen zusammen, die miteinander das Notwendige zustande bringen. *Wir beraten* Sie dabei gern.

verfasst von Prof. Dr. Roland Geitmann

Mehr Demokratie e. V. Landesverband Baden-Württemberg

Rotebühlstraße 86/1, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-509 10 12, Fax 0711-509 10 11

www.mitentscheiden.de, beratung@mitentscheiden.de

Informationen zum Landesverband: info@mitentscheiden.de oder 0711-509 10 10

INHALTSVERZEICHNIS

1. Vorbereitung	3
1.1. Anliegen klären	3
1.2. Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren	3
1.3. Unterschriftenblatt	8
1.4. Organisation aufbauen	10
2. Unterschriftensammlung	11
2.1. Notwendige Anzahl der Unterschriften	11
2.2. Sammelmethoden	11
2.3. Übergabe	12
2.4. (Keine) aufschiebende Wirkung	13
3. Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens	13
3.1. Prüfung durch die Verwaltung	13
3.2. Entscheidung durch den Gemeinderat	13
3.3. Bekanntgabe und Rechtsschutz	14
4. Information und Diskussion	14
4.1. Fairness- und Sachlichkeitsgebot	14
4.2. Ja-Kampagne und Strategie	15
4.3. Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit	15
5. Bürgerentscheid	15
5.1. Durchführung nach den Regeln der Bürgermeisterwahl	15
5.2. Zustimmungsquorum	16
5.3. Erneute Entscheidung des Gemeinderats	16
5.4. Bindungsfrist	16
6. Weitere Aufgaben	16
ANHANG	17
1. Auszug aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg	17
2. Mehr Demokratie e.V.	18

1. Vorbereitung

1.1. Anliegen klären

1.1.1. Sachverhalt ermitteln

Sowohl für die Beurteilung der Sachfrage als auch zur Einschätzung der Chancen eines Bürgerbegehrens brauchen Sie präzise Informationen, insbesondere über

- die Betroffenheit der Gemeinde (ist sie nur Standort oder auch Projektträger?),
- die Haltung und Gründe der Gemeindeorgane und deren Beschlusslage
- sowie über den Verfahrensstand und mögliche Vollzugsschritte.

Unentbehrliche Quellen dafür sind die betreffenden Sitzungsvorlagen und -protokolle, die Sie eventuell auf der Webseite der Gemeinde finden oder bei der Verwaltung einsehen können und fairer Weise auch kopiert bekommen. Vertiefende Gespräche mit dem/r Bürgermeister/in sowie mit der Sache befassten leitenden Mitarbeitern und Gemeinderäten sind dringend zu empfehlen. In der Regel werden Sie dafür offene Türen finden, weil die Organe daran interessiert sind, Bürgerbegehren durch gute Kontaktpflege zu vermeiden. Notfalls können Sie sich auf die Unterrichtungspflicht des Bürgermeisters gemäß § 20 der Gemeindeordnung (GemO) berufen und in allen umweltrelevanten Fragen auf das Umweltinformationsgesetz.

1.1.2. Das eigene Anliegen formulieren und begründen

Zeigen Sie der Verwaltung und den Gemeindeorganen, dass Bürgerinnen und Bürger in hohem Maße Sachkunde mobilisieren können, die dem Wohl der Gemeinde dient! Wenn Sie Ihr Anliegen klar, allgemein verständlich, nüchtern und ohne Polemik formulieren und fundiert begründen, erleichtern Sie allen Beteiligten eine faire Abwägung auch gegensätzlicher Interessen.

1.1.3. Überzeugungsarbeit

Weil Bürgerentscheide sowohl für die Initiatoren als auch für die Gemeinde ein aufwändiges Instrument sind, sollten Sie, soweit Zeit bleibt, zuvor alle einfacheren Wege der Überzeugungsarbeit ausschöpfen. Dazu zählen insbesondere Gespräche mit den Organen der Gemeinde, bei denen ggf. auch Kompromisslösungen ausgelotet werden können.

1.1.4. Abschätzung der Unterstützungsbreite

Für einen erfolgreichen Bürgerentscheid brauchen Sie am Ende die Zustimmung von 25 % aller Wahlberechtigten Ihrer Gemeinde (siehe dazu unter 5.). Prüfen Sie deshalb frühzeitig durch möglichst viele Gespräche in Ihrem Wohn-, Arbeits- und Vereinsumfeld, ob Sie (bei ausreichender Öffentlichkeitsarbeit) mit so breiter Unterstützung rechnen können!

1.2. Voraussetzungen für ein Bürgerbegehren

1.2.1. Anwendungsbereich

Auf Druck des Vereins Mehr Demokratie und der damaligen Oppositionsfraktionen hat der Landtag im Jahr 2005 den bis dahin geltenden engen Katalog der bürgerentscheidsfähigen Fragen gestrichen, so dass seitdem im Prinzip *jede* Gemeindeangelegenheit, für die der Gemeinderat zuständig ist, Gegenstand eines Bürgerentscheids sein kann, ausgenommen die im § 21 Abs. 2 aufgeführten Themen, die bei dieser Gelegenheit allerdings um eine einschneidende Ziffer 6 („Bauleitpläne“) erweitert wurden.

a. Gemeindeangelegenheiten in der Kompetenz des Gemeinderats

Für Gemeinden besteht eine Zuständigkeitsvermutung, sie haben ein Aufgabenfindungsrecht. Gemäß § 2 Abs. 1 GemO verwalten Gemeinden *„in ihrem Gebiet alle öffentlichen Aufgaben allein und unter eigener Verantwortung, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen“*, indem sie einzelne Aufgaben z. B. dem Bund, dem Land oder dem Kreis zuordnen. Auch (rechtlich zwar unverbindliche, aber politisch gewichtige) **Stellungnahmen** zu Vorhaben anderer Träger (z. B. Bahntrasse) gehören zu den Aufgaben einer Gemeinde und sind bürgerentscheidsfähig. Auf die Entscheidungen von Zweckverbänden können angehörige Gemeinden durch **Weisungen** an ihre Vertreter in der Verbandsversammlung Einfluss nehmen und hierüber wiederum die Bürger abstimmen lassen.

Als Hauptorgan legt der **Gemeinderat** gemäß § 24 Abs. 1 GemO die *„Grundsätze für die Verwaltung“* fest und entscheidet über *„alle Angelegenheiten“* oberhalb der bürgermeisterlichen Kompetenz, zu der insbesondere die *„Geschäfte der laufenden Verwaltung“* zählen.

b. Ausgeschlossene Angelegenheiten

Von Bürgerbegehren und -entscheiden schließt § 21 Abs. 2 GemO folgende Angelegenheiten aus:

1. *Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetzes dem Bürgermeister obliegen* (insbesondere Ordnungsverwaltung, z.B. Baugenehmigung),
2. *Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung,*
3. *die Rechtsverhältnisse der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten* (z.B. Diäten und Gehaltseinstufung des Bürgermeisters),
4. *die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie die Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte* (**nicht** ausgeschlossen werden hierdurch Angelegenheiten, die sich nur mittelbar auf den Haushalt auswirken, weil sie etwas kosten),
5. *die Feststellung der Jahresrechnung der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe,*
6. **Bauleitpläne** und örtliche Bauvorschriften sowie über
7. Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren.

Zu b. Ziffer 6: Bauleitpläne

*„Bauleitpläne sind der **Flächennutzungsplan** (vorbereitender Bauleitplan) und der **Bebauungsplan** (verbindlicher Bauleitplan)“* (§ 1 Abs. 2 Baugesetzbuch). Der Flächennutzungsplan legt für das ganze Gemeindegebiet Nutzungsarten, insbesondere künftige Baugebiete fest, die dann durch Bebauungspläne für Teilgebiete konkretisiert werden. Davon zu unterscheiden sind „Baupläne“ für einzelne Projekte.

Neben den Finanzen ist die Bauleitplanung das wichtigste kommunalpolitische Steuerungsinstrument. Sie entscheidet insbesondere über bauliche oder landwirtschaftliche Nutzung und ist dementsprechend oft umstritten. Deswegen würde man erwarten, dass vorrangig gerade auch hierüber Bürgerentscheide ermöglicht werden. Im Unterschied zu acht anderen Bundesländern (u. a. Bayern, Hessen und Sachsen) schließt Baden-Württemberg dies jedoch ausdrücklich aus. Begründet wird dies mit der Komplexität notwendiger Abwägungen

vielfältiger Belange, für die unverbindliche Beteiligungsformen geeigneter seien. Für die abschließende Entscheidung über die Gestaltung und damit über alle im Verfahren erhobenen Bedenken und Anregungen könnte man das allenfalls noch verstehen, nicht aber für punktuelle inhaltliche Vorgaben und erst recht nicht für die Grundsatzfrage des „Ob überhaupt“, also ob nun z. B. auch diese Streuobstwiese bebaut werden soll oder nicht.

Dies war auch die Haltung des *Innenministeriums* in Baden-Württemberg, das in einer Stellungnahme an die Stadt Bad Wurzach im November 2005 verlauten ließ, dass auf *Planungsverzicht*, *Planungsstopp* oder *Aufhebung von Bauleitplänen* gerichtete Bürgerbegehren zulässig seien. Anders jedoch die *Verwaltungsgerichte*, die den Ausschlussstatbestand bewusst und ausdrücklich über den Wortlaut hinaus ausdehnten und damit das Anwendungsfeld für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid erheblich einschränkten. Nicht nur der „Bauleitplan“ als zusammenfassendes Endergebnis der Planung sei ausgeschlossen, sondern auch die Frage des „Ob“, alle Planungsschritte und einzelne Vorgaben. Den oft gewünschten Planungsstopp können die Bürger also kaum noch durchsetzen. Damit entfällt ein wichtiges Instrument, den weiteren Flächenfraß einzudämmen.

Zwar sollen, wie es auch schon in der Gesetzesbegründung heißt, „*Grundsatzentscheidungen zur Gemeindeentwicklung im Vorfeld eines bauplanungsrechtlichen Verfahrens*“ bürgerentscheidsfähig bleiben (um z. B. bestimmte zusätzliche Baugebiete, Einkaufszentren oder Spielotheken zu verhindern). Doch dabei sind Festlegungen des Flächennutzungsplans einzuhalten; was darin zur Bebauung vorgesehen ist, lässt sich durch Bürgerbegehren nicht mehr davor bewahren. Ob das „Vorfeld“ mit dem Planaufstellungsbeschluss endet oder erst sechs Wochen danach, hat der Verwaltungsgerichtshof noch offen gelassen. Diese Frage wird man im letzteren Sinne und damit zugunsten der Bürger (und des Umweltschutzes) entscheiden müssen, um zu verhindern, dass Gemeinderäte Bürgerbegehren durch entsprechenden Beschluss „unzulässig machen“.

Soweit sich *Umsetzungsschritte* der Planung (insbes. Erschließung und Grundstücksgeschäfte) nicht nur gegen bestimmte Bauträger, sondern erkennbar gegen die Bauleitplanung richten, fallen auch sie unter den erweiternd ausgelegten Ausschlussstatbestand, nicht dagegen *Bauprojekte der Gemeinde* selbst, die aus anderen, z. B. finanziellen Gründen umstritten sind; sie bleiben bürgerentscheidsfähig.

c. Rechtliche Bindungen

Was bis 2005 sogar ausdrücklich als Ausschlussstatbestand in § 21 Abs. 2 GemO stand, gilt auch nach Streichung dieser entbehrlichen Klarstellung unverändert fort: Dass Bürgerbegehren „*kein gesetzwidriges Ziel*“ verfolgen dürfen.

Unzulässig ist z. B. ein Bürgerbegehren, welches die Abschaffung der (auf unbestimmte Zeit eingeführten) Ortschaftsverfassung anstrebt, bevor die nach § 71 Abs. 3 GemO notwendige mehrheitliche Zustimmung des Ortschaftsrats vorliegt.

Ebenso unzulässig wäre ein Bürgerbegehren, das für die Zukunft jede weitere Bebauung im Außenbereich verbieten möchte, da gemäß § 35 Baugesetzbuch bestimmte privilegierte Bauvorhaben (z. B. für die Landwirtschaft) jeweils gesondert zu beurteilen sind.

Nicht nur Kompetenzübertragungen, sondern auch materiellrechtliche Bindungen können sich aus der Zugehörigkeit der Gemeinde zu einem Zweckverband und der entsprechenden *Verbandssatzung* ergeben; die darin vereinbarte Aufgabe, z. B. ein bestimmtes Gewerbegebiet zu entwickeln, darf nicht unterlaufen werden.

Rechtliche Bindungen können sich insbesondere aus abgeschlossenen **Verträgen** ergeben. Falls kein Rücktritts- oder Kündigungsrecht besteht, bleibt unter Einhaltung der 6-Wochen-Frist (1.2.2.) als Bürgerbegehrensziel eventuell der Auftrag, in Aufhebungsverhandlungen einzutreten, was jedoch entsprechende Bereitschaft der Vertragspartner voraussetzt und ggf. abzudeckende Schadensersatzforderungen zur Folge hat.

1.2.2. Fristen

Probleme macht in der Regel nur die zweite der folgenden Fristen.

a. Drei-Jahres-Frist für wiederholte Bürgerbegehren

„Ein Bürgerbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten drei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid auf Grund eines Bürgerbegehrens durchgeführt worden ist“ (§ 21 Abs. 3 Satz 2 GemO). Ob es dieselbe Angelegenheit ist oder (durch wesentliche Änderung der Sachlage oder des Projekts) eine andere, kann manchmal zweifelhaft sein.

b. Sechs-Wochen-Frist für „kassierende“ Bürgerbegehren

Richtet sich das Bürgerbegehren „gegen einen Beschluss des Gemeinderats, muss es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein“ (§ 21 Abs. 3 Satz 3, 2. Hs. GemO).

Diese Frist ist häufig ein ärgerliches und zudem überflüssiges Hemmnis, wie die Regeln in Bayern, Hamburg und Berlin zeigen; denn Eile ist oft ohnehin schon geboten, um zu vermeiden, dass die Verwaltung (z. B. durch Verträge) vollendete Tatsachen schafft. Daran hindert sie die Sechs-Wochen-Frist nicht und rechtlich nicht einmal die Einreichung des Bürgerbegehrens (s. 1.2.4.). Für ein politisches „**Stillhalteabkommen**“ empfiehlt sich auch deshalb alsbaldiger Kontakt mit dem/r Bürgermeister/in.

Bürgerbegehren setzen keinen Gemeinderatsbeschluss voraus und können deshalb auch **vorbeugend** eingereicht werden.

Die Sechs-Wochen-Frist beginnt mit dem ersten Zeitungs-, Online- oder Amtsblatt-Bericht über den strittigen Gemeinderatsbeschluss und **endet** mit Ablauf des entsprechenden Wochentags sechs Wochen später. Ist dies ein Samstag, Sonntag oder Feiertag, endet die Frist am nachfolgenden Werktag.

Wenn nach erneuter Sachdiskussion, die auch eine Minderheit herbeiführen kann, der Gemeinderatsbeschluss nochmals bestätigt wird, beginnt die Sechs-Wochen-Frist **von Neuem**. Wenn der Gemeinderat in mehreren Schritten vorgeht und z. B. zunächst über den Bedarf und später über den Standort, das Raumprogramm, einen Architektenwettbewerb und erst darnach die Projektumsetzung beschließt, beginnt die Frist mit jedem dieser Weichen stellenden Grundsatzbeschlüsse erneut.

Bei **Dauerregelungen** (z. B. einer Benutzungsordnung oder zwecks Wiedereinführung der unechten Teilortswahl) und bei **Ablehnung** eines Antrags im Gemeinderat macht die Frist eigentlich keinen Sinn, weil auch der Gemeinderat jederzeit eine Veränderung vornehmen könnte und andernfalls ganze Regelungsbereiche dem Bürgerentscheid entzogen würden. Trotzdem wird sie leider oft auch in solchen Fällen angewendet.

1.2.3. Kostendeckungsvorschlag

Gemäß § 21 Abs. 3 Satz 4 GemO muss das Bürgerbegehren „*einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten*“. Diese in Bayern und Hamburg nicht geltende Hürde ist unfair, zumal das Bürgerbegehren noch keine Entscheidung in der Sache ist. Außerdem kann solch ein Kostendeckungsvorschlag (KDV) in der Regel nur mit gutwilliger Beratung durch die Verwaltung erstellt werden.

a. Kosten der verlangten Maßnahme

Es geht nicht um die Verfahrenskosten des Bürgerentscheids, sondern um die Kosten dessen, was das Bürgerbegehren in der Sache anstrebt. Häufige Fallgruppen:

- (1) Wenn das Bürgerbegehren auf **Unterlassen** einer von der Gemeinde geplanten kostenträchtigen (und nicht auf Einsparung gerichteten) Maßnahme zielt, bewirkt das Begehren keine „Kosten“, so dass kein KDV anfällt. Dass von der Gemeinde erhoffte mittelbare (z. B. wirtschaftsförderliche) Wirkungen ihrer Maßnahme dann ausbleiben, fällt nicht unter „Kosten“.
- (2) Wenn das Bürgerbegehren dagegen auf eine **zusätzliche Einrichtung oder Dienstleistung** zielt, sind neben etwaigen Investitionen vor allem Folgekosten zu berücksichtigen.
- (3) Richtet sich das Begehren **gegen die Schließung einer Einrichtung**, sind bei den Kosten sowohl ein ggf. notwendiger Sanierungsaufwand zu bedenken als auch die laufenden Betriebskosten; vom Sanierungsaufwand wären ggf. Abbruchkosten und eventuell der bilanzierte Restwert abzuziehen.
- (4) Bei Bürgerbegehren **gegen den Verkauf** (von Wohnungen, Betrieben, Beteiligungen und Grundstücken) wird manchmal der *Einnahmeausfall* als „Kosten“ angesehen. Das ist unzutreffend, weil lediglich Geld gegen einen Sachwert eingetauscht wird, es sei denn, die Gemeinde könnte nachweisbar einen höheren Erlös als den Markt- oder Bilanzwert erzielen. Unter abzudeckende Kosten fällt jedoch ggf. der Zuschussbedarf, den die Gemeinde ohne Verkauf weiterhin jährlich tragen müsste.

Die Verwaltungsgerichte stellen einerseits klar, dass nicht überspannte Anforderungen gestellt werden dürfen, verlangen aber zumindest „*überschlägige und in sich schlüssige*“ bezifferte Angaben.

b. Deckungsvorschlag

Hierfür kommen je nach Sachlage ganz unterschiedliche Maßnahmen in Betracht:

- Zuschüsse aus öffentlichen Töpfen (insbes. EU, Bund, Land, Kreis),
- Bürgerschaftliches Engagement und Spenden,
- Beiträge, Gebühren bzw. Entgelte (soweit möglich und zumutbar),
- Einsparungen und /oder zeitliche Verschiebungen an anderer Stelle,
- Erledigung durch vorhandenes Personal,
- für Investitionen Kreditaufnahme (soweit Spielraum für entsprechenden Schuldendienst vorhanden) oder, sofern ausreichend vorhanden, Rücklagenentnahme (mit entsprechendem Ausfall bisheriger Zinseinnahmen),
- Steuererhöhung (z. B. des Grundsteuerhebesatzes).

Was davon geeignet ist, ohne allzu sehr abzuschrecken, kann zumeist nur im engen Kontakt mit der Gemeindekämmerei geklärt werden. Der Vorschlag bleibt unverbindlich und ist nicht Gegenstand des Bürgerentscheids.

1.3. Unterschriftenblatt

Bedienen Sie sich des auf der nächsten Seite folgenden Musters, das wir Ihnen hier erläutern:

- a. Überschrift:** Kennzeichnung als „Bürgerbegehren“ und Benennung des Sachanliegens sind dringend zu empfehlen.
- b. Antrag:** In dieser oder ähnlicher Form zwingend erforderlich.
- c. Frage,** die mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann und deshalb in sich keine Alternative enthalten darf. Sie sollte in sachlicher Fassung und ohne Begründungselemente Ihr Anliegen zum Ausdruck bringen, die Grenzen des inhaltlichen Anwendungsbereichs (s. 1.2.1) einhalten und die aktuelle Beschlusslage im Gemeinderat berücksichtigen. Wenn Letztere sich während oder nach der Sammlung ändert, wird der Gemeinderat die Abstimmungsfrage ggf. entsprechend anpassen. Denn bei Bürgerbegehren, die sich gegen einen Gemeinderatsbeschluss richten, ist die Frage im Blick auf die Regel für Stimmengleichheit so zu formulieren, dass die Gegner des gemeinderätlichen Projekts mit „Ja“ stimmen müssen, weil sie für die Aufhebung eines geltenden Beschlusses sind.

Rechtlich genügt es, wenn sich die endgültige Abstimmungsfrage eindeutig aus dem Formulierungsvorschlag ableiten lässt, könnte also auch indirekt („über die Frage, ob ...“) formuliert werden. Zweckmäßiger ist jedoch die direkte Form („...folgende Frage: „Sind Sie dafür, dass ...?““). Der ggf. angegriffene Gemeinderatsbeschluss kann („entgegen dem Gemeinderatsbeschluss vom ...“) in der Abstimmungsfrage genannt werden, muss aber nicht. Bei solchen „kassierenden“ Bürgerbegehren hilft oft das Wort „unterbleibt“ (z. B. „Sind Sie dafür, dass die Ansiedlung eines Einkaufszentrums unterbleibt?“, möglich auch: „Sind Sie gegen die Ansiedlung eines Einkaufszentrums?“).

Wie in Gemeinderatsbeschlüssen können auch Bürgerentscheide differenzierte Festlegungen treffen, z. B. „Sind Sie für eine Verkehrslösung im Bereich ..., die folgenden Anforderungen entspricht: 1. ..., 2. ..., 3. ...?“ Gestützt auf das Wort „endgültig“ in § 21 Abs. 7 fordern Verwaltungsgerichte leider zunehmend „grundsätzlich abschließende Regelungen“ und wollen Aufträge und punktuelle Vorgaben nicht genügen lassen.

- d. Begründung** ist zwingend erforderlich, wird sich aber auf dem Unterschriftenblatt schon aus Platzgründen auf wesentliche Argumente und Stichworte beschränken, die sachlich zutreffend sein müssen, deswegen Vorsicht bei Zahlen und Bewertungen! Da das Bürgerbegehren noch keine Festlegung in der Sache bedeutet und auch von denen unterstützt werden kann, die inhaltlich anderer Meinung sind, aber einen Bürgerentscheid befürworten, reicht es (entgegen manchen Stimmen in Literatur und Rechtsprechung) aus, die Bedeutung der Angelegenheit zu belegen.
- e. Kostendeckungsvorschlag** entfällt, sofern nicht erforderlich (s. 1.2.3.).
- f. Berechtigung** der Vertrauensleute zu Rücknahme und Abänderung und der Unterzeichner zur Einsicht ist zu empfehlen.
- g. Namen und Anschriften zweier Vertrauensleute** sind erforderlich.
- h. Persönliche Angaben** sind, wie im Muster aufgeführt, erforderlich.
- i. Zusätzliche Hinweise** auf das Erfordernis der Wahlberechtigung (s. 2.1.) sind möglich und auf Sammelstellen für die Unterschriftenblätter empfehlenswert.
Wenn Sie Ihren Entwurf kurzfristig sowohl der Gemeindeverwaltung als auch uns zur Durchsicht zuleiten, vermindern Sie das Risiko einer späteren Beanstandung.

Bürgerbegehren "Rettet XYZ"

Antrag

Die Unterzeichnenden beantragen einen Bürgerentscheid über die Frage: "Soll XYZ vorgenommen/unterlassen/eingestellt werden?"

Begründung

Die Unterzeichnenden berechtigen die unten genannten Vertrauenspersonen, das benannte Bürgerbegehren zu vertreten und im Falle eines Kompromisses zurückzunehmen oder abzuändern, soweit dies für die Zulässigkeit erforderlich ist. Des Weiteren werden alle zukünftigen Unterzeichner des Bürgerbegehrens berechtigt, die auf dieser Liste bereits eingeschriebenen Daten einzusehen.

Vertrauenspersonen

Person A, A Straße 1, 00001 X-Stadt

Person B, B Straße 2, 00001 X-Stadt

Nr.	Name	Vorname	Straße	Geburtsdatum	Datum	Unterschrift
				(freiwillig)		
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						

1.4. Organisation aufbauen

Form und Benennung von Initiativen, die Bürgerbegehren initiieren, variieren sehr stark und nie gleicht eine Bürgerinitiative der anderen. Dennoch gibt es einige Gemeinsamkeiten, die Sie berücksichtigen können, da sie sich bei anderen Initiativen bewährt haben.

1.4.1. Vertretung nach außen

Gemäß § 53 Kommunalwahlordnung „sollen“ auf dem Unterschriftenblatt zwei Vertrauensleute benannt werden, die jeder für sich allein das Begehren vertritt, sofern Sie nichts anderes festlegen. Sie können also die Sprecherrolle auch auf eine Person konzentrieren oder gemeinschaftliche Vertretung vereinbaren oder einen Sprecherkreis aus drei oder mehr Personen bilden. Enge und vertrauensvolle Kommunikation untereinander bleibt auf jeden Fall unverzichtbar.

1.4.2. Entscheidungswege innerhalb der Gruppe

In der Regel wird Ihre Bürgerinitiative, Ihre Interessensgemeinschaft oder Ihr Bündnis aus mehreren Personen und auch Gruppen bestehen, die gemeinsam den Weg eines Bürgerbegehrens einschlagen wollen. Dieser Initiatorenkreis, dem auch Vertreter von Organisationen, Parteien oder kommunalpolitischen Listen und Fraktionen angehören können, sollte möglichst im Konsens die wesentlichen Entscheidungen treffen, vor allem über Richtung, Strategie, Slogan und Maßnahmen mit finanziellen Folgen.

1.4.3. Arbeitsteilung

Es hat sich bewährt, eine/n Pressesprecher/in zu bestimmen, der/die Pressemitteilungen formuliert. Sie werden auch jemanden benötigen, der sich um einen Internetauftritt kümmert, falls der Pressesprecher diese Aufgabe nicht übernehmen kann/will. Einzelne Aufgaben oder Diskussionspunkte kann man in Arbeitskreise ausgliedern; nicht alle Fragen müssen in einer großen Runde diskutiert werden. Wird Ihr Anliegen dann handfest, sollen also Unterschriften gesammelt, Stände besetzt und Plakate geklebt werden, ist es hilfreich, einen Kreis von Aktiven hinter sich zu wissen. Diese dienen als Multiplikatoren und verbreiten Ihr Anliegen. Sie sollten schon frühzeitig zur Teilnahme und zum Mitmachen aufrufen und eine Anlaufstelle benennen. In der Regel finden sich für fast alle Aufgaben Menschen, die sie übernehmen.

1.4.4. Unterstützung

Es schadet nicht, wenn Sie stets auf der Suche nach weiteren Unterstützern sind. Neben Vereinen, lokalen Gliederungen von Verbänden und Parteien bis hin zu Elternbeiräten und Einzelhandel können Sie, abhängig von Ihrem Anliegen, Verbündete finden. Wichtig sind Kontakte zur Verwaltung und in den Gemeinderat, damit Sie über aktuelle Informationen verfügen und Sympathisanten für Ihr Anliegen finden.

Mehr Demokratie kann Ihnen unter Umständen auch Kontakte zu anderen Bürgerinitiativen oder überregionalen Verbänden vermitteln, die Ihr Anliegen teilen.

2. Unterschriftensammlung

2.1. Notwendige Anzahl der Unterschriften

Die notwendige Anzahl der Unterschriften richtet sich nach der Gemeindegröße und ist nur auf den ersten Blick etwas kompliziert zu berechnen: **10 % der Bürger/innen** (= ca. 7,2 % der Einwohner/innen), für größere Orte durch folgende Obergrenzen ermäßigt;

bis	50.000 Einwohner reichen auf jeden Fall	2.500 Unterschriften,
bis	100.000 Einwohner	5.000 Unterschriften,
bis	200.000 Einwohner	10.000 Unterschriften,
über	200.000 Einwohner	20.000 Unterschriften.

Beispiele: In einer Gemeinde mit 10.000 Einwohnern und 7243 Bürgern bedarf es mindestens 725 Unterschriften, in einer Stadt mit 40.000 Einwohnern und dementsprechend ca. 30.000 Bürgern greift die Obergrenze, so dass 2.500 Unterschriften ausreichen.

Erkundigen Sie sich bei Ihrer Gemeindeverwaltung nach der effektiv erforderlichen Anzahl und sorgen Sie bei der Sammlung wegen ungültiger Unterschriften von Nichtwahlberechtigten für ein ausreichendes **Polster!** Erfahrungsgemäß ist ein zusätzliches Fünftel zu sammeln ratsam, was dann etwa 12 % der Bürger entspricht.

Auf kommunaler Ebene wahlberechtigt sind alle Deutschen und EU-Angehörigen ab dem vollendeten 18. Lebensjahr, sobald sie in der Gemeinde seit drei Monaten mit Haupt- oder einzigem Wohnsitz gemeldet sind.

2.2. Sammelmethoden

2.2.1. Arten der Sammlung

Am Stand: Regelmäßige Stände z. B. am Markttag dienen als Anlaufstelle insbesondere dann, wenn über Zeitungen, Internet, Gemeindeblatt o.ä. angekündigt.

Auf der Straße mit Aktion: Durch die Stadt ziehen, Passanten ansprechen und dies mit einer Aktion verbinden (Anregungen siehe Anhang).

Von Tür zu Tür: Besonders in Teilorten und kleineren Gemeinden.

Bei Veranstaltungen: Nutzen Sie Veranstaltungen kultureller oder politischer Art, um vor deren Beginn oder am Ende Unterschriften zu sammeln.

Digital: Eine Unterschrift über das Internet ist (noch) nicht möglich. Auch gefaxte und eingescannte Unterschriften werden nicht akzeptiert. Sie können aber problemlos die Unterschriftenliste als Download anbieten, die Unterstützer sich ausdrucken, unterschreiben und abgeben.

Per Anzeige: Es ist durchaus zulässig, die Unterschriftenliste im Gemeindeblatt oder in abgewandelter kleinerer Form, aber inhaltlich identisch, in der Zeitung zu veröffentlichen. Dies ist allerdings zumeist teuer.

2.2.2. Begleitende Maßnahmen

Sammlung mit Pressearbeit verbinden: Zumindest der Start wie auch das Ende der Sammlung (siehe 2.3.) sollten in der Presse angekündigt werden.

Abgabeorte einrichten: z. B. in Partei- oder Verbandsbüros, bei Einzelhändlern oder gut erreichbar wohnenden Unterstützern

Sammlungsfortschritt darstellen kann anspornen und Spannung steigern, aber auch Resignation oder trügerische Sicherheit zur Folge haben; auch entfällt der Überraschungseffekt. Das Fünftel ungültiger Unterschriften sollte man bei Zwischenständen vorsorglich abziehen. Andererseits kann man darauf vertrauen, dass viele Listen erst gegen Schluss eintreffen.

2.2.3. Weitere Hinweise und Erfahrungen

- Untersuchungen haben gezeigt: Je mehr Unterschriften gesammelt werden, desto höher liegt die Beteiligung beim Bürgerentscheid.
- In kleinen Gemeinden sind die Unterschriften in der Regel sehr schnell beisammen. In Großstädten kann man davon ausgehen, dass die Zahl der gesammelten Unterschriften am Ende stark ansteigt.
- Kombinieren Sie verschiedene Sammlungsarten, die oben dargestellt sind. Dann erreichen Sie die meisten BürgerInnen.
- Seien Sie bei der Sammlung seriös. Vermeiden Sie Polemik, argumentieren Sie nicht unwahrheitsgemäß und „überreden“ oder drängen Sie auch niemanden zur Unterschrift. Das schadet Ihrem Begehren eher, vor allem, weil Ihre Gegner so etwas gerne gegen Sie einsetzen werden. Orientieren Sie sich an der Sache und am Verfahren. Schlammschlachten und persönliche Angriffe werden von den BürgerInnen negativ bewertet und abgelehnt.

2.3. Übergabe

Datum, Zeit und Ort der Übergabe sollten Sie mit der Rathauspitze **abstimmen**.

Bei „kassierenden“, also gegen einen Gemeinderatsbeschluss gerichteten Bürgerbegehren müssen Sie die Sechs-Wochen-**Frist** wahren (siehe 1.2.2.b.). Bei „initiiierenden“ Bürgerbegehren sollten Sie sich selbst eine Frist setzen; denn sonst läuft Ihr Begehren Gefahr zu versanden. Zieht sich das Begehren über mehrere Monate hin, wird das Sammeln immer mühsamer, es springen Mitstreiter und Aktive ab oder Sie verlieren sogar an Glaubwürdigkeit.

In der Regel werden die Unterschriften dem Bürgermeister, ersatzweise dem Hauptamtsleiter übergeben. Laden Sie auch die **Presse** dazu ein und schaffen Sie die Möglichkeit für ein Pressefoto. Kündigen Sie im Rathaus an, dass Medien anwesend sein werden.

Wenn als Teilmengen deklariert und mit der Verwaltung abgesprochen, können erste Schübe von Unterschriftenlisten schon **vorzeitig** eingereicht werden, damit die Verwaltung schon mit der Überprüfung beginnen kann. Dieses Vorgehen sollte mit der Art der Veröffentlichung der Zahlen während der Sammlung kompatibel sein.

Weil der Antrag auf Bürgerentscheid samt Frage und Begründung auf den Unterschriftenlisten steht, ist ein zusätzliches (formloses) **Anschieben** an sich nicht erforderlich und dennoch üblich und als schriftliche Dokumentation des Übergabevorgangs für beide Seiten auch hilfreich. Darin werden Sie zweckmäßigerweise die Zahl der übergebenen Listen und vielleicht auch der Unterschriften nennen. Auch können Sie Ihre Erwartung äußern, dass die Listen dem Datenschutzrecht entsprechend nur den mit der Prüfung der Wahlberechtigung befassten Mitarbeitern zugänglich werden und dass die Vertrauensleute im Gemeinderat sowohl zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens als auch zur Sachfrage angehört zu werden

2.4. (Keine) aufschiebende Wirkung

Die Sechs-Wochen-Frist für Bürgerbegehren, die sich gegen einen Gemeinderatsbeschluss richten (s. dazu oben unter 1.2.2.), verleitet manche zu der irrigen Annahme, Gemeindeverwaltungen müssten generell mit dem Vollzug von Beschlüssen so lange zuwarten. Dem ist nicht so. Tüchtige Verwaltungen beginnen oft schon und auftragsgemäß am nächsten Tag mit Vollzugsmaßnahmen. Bürgerbegehren haben in Baden-Württemberg rechtlich keine aufschiebende Wirkung; erst **ab Zulassung** durch den Gemeinderat ist (entsprechend einer früheren Empfehlung des Innenministeriums) ein Moratorium politisch unumgänglich.

Sofern kein Schaden droht, wird eine *kooperative Verwaltung* ihre gemäß § 43 Abs. 1 GemO eigentlich bestehende Vollzugspflicht jedoch schon dann zurückstellen und entsprechende Maßnahmen stoppen, sobald sie ernsthafte *Vorbereitungen* für ein dagegen gerichtetes Bürgerbegehren wahrnimmt. Ein solches Verhalten können Sie aber nur durch intensiven Gesprächskontakt mit Bürgermeister/in und Fraktionsspitzen erreichen, den frühzeitig aufzunehmen wir auch aus diesem Grund dringend empfehlen.

Rechtsschutz: Lange Zeit verwehrt die Verwaltungsgerichte in Baden-Württemberg in solchen Fällen den vorläufigen Rechtsschutz. Doch seit April 2010 schließt der Verwaltungsgerichtshof Mannheim bei Gefahr im Verzug durch drohenden Vollzug eine *einstweilige Anordnung* nicht mehr aus, allerdings nur dann, wenn die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens bereits in diesem vorläufigen Rechtsschutzverfahren mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit bejaht werden kann.

3. Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens

3.1. Prüfung durch die Verwaltung

Die Verwaltung prüft neben der Wahlberechtigung der Unterzeichner und deren Anzahl (2.1.), ob das Bürgerbegehren die rechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen erfüllt, also Anwendungsbereich (1.2.1.), Fristen (1.2.2.) und ggf. Kostendeckungsvorschlag (1.2.3.), aber auch sonstige Anforderungen an das Unterschriftenblatt (1.3.), soweit sie rechtlich zwingend sind. Bei Zweifeln schaltet sie zweckmäßigerweise die Kommunalaufsichtsbehörde (Landratsamt bzw. Regierungspräsidium) ein, während die Beauftragung einer Anwaltskanzlei wie eine „juristische Aufrüstung“ gegen die eigenen Bürger wirkt. In ihrer schriftlichen Beschlussvorlage für den Gemeinderat wird die Verwaltung tunlichst auch zum Sachanliegen Stellung nehmen und für den Fall seiner Ablehnung bei zulässigen Begehren einen Bürgerentscheidstermin vorschlagen.

3.2. Entscheidung durch den Gemeinderat

Eine Frist hierfür gibt es nicht, was eher vorteilhaft ist, weil es beiden Seiten Raum für Verhandlungen über die Sachfrage bietet. Ein ausdrückliches Recht zur *Anhörung* der Vertrauensleute im Gemeinderat besteht zwar nicht, sollte aber gewährt werden. Die Zulassung des Bürgerbegehrens durch den Gemeinderat ist eine reine *Rechtsfrage*, bei der die Haltung in der Sachfrage keine Rolle spielen darf.

Verändert sich die Sach- oder Beschlusslage nach Beginn der Unterschriftensammlung oder ist die formulierte **Abstimmungsfrage** sachlich unpräzise, kann der Gemeinderat sie entsprechend abwandeln (s. 1.3.3.). Bei Dauerregelungen kann eine auf die Zukunft gerichtete Umformulierung aus einem scheinbar „kassierenden“ Bürgerbegehren ein „initiiertes“ machen, das nicht der 6-Wochen-Frist unterliegt (s. 1.2.2.b.).

Bestehen (außer im Anwendungsbereich) Zweifel an der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens, ist dem Gemeinderat zu empfehlen, gem. § 21 Abs. 1 GemO mit 2/3-Mehrheit der Mitglieder seinerseits die Durchführung eines Bürgerentscheids zu beschließen (**Ratsreferendum**), weil dies sowohl in der strittigen Verfahrens- als auch in der Sachfrage befriedend wirkt.

Wenn der Gemeinderat das Sachanliegen übernimmt, **entfällt der Bürgerentscheid** automatisch (§ 21 Abs. 4 GemO). Bei teilweisem Entgegenkommen könnte für die Initiative ein Verzicht auf den Bürgerentscheid sinnvoll sein. Die Aufnahme einer entsprechenden Klausel ins Unterschriftenblatt (1.3.6.) ist zweckmäßig, weil ohne eine solche rechtlich umstritten ist, bis wann die Rücknahme des Begehrens oder gar ein Vergleichsvertrag zulässig ist.

3.3. Bekanntgabe und Rechtsschutz

Im Fall der Nichtzulassung erhalten die Vertrauensleute einen schriftlich begründeten Bescheid des Bürgermeisters samt Rechtsbehelfsbelehrung. Hiergegen kann jeder Unterzeichner (nicht die Initiative als solche) schriftlich Widerspruch einlegen, über den zunächst der Gemeinderat befinden muss, bevor er im Falle nochmaliger Zurückweisung an die Rechtsaufsichtsbehörde (Landratsamt bzw. Regierungspräsidium) geht. Im Nichterfallsfall ist Klage beim Verwaltungsgericht möglich, wofür sich neben der Beratung durch Mehr Demokratie die Inanspruchnahme eines Fachanwalts für Verwaltungsrecht empfiehlt.

4. Information und Diskussion

Hat der Gemeinderat das Begehren für zulässig erklärt und einen Abstimmungstermin angesetzt, beginnt die Kernphase des Verfahrens.

4.1. Fairness- und Sachlichkeitsgebot

Die Gemeindeordnung schreibt vor, dass bei einem Bürgerentscheid „den Bürgern die innerhalb der Gemeindeorgane vertretene Auffassung dargelegt“ wird (§ 21 Abs. 5 GemO). Diese unglückliche Formulierung führt in manchen Gemeinden dazu, dass den Bürgerinnen und Bürgern in Veranstaltungen, schriftlichen Informationen und im Internet nur **eine** Auffassung vermittelt wird, nämlich die des Gemeinderates und des Bürgermeisters. Dies ist aus Gründen der Fairness nicht angemessen. Soweit die Information aus Steuergeldern finanziert wird, kann die Bürgerschaft eine **gleichberechtigte Darstellung der Pro- wie Contra-Seite** erwarten. Was in Bayern sogar ausdrücklich gesetzlich vorgeschrieben und in der Schweiz seit langem selbstverständlich ist, setzt sich auch in Baden-Württemberg immer stärker durch.

Das erfordert enge **Kooperation mit der Gemeinde**, um für Veranstaltungen die Mitwirkung Ihrer Vertreter zu vereinbaren und für schriftliche Informationen an alle Haushalte und die

Homepage der Gemeinde den Textumfang Ihrer Darstellung. Dann wird diese Phase zu einem breiten Lernprozess und weckt nachhaltig kommunalpolitisches Interesse. Auch werden Sie ähnlich wie bei Wahlen Plakatierung, Infostände und Auslagen von eigenem Infomaterial in öffentlichen Gebäuden abzusprechen haben.

Im Unterschied zu Wahlen unterliegen Verwaltung und Gemeindeorgane bei Sachabstimmungen keinem Neutralitätsgebot, dürfen und sollen sich also durchaus zu ihrer Haltung in der Sachfrage bekennen und dafür eintreten; doch müssen sie das **Sachlichkeitsgebot** wahren, das Ihre Initiative auch für sich gelten lassen sollte, damit die Begegnung auf Augenhöhe gelingt.

4.2. Ja-Kampagne und Strategie

Die Bürgerbegehrensinitiative hat den Vorteil, dass sie für ein „JA“ werben kann, auch wenn sie sich gegen einen Gemeinderatsbeschluss richtet (*„Sind Sie dafür, dass der Gemeinderatsbeschluss zum Verkauf der städtischen Wohnungen aufgehoben wird...?“*, vgl. oben 1.3.3.), Was für Bürger/innen oftmals verwirrend ist, weil sie mit JA gegen ein Projekt stimmen müssen, lässt sich nutzen durch eine JA-Kampagne für eine Alternative oder durch positiv gerichtete Botschaften (*„JA zur sozialen Verantwortung; JA zu bezahlbarem Wohnraum“*).

In einer Kampagnenstrategie identifizieren Sie die Stärken, Schwächen, Risiken und Chancen auf Ihrer Seite. Verbinden Sie Aktionen mit neuen Inhalten und der Pressearbeit. Verschießen Sie Ihr Pulver nicht am Anfang, sondern entwickeln Sie ein Vorgehen mit ansteigender Intensität; viele Menschen entscheiden sich erst kurz vor dem Abstimmungstag.

4.3. Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit

Auch hierzu finden Sie Näheres im Anhang. Aus der Sicht der Medien sind Fotomotive immer erwünscht. Beispielsweise sind Menschenketten um ein schützenswertes Gebäude oder Gelände sehr wirkungsvoll. Die Höhe eines geplanten Gebäudes lässt sich mit Luftballons an Schnüren darstellen. Andere Markierungen wie Absperrbänder oder Planen zeigen das Ausmaß von Flächenverbrauch oder den Verlauf von Straßen an.

5. Bürgerentscheid

5.1. Durchführung nach den Regeln der Bürgermeisterwahl

Der Bürgerentscheid wird durch die Gemeinde ähnlich wie die Bürgermeisterwahl vorbereitet und durchgeführt, insbesondere durch Bekanntmachung, Wählerverzeichnis, persönliche Benachrichtigung, Briefwahlunterlagen, Stimmlokale, öffentliche Auszählung usw. Die Zusammenlegung mit Wahlen ist durch den ergänzten § 41 Abs. 3 Kommunalwahlgesetz jetzt möglich und sollte zwecks Kostenersparnis und wegen höherer Abstimmungsbeteiligung wahrgenommen werden. Eine gesetzliche Frist für den Bürgerentscheid gibt es nicht.

5.2. Zustimmungsquorum

Gemäß § 21 Abs. 6 GemO ist der Bürgerentscheid leider nur dann erfolgreich, wenn die Abstimmungsmehrheit gleichzeitig **25 %** aller Stimmberechtigten ausmacht (Zustimmungsquorum). Bei einer (in Sachfragen durchaus normalen) Abstimmungsbeteiligung von 40 % ist also eine 62,5 %ige Mehrheit erforderlich. An dieser sachwidrigen (und bis 2005 sogar 30 % betragenden) Hürde, die in etlichen Bundesländern niedriger ist (in Bayern zwischen 10 und 20 %) und in Hamburg wie auch in der Schweiz nicht gilt, scheitern viele Bürgerentscheide und dies umso eher, je größer die Stadt ist. Die Streichung, zumindest aber weitere Senkung dieser Schwelle ist deshalb eine der Forderungen von Mehr Demokratie.

5.3. Erneute Entscheidung des Gemeinderats

Wenn dieses Zustimmungsquorum von 25 % nicht erreicht wurde, muss der Gemeinderat erneut entscheiden und seine Haltung angesichts des Stimmenverhältnisses und der Argumente überdenken. Wenn er sich bei einem klaren mehrheitlichen Gegenvotum der Bürgerschaft auf das nicht erreichte Zustimmungsquorum beruft, ist er in Sachen Demokratie nicht auf der Höhe der Zeit.

5.4. Bindungsfrist

Gemäß § 21 Abs. 7 GemO ist ein erfolgreicher Bürgerentscheid drei Jahre lang bindend und kann innerhalb dieser Frist nur durch einen erneuten (eventuell durch Gemeinderatsbeschluss herbeigeführten) Bürgerentscheid verändert werden.

6. Weitere Aufgaben

Hat ein initiiertes Bürgerbegehren im Bürgerentscheid Erfolg, tut die Initiative gut daran, den **Vollzug** zu beobachten und sich je nach Möglichkeit und Bedarf beratend und mitwirkend einzubringen.

Viele Initiativen setzen ihr **Engagement** nach Beendigung des Verfahrens fort, sei es für das spezielle Thema ihres Bürgerbegehrens oder auch zunehmend sich verbreiternd, und stellen für die nächste Gemeinderatswahl vielleicht sogar eine eigene Kandidatenliste auf. Oft wäre es schade, das erfolgreich geweckte kommunalpolitische Interesse und die neuen menschlichen Verbindungen wieder einschlafen zu lassen. So unbequem die etablierten Parteien dies zunächst finden, so wertvoll sind solche Auffrischungsimpulse für das demokratische Gemeindeleben.

Ihre Erfahrungen mit Bürgerbegehren können für andere Initiativen wertvoll sein. **Mehr Demokratie** e. V. vermittelt gern entsprechenden Austausch. Nachdem Sie die Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Verfahrensregeln praktisch erlebt haben, werden Sie unsere Reformbemühungen nicht nur verstehen, sondern auch unterstützen wollen. Näheres über uns finden Sie im Anhang.

ANHANG

1. Auszug aus der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg

§ 21 Bürgerentscheid, Bürgerbegehren

(1) Der Gemeinderat kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder beschließen, dass eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, der Entscheidung der Bürger unterstellt wird (Bürgerentscheid).

(2) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über

1. Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetzes dem Bürgermeister obliegen,
2. Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung,
3. die Rechtsverhältnisse der Gemeinderäte, des Bürgermeisters und der Gemeindebediensteten,
4. die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sowie die Kommunalabgaben, Tarife und Entgelte,
5. die Feststellung der Jahresrechnung der Gemeinde und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe,
6. Bauleitpläne und örtliche Bauvorschriften sowie über
7. Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren.

(3) Über eine Angelegenheit des Wirkungskreises der Gemeinde, für die der Gemeinderat zuständig ist, kann die Bürgerschaft einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren).

Ein Bürgerbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten drei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid auf Grund eines Bürgerbegehrens durchgeführt worden ist.

Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden; richtet es sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats, muss es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht sein. Das Bürgerbegehren muss die zur Entscheidung zu bringende Frage, eine Begründung und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten.

Es muss von mindestens 10 vom Hundert der Bürger unterzeichnet sein, höchstens jedoch in Gemeinden

mit nicht mehr als 50 000 Einwohnern

von 2 500 Bürgern,

mit mehr als 50 000 Einwohnern, aber nicht mehr als 100 000 Einwohnern

von 5 000 Bürgern,

mit mehr als 100 000 Einwohnern, aber nicht mehr als 200 000 Einwohnern

von 10 000 Bürgern,

mit mehr als 200 000 Einwohnern

von 20 000 Bürgern.

(4) Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Gemeinderat. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Gemeinderat die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.

(5) Wird ein Bürgerentscheid durchgeführt, muss den Bürgern die innerhalb der Gemeindeorgane vertretene Auffassung dargelegt werden.

(6) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens

25 vom Hundert der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat der Gemeinderat die Angelegenheit zu entscheiden.

(7) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Gemeinderats. Er kann innerhalb von drei Jahren nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.

(8) Das Nähere wird durch das Kommunalwahlgesetz geregelt.

2. Mehr Demokratie e.V.

Direkte Demokratie braucht einen langem Atem. Die Entwicklung einer Kultur der Volksabstimmung erfordert viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit. Dem Landesverband gehören über 1.000 Mitglieder an. Viele sind in lokalen Aktionskreise organisiert oder Ansprechpartner für Direkte Demokratie vor Ort. Auf regelmäßigen Aktiventreffen entwickeln wir unsere Arbeits- und Aktionsschwerpunkte. Der Landesverband unterhält in Stuttgart ein Büro.

Machen Sie bei uns mit:

Werden Sie Mitglied, Fördermitglied oder Sie unterstützen uns mit einer Spende. Kostenlose Beratung in Fragen eines Bürgerentscheids erhalten Sie als Mitglied bei Mehr Demokratie e.V. . Wir beraten und unterstützen Bürger bei Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene. Unsere Politiker müssen davon überzeugt werden, faire Abstimmungen in Sachfragen zuzulassen und zu respektieren.

Noch Fragen? Sprechen Sie sich uns an:

Mehr Demokratie e.V. Landesverband Baden-Württemberg

Rotebühlstraße 86/1

70178 Stuttgart

Telefon 0711 - 509 10 10

Fax 0711 - 509 10 11

Email info@mitentscheiden.de

Internet www.mitentscheiden.de

Beratung:

0711 – 509 10 12

beratung@mitentscheiden.de

Spendenkonto 885 81 07

bei der Bank für Sozialwirtschaft

(BLZ 700 205 00)

Spenden sind steuerlich absetzbar.